

### 3 Sprachmoral und das Politische der Sprache

Kapitel 2 beschrieb eine wiederkehrende, wohl unvermeidbare Regression in sprachmagisches Denken, das einzelnen Wörtern eine ihnen immanente, nutzbare Macht zuschreibt. Nach diesen Ausführungen drängt sich folgende Frage auf: Wenn Wörter keine immanente Bedeutung haben, die mit ihnen zuverlässig in den Diskurs eingebracht werden könnte, warum streiten Akteure dann über unterschiedliche Ausdrücke und warum versuchen sie, bestimmte Ausdrücke zu etablieren und andere zu verdrängen? Warum versuchen Agierende im Diskurs so selten, im Sinne des linguistischen Relativitätsprinzips (so umstritten es sein mag) durch einen Wandel der grammatischen Strukturen auf die Wahrnehmung der Sprachgemeinschaft Einfluss zu nehmen?<sup>54</sup> So beklagt bspw. Erich Fromm (1991/1976: 31 f.) sprachkritisch die „Abnahme der Tätigkeitswörter in den westlichen Sprachen innerhalb der letzten Jahrhunderte“, die eine „Verschiebung des Akzents vom Sein zum Haben“ (ebd.) ausdrückten. Wenn Tätigkeiten wie *denken* nicht durch Verben, sondern durch Nomen wie *Gedanken* in Verbindung mit *haben* gebraucht werden, so ist dies für Fromm (1991/1976: 32) ein „falscher Sprachgebrauch“, dessen „böse[] Folgen“ (ebd.) schon von Marx und Engels erkannt wurden. Eine derartige syntaktische Orientierung moralischer oder politischer Sprachkritik findet sich äußerst selten. Stattdessen fokussiert eine ideologisch orientierte Sprachkritik – auch in der Form von Political Correctness – meist lexikalische Einheiten (vgl. Niehr 2020: 88; Klug 2020: 81 f.).

Auf die Frage, warum moralisch und politisch motivierte Sprachkritik sich nicht auf grammatische Phänomene, sondern auf Einzelzeichen fokussiert, bietet dieses Kapitel zwei Antworten an:

1. Gerade Einzelzeichen können intuitiv-moralisch unangenehme Affekte hervorrufen und zur Vermeidung derselben tabuisiert werden (s. 3.1).
2. Gerade Einzelzeichen können in ihrer Ausdrucksfunktion als sozio-politische Unterscheidungszeichen wirken, mit denen politische Affiliation und Distinktion ausgedrückt werden kann (s. 3.2).

---

<sup>54</sup> Das prominenteste Beispiel hierfür stellen die Diskussionen um den Zusammenhang von grammatischem und biologischem bzw. sozialem Geschlecht dar. Doch auch hier drehen sich die öffentlichkeitswirksamsten Lösungsvorschläge weniger um grammatische, etwa um pronominale Phänomene, sondern hauptsächlich um Sexus-markierende Suffixe, die als Derivationsmorpheme neue Lexeme bilden und somit weniger zur Grammatik, sondern vornehmlich zur Lexik gehören.

Drittens soll dargelegt werden, welchen Einfluss es auf politische Unterscheidungszeichen hat, wenn ihr Gebrauch zum moralischen Gebot respektive Verbot wird (s. 3.3).

Um das Beispiel aus der Einleitung zu Kapitel 2 nochmals aufzugreifen: Wenn die Wörter *Geflüchtete*\*r und *Flüchtling* aus dem Wortschatz verschwänden und nur noch das Wort *Asylant* verwendet würde, würde sich dadurch ein negatives Konzept von ›Flüchtling‹ in der entsprechenden Sprachgemeinschaft etablieren? Nach den Ausführungen in Kapitel 2 müsste diese Frage mit einem Nein beantwortet werden. Stattdessen wurde zugunsten einer umgekehrten Richtung der Kausalität argumentiert: Damit sich das Wort *Asylant* als prototypische oder gar als einzige Bezeichnung für Geflüchtete etablieren kann, ohne dabei seine negative Konnotation zu verlieren, müsste sich zuvor bereits ein entsprechend negatives Konzept von ›Flüchtling‹ in der Sprachgemeinschaft etabliert haben. Offen bleibt nach Kapitel 2 jedoch die Frage, wieso Sprechende in aller Regel dennoch davor zurückschrecken würden, *Asylant* als prinzipiellen Terminus für Geflüchtete zu verwenden. Im folgenden Kapitel soll diese Frage mit Hilfe zweier Aspekte von Einzelzeichen beantwortet werden: einem moralischen und einem politischen Aspekt.

Im Hinblick auf die moralischen Aspekte lexikalischer Entscheidungen ist wiederum zwischen Mikro- und Makroebene zu unterscheiden: also zwischen der Entscheidung für oder gegen ein Wort in konkreten Kontexten einerseits und der prinzipiellen, kontextunabhängigen Entscheidung für oder gegen ein Wort andererseits. Einerseits können Sprechende in konkreten Verwendungskontexten zumindest versuchen, einzuschätzen, ob ihre Wortwahl Anwesende verletzen könnte, denn viele Einzelwörter „führen musterhaft zu spezifischen perlokutionären Folgen negativer Art“ (Klug 2020: 85). Eine solche Wahrscheinlichkeit kann zum Vermeiden und Ersetzen bestimmter Ausdrücke führen. Beispielsweise würden Sprechende einen Geflüchteten i. d. R. nicht direkt als *Asylant* bezeichnen, in seiner Gegenwart Geflüchtete allgemein nicht *Asylanten* nennen und Wörter wie *Schein-* oder *Wirtschaftsasylant*, *Asyltouristen* oder noch unangemessenere Wörter vermeiden, ggf. auch nicht zitierend oder auf der Metaebene aussprechen. Je nach Kontext und Befindlichkeiten würden Sprechende die Themenbereiche ›Flucht‹ und ›Asyl‹ auch gänzlich vermeiden, um das jeweilige Gegenüber nicht zu verletzen, zu re-traumatisieren oder auf diesen Aspekt seiner Identität zu reduzieren. Diese kontextabhängigen verletzenden Effekte einzelner Lexeme stehen hier – wie in 2 bereits erwähnt – nicht zur Debatte; sie gelten als indiskutabel, sobald sie von Betroffenen subjektiv wahrgenommen werden. Insofern hat das Aussprechen und Vermeiden bestimmter Wörter in konkreten Kontexten zweifellos einen ethisch-moralischen Aspekt.

Über diese teleologischen Abwägungen der unmittelbaren emotionalen Effekte eines Wortes (auf der Mikroebene) hinaus scheint es jedoch auch einen zweiten, einen deontologischen moralischen Aspekt zu geben, der Sprechende dazu bewegt, bestimmte Ausdrücke gänzlich und kontextunabhängig (auf der Makroebene) zu vermeiden. Im erwähnten Beispiel etwa ist es so, dass im Großteil des Diskurses nicht mit Geflüchteten, sondern über Geflüchtete gesprochen wird und auch Gespräche mit Geflüchteten eher auf Englisch als auf Deutsch geführt werden. Dennoch scheint das Wort *Asylant*, zuletzt aber auch das Wort *Flüchtling* auch bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft ohne Migrations- oder Rassismuserfahrungen unangenehme Gefühle hervorzurufen; auch in Kontexten, in denen ausgeschlossen ist, dass eine betroffene Person durch einen solchen Ausdruck verletzt werden könnte. Noch stärker ist der Effekt bei Beleidigungswörtern wie *Ölauge*, *Kameltreiber* oder *Sandneger*.<sup>55</sup> Dieses Phänomen soll in 3.1 mit Hilfe moralischer Intuitionen gefasst werden, die auch durch sprachliche Zeichen geweckt werden können und, wenn sie hinterfragt werden, rationalisiert werden müssen. Anschließend soll gezeigt werden, inwiefern Vorhersagen über die kollektive geistige Manipulation, die durch einzelne Wörter verursacht werde (s. 2), auch als Rationalisierung solcher intuitiven moralischen Ablehnungen der Wörter selbst dienen können.

Dabei stellt die Behandlung (sprach-)moralischer Empfindungen als intuitiv getroffen und ggf. post hoc rationalisiert keineswegs ihre subjektiv erfahrene Realität oder ihre Berechtigung infrage. Vielmehr kommt moralischen Intuitionen gerade durch ihre Subjektivität ein indiskutabler Status zu, indem sie als individuelle Empfindungen weder hinterfragt werden können noch gerechtfertigt werden müssen. Stattdessen soll das Verständnis moralischer Urteile als subjektive Intuition eine Erklärung dafür liefern, wie sie ausgelöst werden und warum ihre rationale Diskursivierung sowie argumentative Überzeugungsversuche so oft nicht zur erfolgreichen Beilegung moralischer – oder moralisierter (s. 3.3) – Streitthemen führen.

Die zweite Erklärungsdimension dafür, dass Sprechende lexikalische Entscheidungen treffen und bestimmte Ausdrücke auch kontextunabhängig aus ihrem Vokabular streichen respektive in diesem verankern, ist die Dimension des Politischen. Diese soll in Kapitel 3.2 beschrieben werden. Im Sinne der politischen Philosophie ist mit „das Politische“ ganz allgemein der auf Agonalität, auf Affiliation und Distinktion angelegte Charakter gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeint (vgl. Mouffe 2014: 12, 22 f., 192). Bezogen auf die Sprache bedeutet dies, dass

---

<sup>55</sup> Das durch diese Wörter verursachte unangenehme Gefühl lässt sich – soviel sei an dieser Stelle reflektiert – beim Schreiben und vermutlich auch beim Lesen am eigenen Leibe erfahren.

Sprechende durch ihre lexikalischen Entscheidungen (oder auch durch eine unbewusste Verwendung von Lexik) ihre Haltung gegenüber dem Versprachlichten und/oder ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Sprechergruppe zu erkennen geben (s. 3.2.1). Bezogen auf das vorliegende Beispiel ist also ein ausländerfeindlicher Mensch denkbar, der das Wort *Asylant* standardmäßig verwendet, weil es sein negatives Konzept von ›Immigration‹ entsprechend ausdrückt. Umgekehrt vermeiden andere Menschen dieses Wort grundsätzlich, weil es (abgesehen von seiner allgemeinen Veraltung) ihr Konzept von ›Immigration‹ nicht angemessen ausdrückt und/oder weil sie nicht für einen ebensolchen ausländerfeindlichen Menschen gehalten werden wollen.

In eine ähnliche Richtung scheint sich auch der Ausdruck *Flüchtling* zu bewegen: Dieser wurde ab 2015 nicht etwa wegen entscheidender Erkenntnisse in der germanistischen Morphologie-Forschung zum *-ling*-Suffix und dessen kognitiver oder gesellschaftlicher Folgen kritisiert und gemieden, sondern als Reaktion auf den Flüchtlingsdiskurs 2015, in dem die fremdenfeindlichen, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen, die mit dem Ausdruck *Flüchtling* getätigt wurden, diesen für viele Subjekte der Sprachgemeinschaft mit einer negativen Konnotation aufgeladen haben. Den Ausdruck *Flüchtlinge* durch *Geflüchtete* zu ersetzen, erfüllt also einerseits die Ausdrucksfunktion einer sozio-politischen Abgrenzung gegenüber fremdenfeindlichen und auch ambivalenten Haltungen gegenüber Geflüchteten; andererseits erfüllt die (letztlich arbiträre) Alternativbezeichnung aber auch eine euphemistische Funktion, sodass die unangenehmen Affekte, die mit dem Ausdruck *Flüchtling* nun konventionell assoziiert werden, gemieden werden können.

Diese Vermengung der politischen und moralischen Dimensionen des Gebrauchs oder Vermeidens bestimmter Wörter wird von verschiedenen gesellschaftlichen Dynamiken und Potenzialen begleitet. Während Kapitel 2 eine zirkuläre Dynamik in der Sprachphilosophie beschrieb, soll Kapitel 3 also die Überlagerung der beiden beschriebenen Aspekte lexikalischer Entscheidungen beschreiben: des moralischen und des politischen Aspektes sprachlicher Zeichen. Die Dynamik, die im Übergang von 3.2 zu 3.3 beschrieben werden soll, ist folgende: Wenn politische Lager polarisieren und politische Unterscheidungszeichen in der Folge moralisch aufgeladen werden, werden sie auch von Sprechenden abseits der ursprünglichen politischen Sprachgemeinschaften verwendet. Im vorliegenden Beispiel führt der Diskurs um Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten, geradezu unweigerlich zu einer moralischen bzw. ethischen Bewertung der politischen Entscheidungen, die in diesem Zusammenhang getroffen werden. Damit einher geht auch die moralische Bewertung der politischen Haltungen sowie der Akteure, die diese im Diskurs vertreten. Durch diese moralische Bewertung wird der politische Gegner als unmoralischer Feind betrachtet, was einerseits zu einer Polarisierung zwischen den poli-

tischen Lagern führt, andererseits zu einer Normierung innerhalb der politischen Lager, da jedes Mitglied sich so eindeutig wie möglich mit der eigenen Gruppe affiliieren vom Feind abgrenzen will. Zunächst können einzelne Wörter wie *Flüchtling* und *Geflüchtete*\*r in diesem Zusammenhang zwar die Rolle politischer Erkennungszeichen spielen: „Mehr und mehr Engagierte verwenden den Begriff ‚Geflüchtete‘“<sup>56</sup>. Werden die durch die Lexik erkennbaren politischen Haltungen jedoch moralisch auf- respektive abgewertet, liefert ein Komplex aus sozialer Wertschätzung und Geringschätzung für (un)moralisches sprachliches Verhalten ein Anreizsystem für die Verwendung respektive Vermeidung des jeweiligen Wortes (s. 3.3, 4.3). Durch diesen Anreiz vergrößert sich die Gruppe der Sprechenden, die das Wort verwenden, wodurch sich auch die kontextsensitiven Gebrauchsweisen des Wortes vervielfältigen. Dadurch kann es auf Dauer seine Zuverlässigkeit in der Funktion als politisches Unterscheidungszeichen verlieren und somit in seiner spezifischen Darstellungs- und Ausdrucksfunktion inflationieren. Das Gleiche gilt für den umgekehrten Fall einer Wiederaneignung des Ausdrucks *Flüchtling* (vgl. 4).

### 3.1 Erster Strang: Das Moralische der Zeichen

In diesem Kapitel soll als erste Erklärungsdimension für die lexikalische Fokussierung von Sprachkritik das moralische Potenzial von Zeichen dargelegt werden. Wie in 3 einleitend beschrieben, geht es hierbei nicht um das verletzende Potenzial von Gruppenbezeichnungen für diejenigen Menschen, die sich durch die entsprechenden Wörter bezeichnet und herabgesetzt sehen. Vielmehr soll darüber hinaus erörtert werden, inwiefern das prinzipielle Vermeiden bzw. die Tabuisierung bestimmter Wörter sich als soziale Norm verstehen lässt, die der Vermeidung gesamtgesellschaftlicher unangenehmer Empfindungen dient. Hierbei werden moralische und deontische Urteile über Wörter wie *Das sagt man nicht* als das Ergebnis intuitiver, unbewusster Prozesse verstanden, die nur zum Zwecke der Argumentation und Persuasion post hoc rationalisiert werden. Das Vermeiden und Euphemisieren dergestalt tabuisierter Wörter verhindert demnach erstens die unangenehmen Affekte, die es in Sprechenden und Rezipierenden hervorrufen kann, sowie zweitens die negativen Folgen, die das Schreiben oder Aussprechen eines Tabuwortes für das eigene soziale Ansehen haben kann.<sup>57</sup>

<sup>56</sup> ProAsyl vom 01.06.2016: „Sagt man jetzt Flüchtlinge oder Geflüchtete?“, <https://www.proasyl.de/hintergrund/sagt-man-jetzt-fluechtlinge-oder-gefluechtete/> (zuletzt aufgerufen am 12.05.2023).

<sup>57</sup> Gute Beispiele dafür, dass diese unangenehmen Affekte nicht nur teleologisch durch eine mögliche sprachliche Verletzung der Betroffenen oder eine vermeintliche Persuasion der naiven Rezipierenden begründet sind, liefern Studierende, die bei Vorbesprechungen von Haus-

Dabei sollen die moralischen Bewertungen von Einzelwörtern, indem sie als intuitive Urteile verstanden werden, keineswegs delegitimiert werden. Wie in 3.1.1 vorgestellt wird, stellt ein intuitiver Ursprung für moralische Urteile die Regel dar; ganz unabhängig davon, ob das moralische Urteil intersubjektiv geteilt wird oder nicht. Zwar legt der subjektive Charakter moralischer Spracheinstellungen nahe, dass diese nicht als rational-zwingend oder gar als naturgegeben generalisiert werden können. Doch erstens ermöglicht dies die Behandlung der aktuellen Tabus (z. B. im Zusammenhang mit Political Correctness) als relativ valide soziale Normen im Sinne der Intersubjektivität (vgl. Brennan et al. 2013: 57 ff.) und zweitens folgt aus der Subjektivität moralischen Sprachempfindens auch, dass niemandem die zugrundeliegenden negativen Affekte abgesprochen werden können, die ein Wort für eine Person auslösen kann. Entscheidend ist der intuitive Ursprung moralischer Sprachkritik jedoch für die Frage, ob die aktuellen Debatten um Political Correctness und ähnliche lexikalische Meidungsgebote teleologisch durch eine antizipierbare gesamtgesellschaftliche Wirkung einzelner Wörter motiviert sind (s. 2), oder ob derartige, potenziell sprachmagische Äußerungen post hoc Rationalisierungen intuitiver, deontologischer Moralempfindungen und Tabuisierungen darstellen. Im Folgenden soll die letztere Deutung als die plausiblere herausgearbeitet werden.

### 3.1.1 Moralische Urteile als Intuitionen

Die hier zu klärende Frage ist, warum bestimmte Ausdrücke negative Affekte hervorrufen und wie diese Affekte zu moralischer Ablehnung eines Wortes oder auch des Sprechers führen. Zur Beantwortung dieser Fragen muss zunächst dargelegt werden, was moralische Urteile sind und wie sie zustande kommen (s. 3.1.1.1). Hierzu soll im Folgenden knapp ein moralpsychologischer Forschungszweig nachgezeichnet werden, der in einem Verständnis von moralischen Urteilen als unterbewussten Intuitionen (s. 3.1.1.2) in sozialen Bedingungsgefügen (3.1.1.3) mündet.

---

arbeiten (z. B. über Hatespeech) unsicher fragen, ob sie verbotene Wörter wie *Neger*, *Zigeuner* oder *Fotze* in ihrer Hausarbeit zitieren dürfen bzw. wie sie sie am geschicktesten umgehen sollen. Da die Studierenden wissen, dass nur der (in meinem Fall weiße und männliche) Dozent die Hausarbeit lesen wird, sind verletzte Gefühle von Betroffenen ausgeschlossen. Dennoch lassen sprachliche Unsicherheit und unangenehme Affekte beim Schreiben und Lesen dieser Wörter dadurch nicht nach. Um genau diese unangenehmen Affekte auch aufseiten der Nicht-Bezeichneten soll es in diesem Teilkapitel gehen.

### 3.1.1.1 Rationalistische vs. intuitionistische Ansätze der Moralphyschologie

In der Moralphyschologie standen und stehen sich traditionell zwei Ansätze gegenüber. Rationalistische Ansätze auf der einen Seite verstehen moralische Urteile als Ergebnisse von rationalen, bewussten kognitiven Prozessen des vernunftgeleiteten Reflektierens und Entscheidens. Intuitionistische Ansätze auf der anderen Seite verstehen moralische Urteile als unmittelbare Ergebnisse von bestimmten Intuitionen, die ebenfalls kognitive Prozesse darstellen, jedoch nicht bewusst und vernunftgeleitet sind. Rationale Prozesse des Reflektierens kommen laut intuitionistischen Ansätzen erst zum Einsatz, nachdem das moralische Urteil bereits gefällt ist, und sind für dieses in der Regel epiphänomenal (vgl. Haidt 2008: 1024). In der antiken und mittelalterlichen Philosophie stellten rationalistische Ansätze noch die Norm dar, insofern die Vernunft als göttliche Gabe betrachtet wurde, die mit den animalischen Emotionen im ewigen Kampf stehe (vgl. Haidt 2008: 1026).

Im 18. Jh. stellten britische Empiristen wie Shaftesbury, Hutcheson, Smith und v. a. Hume den rationalistischen Ansätzen (auch im kontinentalen Rationalismus des 17. Jh. von Descartes, Leibniz und Co. weiterhin vertreten) ein alternatives Erklärungsmodell für Moral entgegen: Sie verstanden die Moral als einen angeborenen menschlichen Sinn, der bei bestimmten Sinneseindrücken entsprechend angenehme oder eben unangenehme Gefühle erzeugt (vgl. Haidt 2008: 1026). Nach Hume (1960/1777: 2) ähneln moralische Urteile daher eher ästhetischen Urteilen als etwa mathematischen Berechnungen (oder eben psycholinguistischen Antizipationen kognitiver Manipulation). In seinem frühen Werk drückt Hume sich noch radikaler aus: „[W]e speak not strictly and philosophically when we talk of the combat of passion and of reason. Reason is, and ought only to be the slave of the passions, and can never pretend to any other office than to serve and obey them“ (Hume 1969/1739–1740: 462). In den nächsten zwei Jahrhunderten setzte sich – so wie in vielen anderen Bereichen – auch in Bezug auf moralische Affekte die Sichtweise der Empiristen gegen die der Rationalisten in den wissenschaftlichen Diskursen durch, vor allem in der Psychologie. So wurde das intuitionistische Verständnis von Moralvorstellungen z. B. durch psychoanalytische Konzeptionen des Un- und Unterbewussten sowie des Tabus gestützt (vgl. Freud 2013/1913). Später, im französischen Existenzialismus, z. B. bei Camus wird ganz allgemein der Ursprung des Denkens nicht etwa in der Vernunft, sondern in den Affekten gesehen: „Die Vernunft [...] ist ein Instrument des Denkens und nicht das Denken selbst. Das Denken eines Menschen ist vor allem seine Sehnsucht“ (Camus 2019/1942: 61). Auch im Behaviorismus der 1960er- und 70er-Jahre wurde dem bewussten, rationalen Denken nur eine epiphänomenale Rolle bei moralischem Verhalten zugesprochen, außer bei der Abwägung der sozialen Folgen moralischen Fehlverhaltens (s. u. Skinner 2002/1971: 81, 173, 223). Großen Rückhalt

fand der intuitionistische Ansatz auch in der Evolutionsbiologie und -psychologie, in der Intuitionen der moralischen Ablehnung und Meidung auf primitive Affekte und Reiz-Reaktionen des „behavioral immune system“ (Schaller & Park 2011: 99) wie z. B. Ekel zurückgeführt werden konnten (vgl. hierzu schon Wundt 1897: 178 ff.). Hier wurde jedoch die grundsätzliche empiristische (und behavioristische) Herleitung jeder Kognition von vorigen Sinneserfahrungen eingetauscht gegen ein nativistisches Verständnis moralischer Affekte als angeborene Modularitäten (vgl. Lieberman, Tooby & Cosmides 2003; Verbeek 2004; Hauser 2006; Voland 2007: 150 ff.; Haidt 2012: 61 ff.). Die Frage, inwieweit moralische Affekte angeboren oder kulturbedingt sind, bleibt in Anbetracht der Kritik am Haidt'schen Nativismus (vgl. etwa Narvaez 2008) strittig, ist für die vorliegenden Überlegungen jedoch auch nicht entscheidend. Die gemeinsame Grundlage der vorgestellten intuitionistischen Ansätze sowie des hier verfolgten Ansatzes ist vielmehr die Sichtweise, dass (zumindest einige) moralische Urteile ungesteuerten Intuitionen und Affekten folgen und nicht etwa vernunftgesteuerten ethischen Abwägungen.

Parallel zur beschriebenen Etablierung intuitionistischer Ansätze in der Psychologie des 19. und 20. Jahrhunderts hatte vor allem Kants (1870/1785: § 39, § 47 und v. a. § 53) rationalistische Entgegnung auf Hume in seiner *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten* großen Einfluss auf die Moralphilosophie derselben Zeit (vgl. Haidt 2008: 1026). Und auch in der empirischen Psychologie fand in den 1970er- und 80er-Jahren eine Kehrtwende von Modellen unterbewusster moralischer Affekte hin zu rationalistischen Modellen vernunftgeleiteter moralischer Entscheidungen statt (vgl. Haidt 2008: 1027). Eine entscheidende Rolle hierbei spielte Kohlbergs (1971) *cognitive-developmental theory*, die Kants rationalistische Moralphilosophie (über Rawls) in die Psychologie überführte (vgl. Habermas 1983: 130).<sup>58</sup> So entwickelte sich in der Moralpsychologie nach Kohlberg zunehmend ein Konsens, der moralische Urteile als Ergebnis bewusster, sprachbasierter Denkprozesse begriff (vgl. Kohlberg, Levine & Hewer 1983: 69), in denen die Folgen der jeweils bewerteten Handlung abgewogen werden, bevor das moralische Urteil auf dieser Grundlage gefällt wird (vgl. Nucci & Turiel 1978).

### 3.1.1.2 Sozialer Intuitionismus moralischer Urteile nach Haidt

Das moralpsychologische Model von Haidt (2008), das den vorliegenden Überlegungen zugrunde liegt, baut auf den soeben beschriebenen Erkenntnissen von Kohlberg, Turiel und Anderen auf, berücksichtigt jedoch entscheidende neue Er-

---

<sup>58</sup> Ferner grenzt Kohlberg (1971) sich schon in seinem Titel explizit von Hume ab: „From is to ought: How to commit the naturalistic fallacy and get away with it in the study of moral development.“



kenntnisse für die Frage nach der kausalen Rolle reflexiver, bewusster Denkprozesse für moralische Urteile. So leiteten Haidt und Andere aus verschiedenen Experimenten vier Thesen ab, die an der kausalen Rolle rationalen Denkens für moralische Urteile zweifeln lassen (vgl. Haidt 2008: 1025):

1. Der kognitive Prozess des rationalen Denkens wurde gegenüber dem der Intuition in der bisherigen moralpsychologischen Literatur überbetont. Moralische Urteile werden wie viele andere Urteile schnell und automatisch gefällt (vgl. Haidt 2008: 1031 f.).
2. Rationales Denken folgt meist einer Motivation, im Fall des moralischen Urteils dem Bedürfnis nach sozialer sowie persönlicher Kohärenz (vgl. Haidt 2008: 1033 f.).
3. Rationales Denken setzt erst ein, wenn das moralische Urteil bereits gefällt ist, und dient dessen Rechtfertigung (vgl. Haidt 2008: 1035 f.).
4. Moralisches Verhalten ist enger verbunden mit (kovariiert mehr mit) moralischen Affekten als mit rationaler moralischer Argumentation (vgl. Haidt 2008: 1036 f.).

Erforscht werden konnte das affektive Primat moralischer Bewertungen z. B. in Experimenten, in denen Versuchspersonen verschiedene Kurzgeschichten rezipierten und anschließend beurteilten (z. B. Haidt, Koller & Dias 1993; Haidt, Bjorklund & Murphy 2000). In diesen verschriftlichten Gedankenexperimenten begingen die Protagonisten verschiedene Tabuverletzungen, die zwar bei der Rezeption ablehnende Affekte (z. B. Ekel) hervorrufen konnten, jedoch (innerfiktional) garantiert keinem Wesen Schaden zufügten – „actions that were offensive yet harmless“ (Haidt 2008: 1028).<sup>59</sup> In aller Regel beinhalteten diese Kurzgeschichten eine Kombination aus potenziell tabuisierten Themenbereichen wie Sexualität, Tod, Ausschei-

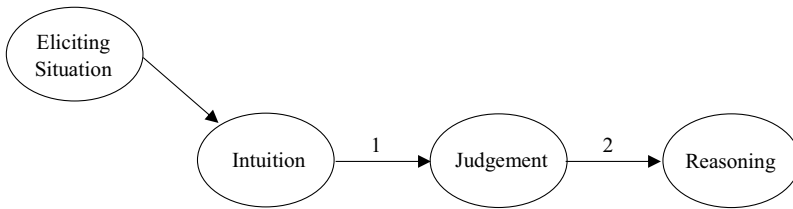
---

<sup>59</sup> An dieser Stelle muss reflektiert werden, dass durch die unnatürliche Umgebung solcher klinischer Experimente Paradoxa in Bezug auf die Einschätzung der Versuchspersonen entstehen. Der Versuchsperson wird gesagt: „Person X tut Handlung Y, doch niemand kommt zu Schaden, weil niemand von der Handlung erfährt.“ Eine solches Setting verlangt einen allwissenden Erzähler, der bei der betreffenden Handlung selbst nicht anwesend ist und dennoch von ihr berichten kann. In einer natürlichen, nicht-experimentellen Situation könnten Rezipierende hinterfragen: „Wenn niemand von der Handlung erfährt, wie können Sie mir dann davon erzählen?“. Haidt et al. gehen auf diese Umstände ihrer klinischen Experimente jedoch nicht ein. Außerfiktional können also die bei der Rezeption der Geschichte entstehenden negativen Affekte als Schaden angesehen werden, der (indirekt) durch die betreffende Handlung verursacht wurde, und zur moralischen Verurteilung der fiktiven Figur bzw. zu einem Meidungsbedürfnis ihr gegenüber führt. In 3.1.2 soll hierauf näher eingegangen werden – auch im Hinblick auf die methodologische Frage nach der Untersuchung authentischer, nicht-elizierter moralischer Urteile, wie sie in ihrer natürlichen diskursiven Umgebung auftauchen.

dungen und/oder Nahrungsaufnahme; z. B. das Essen eines verstorbenen Haustieres oder Masturbation mithilfe eines Hühnerkadavers, der anschließend gegessen wird. Versuchspersonen erklärten in anschließenden Interviews, dass bei den jeweiligen Handlungen niemand zu Schaden kam, „yet participants still usually said the actions were wrong, and universally wrong. They frequently made statements such as, ‘It’s just wrong to have sex with a chicken.’“ (Haidt 2008: 1028). Wurde ihr moralisches Urteil von den Versuchsleitenden hinterfragt, so kam es oft vor, dass die Versuchspersonen „morally dumbfounded“ (Haidt, Bjorklund & Murphy 2000) waren: „[T]hat is, they would stutter, laugh, and express surprise at their inability to find supporting reasons, yet they would not change their initial judgments of condemnation“ (Haidt 2008: 1028). Des Weiteren waren die affektiven Reaktionen der Versuchspersonen auf die Geschichten (z. B. Äußerungen, dass sie dabei ungern anwesend wären) bessere statistische Prädiktoren dafür, ob sie eine Handlung moralisch verurteilten, als ihre eigene Einschätzung von der Schädlichkeit ihrer Folgen (vgl. Haidt, Koller & Dias 1993; Haidt, Bjorklund & Murphy 2000).

Haidt & Hersh (2001) kamen zum selben Ergebnis, nachdem sie *Conservatives* und *Liberals* zu potenziell umstrittenen sexuellen Themen interviewt hatten – z. B. zu Homosexualität, außergewöhnlichen Formen der Masturbation, Inzucht etc. Auch hier korrelierte die moralische Ablehnung weit mehr mit affektiven Reaktionen als mit der Einschätzung, ob die jeweiligen Handlungen Schaden verursachen, und Versuchspersonen hielten ihr Urteil auch dann noch aufrecht, wenn sie „morally dumbfounded“ waren und es nicht rational begründen konnten. Auch die regelmäßige *Hidden Tribes*-Studie (z. B. Hawkins et al. 2018) über politische Polarisierung in den U. S. A. kommt immer wieder zu dem Ergebnis, dass die Entzweiung über Streitthemen wie ›Rassismus‹, ›Sexismus‹, ›Religion‹, ›Immigration‹ oder auch ›gleichgeschlechtliche Ehe‹ sich eher über konfligierende Emotionen und moralische Intuitionen erklären lässt als etwa über unterschiedliche rationale Prozesse (ebd.: 58 f., 82 f. 89 etc.).

Im gegebenen Umfang können hier nicht erschöpfend Studien nachvollzogen werden, die statt rationalen Maximen ein Primat von Affekt und Intuition für moralische Bewertungen nahelegen. Stattdessen soll im Folgenden Haidts (2008) *social intuitionist model of moral judgement* vorgestellt und plausibel gemacht werden, um anschließend (s. 3.1.2) dessen erkenntnistiftendes Potenzial für die hier zu untersuchende moralische Ablehnung sprachlicher Zeichen zu prüfen. Haidts Modell lässt sich auf die folgende Kernaussage kondensieren: „[M]oral judgment is caused by quick moral intuitions and is followed (when needed) by slow, ex post facto moral reasoning“ (Haidt 2008: 1028). Dieser Zusammenhang lässt sich mit folgendem vereinfachtem Schaubild verdeutlichen:



**Abbildung 1:** Vereinfachtes Modell moralischer Urteile frei nach Haidt 2008: 1025. Die nummerierten Pfeile beschreiben (1) das intuitive Urteil und (2) die post hoc Rationalisierung dieses Urteils.

Als „Eliciting Situation“ wird in Abbildung 1 ein Ereignis bezeichnet, das von Person A wahrgenommen und letztlich moralisch bewertet wird. Dieses kann unmittelbar (z. B. visuell) wahrgenommen oder – wie in den beschriebenen Experimenten – sprachlich vermittelt werden. Wie in 3.1.2 gezeigt werden soll, können auch einzelne Wörter Intuitionen und somit moralische Urteile elizitieren. *A's Intuition* beschreibt eine in A plötzlich und unwillkürlich auftretende affektive Valenz (mögen–ablehnen, gut–schlecht), ohne dass A zuvor bewusst nach Argumenten gesucht, Indizien abgewogen oder Schlussfolgerungen gezogen hätte (vgl. Haidt 2008: 1029). Diese Intuition mündet (Pfeil 1) demnach unmittelbar in einer moralischen Bewertung des Wahrgenommenen (gut–schlecht, akzeptabel–inakzeptabel): *A's Judgement* (vgl. Haidt 2008: 1028). Erst, wenn dieses moralische Urteil bereits gefällt ist, kommen die absichtlichen, aufwändigen kognitiven Prozesse zum Einsatz, die A bewusst wahrnimmt und steuert: *A's Reasoning* (vgl. Haidt 2008: 1029). Das bewusste, logische Denken ist für die Entstehung eines moralischen Urteils somit epiphänomenal. Der Kontrast von Intuition und rationalem Denken (*Reasoning*) ist dabei keineswegs ein Kontrast von Emotion und Kognition. Vielmehr sind beides Formen von Kognition, die in Psychologie und Philosophie klassischerweise wie folgt unterschieden werden: Das Wort *Intuition* beschreibt schnelle, automatische, unwillkürliche kognitive Prozesse, die selbst nicht dem Bewusstsein zugänglich sind, sondern nur ihre Ergebnisse. Als *Reasoning* werden hingegen langsamere, aufwändigere und bewusste kognitive Prozesse beschrieben (vgl. Haidt 2008: 1029; vgl. z. B. auch Kahneman 2011: schnelles Denken, langsames Denken).

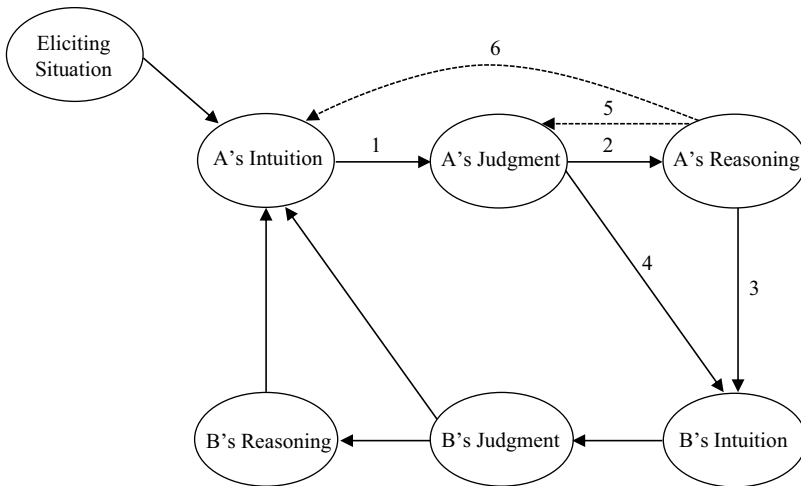
Bevor abschließend auf die moralischen Intuitionen näher eingegangen und ihre Bedeutung für die moralische Bewertung von Wörtern dargelegt wird, lohnt sich ein fokussierender Blick auf die post hoc Rationalisierung moralischer Urteile. Als *post hoc reasoning* bezeichnet Haidt (2008) den bewussten, langsamen, aufwändigen, an Logik und Sprache orientierten kognitiven Prozess, der nach dem intuitiven moralischen Urteil einsetzt und dazu dient, Argumente für dieses bereits gefällte Urteil zu finden (ebd.: 1030). Das affektive, intuitive System ist

somit gegenüber dem rationalen System in jeder Hinsicht Primat: Es ist evolutionär bzw. phylogenetisch älter, es wird bei der Beurteilung schneller aktiviert und es hat bei inneren Konflikten gegenüber dem rationalen System Vorrang (vgl. Haidt 2008: 1031). Denn der rationale Prozess bei der moralischen Beurteilung verhält sich gegenüber der vorgeschalteten Intuition eher wie ein (durchaus intelligenter, gebildeter und rationaler) Anwalt, der einen Mandanten verteidigt, statt wie eine neutrale Richterin auf der Suche nach der Wahrheit (vgl. Haidt 2008: 1033); schließlich sind Menschen ihren eigenen Intuitionen, Affekten und Emotionen gegenüber nicht neutral eingestellt. Eine Vielzahl nachweisbarer kognitiver Verzerrungen, die von individuellen rationalen Fähigkeiten unabhängig sind, liefern hierfür anschauliche Beispiele (vgl. Kahneman 2011: 105 ff., 137 ff. etc.; Haidt 2008: 1033 f.); allen voran der Bestätigungsfehler oder *Confirmation Bias*, der Menschen motiviert, für bestehende Meinungen und Einstellungen eher Pro- als Kontra-Argumente zu suchen. Umso stärker ist diese Neigung für moralische Bewertungen (vgl. Haidt 2008: 1034; vgl. Lord, Ross & Lepper 1979).

Die empirischen Belege für diese „Anwalt“-Rolle des rationalen Denkens gegenüber dem intuitiven, affektiven „Klienten“ sind vielfältig. Beispielsweise schätzen Menschen, die zuvor über eine hohe Hängebrücke gelaufen sind, anschließend dieselbe Person signifikant attraktiver ein als ohne vorige Brückenüberquerung (Dutton & Aron 1974). Die vorherrschende Deutung derartiger Ergebnisse ist, dass die Symptome der Angst, die beim Überqueren der Hängebrücke verspürt werden und danach anhalten, beim Betrachten eines potenziellen Sexualpartners vom rationalen System als sexuelle Erregung fehlinterpretiert werden. White, Fishbein & Rutstein (1981) kommen zum selben Ergebnis und sprechen daher auch von „Misattribution of Arousal“. Gleiches lässt sich belegen für Versuchspersonen, die durch unterschwellige Beeinflussung (vgl. Kunst-Wilson & Zajonc 1980) oder durch Hypnose (vgl. Zimbardo, Laberge & Butler 1993) zum Vollziehen bestimmter trivialer Entscheidungshandlungen gebracht wurden: „When asked to explain their actions or choices, people readily made up reasons that sounded plausible but were false“ (Haidt 2008: 1035). Am augenfälligsten ist dieser Effekt bei Split-Brain-Patienten, bei denen rechte und linke Gehirnhälfte nicht miteinander kommunizieren können: Wenn ihre linke Hand durch Stimulation der rechten Gehirnhälfte eine Aktion ausführt, erfindet die linke Gehirnhälfte post hoc kausale Erklärungen für die jeweilige Aktion (vgl. Gazzaniga, Bogen & Sperry 1962). Die Fähigkeit des Sprachzentrums zur post hoc Rationalisierung ist so salient, dass Gazzaniga (1985) es auch als „interpreter“-Modul bezeichnet (vgl. Haidt 2008: 1035).

Ein entscheidender Faktor der post hoc Rationalisierung ist, dass rationale moralische Argumentation erst dann vonnöten ist, wenn das intuitiv gefällte moralische Urteil in irgendeiner Weise hinterfragt wird – in aller Regel durch andere Menschen (vgl. Haidt 2008: 1030). Wurde bisher nur über die intuitionisti-

sche Komponente des *social intuitionist model of moral judgement* gesprochen, zeigt sich hierin die soziale Komponente moralischer Urteile: Sie sind ein zwischenmenschlicher Prozess, in dem rationale moralische Argumentation (*moral reasoning*) nicht zur Urteilsbildung, sondern zur Überzeugung anderer Menschen eingesetzt wird (vgl. Haidt 2008: 1024, 1030). Um diesen sozialen Aspekt vervollständigt, sieht Haidts Modell aus wie in Abbildung 2 zu sehen.



**Abbildung 2:** social intuitionist model of moral judgement nach Haidt (2008: 1025). Die nummerierten Pfeile beschreiben Person As (1) intuitives Urteil, (2) post hoc Rationalisierung dieses Urteils, (3) logische Persuasion, (4) soziale Persuasion. Die gestrichelten Pfeile stellen zwei kontingente und seltene Prozesse dar: (5) logisches Urteil, (6) persönliche Reflexion.

In Abbildung 2 zeigt sich erstens, dass moralische Urteile auch abseits einer rationalen Begründung die Intuitionen und somit die Urteile Anderer beeinflussen (4). Einerseits kann so der Druck zu oberflächlicher Konformität entstehen, andererseits können sich im Sinne sozialer Kohärenz auch private Urteile an sozialen Normen orientieren (vgl. Haidt 2008: 1030). Zweitens zeigt Abbildung 2: Rationale Schlussfolgerungen zu moralischen Fragen dienen in erster Linie der sprachlichen, argumentativen Überzeugung eines Interaktionspartners (3).

Wenn das Gegenüber sich von der eigenen moralischen Bewertung einer Situation nicht allein aus sozialem Zwang o. Ä. überzeugen lässt (Pfeil 4, s. u.), so stellt sich das Problem der „faktische[n] Ohnmacht vermeintlich wohlbegründeter Normen“ (Lütge & Vollmer 2004: VII). Der Drang, das Gegenüber von der eigenen moralischen Haltung zu überzeugen, liegt geradezu in der Natur der Sache: Auch wenn moralische Urteile subjektiv sind, unterscheiden sie sich doch von an-

deren subjektiven, etwa rein ästhetischen Urteilen dadurch, dass sie in einer Deontik wahrgenommen und vertreten werden, die es kaum erlaubt, andere Sichtweisen als gleichwertig zu betrachten. Während z. B. eine Abneigung gegen Spargel keinerlei Überzeugung Anderer von der eigenen Abneigung nahelegt (vgl. Haidt 2008: 1029), kann eine religiöse Abneigung gegen Rind- oder Schweinefleisch oder auch eine moralische Abneigung gegen Fleisch im Allgemeinen zu einer persuasiven Haltung zumindest gegenüber Mitgliedern der geteilten Kultur führen.<sup>60</sup> Die Schwierigkeit bei der rationalen Überzeugungsarbeit ist: Im Gegensatz zu beschreibenden Aussagen über die Welt, lassen wertende Aussagen weder eine logische noch eine empirische Überprüfung zu, ohne dass ein naturalistischer Fehlschluss begangen wird (vgl. Moore 1903). Genau diese Brücke muss für eine vernunftbasierte Überzeugung des Gegenübers jedoch geschlagen werden, um „wissenschaftlich Begründetes zur Intuition zu sagen. Mit moralischer Empörung allein ist es nicht getan“ (Schrodt 2003: 19).<sup>61</sup> Denn während Intuitionen immer subjektiv und kontextabhängig sind, können logische Schlussfolgerungen Objektivität und Kontextunabhängigkeit für sich in Anspruch nehmen (vgl. Haidt 2008: 1029). Ein Satz wie *Fleischessen ist unmoralisch* gibt eine subjektive Wertung wieder, die keinerlei logischen Zwang ausübt und viele Interpretationsrahmen involviert. Ein Satz wie *alle Quadrate sind Rechtecke* ist für Jeden und in jedem Zusammenhang wahr; wer widerspricht, hat Unrecht und kann eines Besseren belehrt werden. Die Herausforderung in moralischen Diskussionen ist es also, das eigene intuitive, subjektive Urteil als allgemeingültige, objektive, analytische Wahrheit zu versprachlichen, i. e. zu rationalisieren, um Andere auf dasselbe Urteil zu verpflichten. Haidt (2008: 1030) betont jedoch die notorisch geringen Erfolgchancen moralischer Diskussionen, für die rationalistische Ansätze keine zufriedenstellende Erklärung liefern können, die sich aber mithilfe dieses Modells (s. Abbildung 2) durch die Unerschütterlichkeit der primären moralischen Intuitionen erklären lassen (s. o.): Beide Parteien scheinen sich rational über analytische Wahrheiten der Art *alle Quadrate sind Rechtecke* zu streiten, doch tun sie dies nur, weil sie schon vorher wissen, dass sie nicht von ihren intuitiv getroffenen moralischen Urteilen abweichen werden.

---

<sup>60</sup> Auch wenn sich der Verzicht auf Fleisch streng teleologisch durch kritischen Konsum als *Maxime* ableiten lässt, so können vegetarisch oder vegan Lebende immer wieder beobachten, dass sie den Verzehr von Fleisch auch dann ablehnen, wenn es ansonsten weggeworfen würde (und so auch der Verfasser dieser Zeilen). Diese Abneigung lässt sich vornehmlich als kultivierte moralische Intuition verstehen.

<sup>61</sup> In 3.1.2 soll gezeigt werden, inwiefern auch moralische und deontische Urteile über bestimmte Wörter intuitiv getroffen und anschließend rationalisiert werden.

### 3.1.1.3 Soziale Aspekte moralischer Intuitionen und die Rolle von Prestige

Nebenden den soeben beschriebenen Formen rationaler zwischenmenschlicher Persuasion werden auch die Intuitionen selbst, die moralischen Urteilen zugrunde liegen, erst in sozialen Kontexten herausgebildet und in erster Linie in sozialen Zusammenhängen relevant. Derartige Phänomene betreffen die soziale Persuasion moralischer Urteile (Pfeil 4 in Abbildung 2) nach Haidt (2008: 1030), lassen sich jedoch auch abseits des vorgestellten Modells beobachten und beschreiben. Bereits in Platons *Politeia* betont Glaukon die hervorgehobene Rolle (antizipierbarer) gesellschaftlicher Sanktionen für moralisches Verhalten. Er veranschaulicht dies mit einem bekannten Gleichnis, in dem ein Schäfer namens Gyges einen Ring findet, der unsichtbar macht, und mit dessen Hilfe er die Frau des Königs verführt, sich mit ihr gegen diesen verschwört, ihn tötet und die Macht ergreift. Glaukon erklärt abschließend:

Wenn es also nun zwei derartige Ringe gäbe, und den einen der Gerechte sich ansteckte, den anderen aber der Ungerechte, so dürfte wohl, wie es scheint, es keinen Einzigen geben, welcher so felsenfest wäre, um innerhalb der Gerechtigkeit zu verbleiben und es über sich zu gewinnen, von fremdem Gute sich zu enthalten und es nicht zu berühren, [...] Indem er aber so handelte, würde er nichts Verschiedenes von jenem thun, was auch der anderweitige thut, sondern beide würden den nemlichen Weg gehen; und man möchte wohl sagen, daß dieß ein bedeutendes Kennzeichen dafür sei, daß Keiner freiwillig gerecht sei, sondern Jeder nur gezwungen. (Platon 1857: zweites Buch, Kapitel 3)

Auch wenn sich Glaukons Schlussfolgerung, dass sich das Unrecht für den Menschen abseits der sozialen „Zwänge“ immer lohne, nicht generell etabliert hat, so lässt sich der von ihm beschriebene Einfluss sozialen Drucks auf moralisches Verhalten von Individuen immer wieder beobachten. Die Sozialpsychologie kennt dieses Phänomen als „Publikumseffekt“ (Voland 2004: 186), der in zahlreichen Experimenten nachgewiesen werden konnte. Demnach verhalten sich Menschen unter Beobachtung eher moralischen bzw. sozialen Normen entsprechend als in Anonymität (vgl. Wenegrat et al. 1996; Wenegrat, Castillo-Yee & Abrams 1996). Haidt (2012: 86) gibt Glaukon daher explizit recht und folgert, dass Menschen ihre moralische Normkonformität primär an „appearance and reputation“ orientieren.

Gerade bei der Verwendung bzw. Vermeidung bestimmter Wörter spielt der Publikumseffekt wohl eine entscheidende Rolle, da das Sprechen – im Vergleich etwa zu gemeinnützigen Spenden – eine vornehmlich beobachtbare, weil in der Regel sozial orientierte Aktion ist. So wird sich etwa auch für das Vermeiden von Tabuwörtern (s. 3.1.2) zeigen, dass es durch die Furcht vor negativen sozialen Konsequenzen motiviert ist – „lest the speaker lose face by offending the sensibilities of the audience“ (Allan & Burridge 2007: 237).

#### 3.1.1.4 Zwischenfazit: Von moralischen Urteilen zur Prestigeökonomie

Der soeben beschriebene Publikumseffekt lässt sich evolutionspsychologisch durch die komplexen sozialen Gefüge der Kooperation erklären, in denen das simple Reziprozitätsprinzip von Geben und Nehmen abgelöst wurde durch eine komplexe Prestigeökonomie (s. 4.2.1). Während sich die Interagierenden bei direkter Reziprozität nur altruistisch verhalten, wenn sie von derselben Person eine ähnliche Art von Kompensation erwarten können, stellt die Prestigeökonomie eine Art „indirekte Reziprozität“ (Voland 2004: 178) dar. Hier investiert man durch altruistisches Verhalten in das eigene Prestige: „Wer viel gibt, steigert sein gesellschaftliches Ansehen, und dies kommt ihm in Notlagen zu Gute“ (Voland 2004: 178). So kann öffentlich wahrnehmbares Moral-Verhalten positiven oder eben negativen Einfluss auf künftige Chancen für Tausch-, Kooperations- oder Sexualpartner haben (vgl. Voland 2004: 184, 186). Durch dieses „Image-Scoring“ (Voland 2004: 178) können soziale Gefüge auch das altbekannte Allmende-Problem (bei dem individuelles Gewinn-maximierendes Verhalten zur Erschöpfung öffentlicher Güter führt) umgehen, „weil der altruistische Akt ganz unmittelbar, zeitgleich mit Prestige entlohnt wird.“ Da das eigene Prestige somit zum eigentlichen Ziel der (vermeintlich) altruistischen Handlung wird, bestehen nun Anreize, nicht etwa eigene Gewinne zu maximieren und Verluste zu minimieren, sondern im Gegenteil möglichst viel zu geben; denn innerhalb der Prestigeökonomie „konkurrieren [Menschen] um den höchst möglichen Altruismus-Einsatz“ (Voland 2004: 179), der unmittelbar gegen soziales Ansehen eingetauscht werden kann. Dem Publikumseffekt entsprechend, funktioniert eine solche Prestigeökonomie natürlich nur, wenn das altruistische Verhalten auch wahrgenommen wird: „Wo kein Prestige zu ernten ist, lohnt sich auch keine altruistische Kostenübernahme“ (Voland 2004: 186).

So hilft die Prestigeökonomie, nicht nur altruistisches Verhalten, sondern auch die Einhaltung anderer sozialer Normen – z. B. Höflichkeit (vgl. Voland 2004: 186) – zu motivieren und als Investition in das eigene Prestige zu behandeln. Werden soziale Normen moralisch aufgeladen, so tragen sie zum Zusammenschluss von „moral communities“ (Haidt 2012: 174) bei. Mit der Homogenisierung nach innen ist auch eine Aus- und Abgrenzung nach außen verbunden (vgl. Delitz 2018: 28), die zu Polarisierung und Stigmatisierung führen kann (vgl. Voland 2007: 35 f.).

Der sozial orientierte, auf Prestige ausgerichtete Charakter moralisch motivierten (Sprach-)Verhaltens wird sich für die Synopse in Kapitel 3.3 als entscheidend erweisen. Denn wenn bestimmte lexikalische Einheiten nicht mehr (nur) politische Distinktion oder Affiliation ausdrücken sollen, sondern (dadurch auch) moralische Güte, so liefert dies allen Teilnehmenden einer Sprachgemeinschaft – unabhängig von ihrer politischen Perspektive – einen sozialen Anreiz, die umkämpften Zeichenformen zu imitieren. Letztere verlieren eben dadurch ihre poli-



tische Profilierung und treten in eine Prestigeökonomie ein, in der sie ausschließlich für ihre nunmehr inflationierende, vermeintlich moralische Ausdrucksfunktion gebraucht werden, wodurch ihre vermeintlich fixierte Bedeutung in Abhängigkeit von der Art und Weise ihres Gebrauchs konventionalisiert wird.

Bevor die beiden Stränge der moralischen und der politischen Dynamiken von Sprache jedoch zusammengeführt werden, soll im folgenden Kapitel zunächst dargelegt werden, inwiefern das Verwenden respektive Vermeiden bestimmter Ausdrücke den intuitiv-moralischen Phänomenen im hier vorgestellten Sinne zuzuordnen ist.

### 3.1.2 Sprachmoral: intuitive Ablehnung von Wörtern

Im vorigen Kapitel wurde dargelegt, inwiefern moralische Bewertungen als ›gut‹ oder ›schlecht‹, ›richtig‹ oder ›falsch‹, ›akzeptabel‹ oder ›verwerflich‹ von affektiven, unwillkürlichen, unbewussten Intuitionen bestimmt werden. In diesem Kapitel soll untersucht werden, inwiefern auch moralische Bewertungen einzelner Wörter als ›gut‹ oder ›schlecht‹, ›angemessen‹ oder ›unangemessen‹ diesem Prinzip des affektiven Primats entsprechen. Hierbei geht es – wie schon in Kapitel 2 – nicht um die kontextsensitive Beurteilung einer bestimmten Referenzhandlung, also die Frage, ob das bezeichnende Wort als angemessen für das jeweils Bezeichnete angesehen wird. Stattdessen geht es auch hier um Wörter, über die generalisierte, kontextunabhängige Urteile wie *das sagt man nicht* oder *solche Wörter nimmt man nicht in den Mund* gefällt werden. Die entscheidende Frage ist hierbei, ob die beschriebenen Affekte nicht nur für die Abneigung klassischer Tabuwörter aus Themenbereichen wie ›Körperfunktionen‹, ›Sexualität‹, ›Tod‹ eine Erklärung liefern, sondern auch für die Abneigung gegenüber Wörtern aus gesellschaftlichen und politischen und Themenbereichen wie ›Sexismus‹, ›Rassismus‹ etc.<sup>62</sup>

Die Frage nach der Affektivität solcher sprachmoralischen Urteile berührt die folgenden in diesem Teilkapitel behandelten Aspekte:

- Wörter können Affekte hervorrufen, Affekte beeinflussen moralische Urteile (s. 3.1.2.1)
- Affekte führen zu Kritisierung und Tabuisierung von Wörtern (s. 3.1.2.2)

<sup>62</sup> Letzteres lässt sich bspw. auch daran erkennen, dass Plattformen wie *YouTube Deutschland* auch Videos demonetarisier(t)en, in denen Wörter vorkommen, die potenziell tabuisierte Themenbereiche ansprechen, wie z. B. *Rassismus* oder *Flüchtling*, was zu Folge hat, dass einige *Creator* diese Wörter euphemistisch umformen oder gänzlich zensieren. Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/digital/videoplattform-youtuber-fuerchten-um-ihre-existenz-1.4009552> (zuletzt aufgerufen am 27.03.2023).

- Political Correctness stellt ein solches Tabu-Phänomen dar (s. 3.1.2.3)
- Gift-Metaphern offenbaren Ekel-Affekte gegenüber bestimmten Wörtern (s. 3.1.2.4)
- Moralische Sprachkritik richtet sich gegen unangenehme Wörter, nicht gegen manipulative oder „inkorrekte“ (s. 3.1.2.5)

Zunächst soll also das Phänomen des sprachlichen Tabus vom in 3.1.1 vorgestellten *social intuitionist model of moral judgement* hergeleitet werden.

### 3.1.2.1 Affektivität von Einzelwörtern und von moralischen Urteilen

Im Zusammenhang mit dem *social intuitionist model of moral judgement* finden sich einige Experimente, die nahelegen, dass nicht nur direkt wahrgenommene Moralverstöße oder umfängliche Geschichten über vermeintlich unmoralische Handlungen negative Affekte und dadurch eine moralische Ablehnung des Wahrgenommenen auslösen; auch einzelne Ausdrücke können diese intuitiven kognitiven Prozesse in Gang setzen. Ein Beispiel hierfür liefert das etablierteste Testverfahren zum Messen unbewusster Einstellungen, der *Implicit Association Test* (IAT). Hierbei müssen Versuchspersonen bestimmte Wörter (z. B. *Liebe*, *Tod*) dichotom kategorisieren (z. B. nach *positiv* oder *negativ*), nachdem sie kurz zuvor mit anderen Wörtern semantisch *geprimet* wurden. Dabei werden Reaktionszeiten gemessen und verglichen. Dementsprechend *primeten* Morris et al. (2003) Versuchspersonen verschiedener politischer Einstellungen (per Selbsteinschätzung als *Conservatives* oder *Liberals*) zunächst mit politisch aufgeladenen Wörtern wie *Clinton* oder *pro-life*, bevor diese anschließend Wörter wie *sunshine* als positiv oder negativ kategorisieren sollten. Um *sunshine* als positiv zu kategorisieren, brauchten *Conservatives* dabei nach dem Lesen des Wortes *Clinton* länger und *Liberals* entsprechend nach dem Lesen des Wortes *pro-life*. Gemäß der Funktionsweise des IAT bedeuten diese Ergebnisse, dass *Conservatives* mit dem Wort *Clinton* und *Liberals* entsprechend mit dem Wort *pro-life* jeweils negative Assoziationen verbinden, da sie durch die Rezeption des jeweiligen Wortes negativ *geprimet* werden und dementsprechend länger brauchen, um zu einer positiven Deutung des anschließend Rezipierten zu kommen. Für die vorliegenden Erkenntnisinteressen lassen sich aus diesen Ergebnissen drei entscheidende Punkte ableiten:

1. Einzelwörter können subjektive, intuitive Ablehnungen evozieren.
2. Diese intuitiven Ablehnungen sind von der politischen Einstellung abhängig (vgl. 3.2).
3. Diese intuitiven Ablehnungen ergeben sich nicht (nur) aus der Bedeutung der Komponenten des Wortes, sondern (vor allem) aus dessen idiomatischer, konventionalisierter Konstruktionsbedeutung.

Den letzten Punkt (s. hierzu auch 2.2.2) belegen vor allem die Ergebnisse zum Ausdruck *pro-life*, der zwar eine Komposition aus zwei positiv konnotierten Morphem darstellt, bei *Liberals* aber dennoch intuitive Ablehnung hervorruft, weil diese ihn mit den Abtreibungsgegnern assoziieren, die sie gleichsam ablehnen: „The words *pro* and *life* are both positive on their own, but part of what it means to be a partisan is that you have acquired the right set of intuitive reactions to hundreds of words and phrases“ (Haidt 2012: 68). Gleiches lässt sich also auch für andere umstrittene zusammengesetzte lexikalische Einheiten wie *Flüchtling* vs. *Geflüchtete* oder *Homo-Ehe* vs. *Ehe für alle* vermuten: Menschen, die ihre konventionalisierten Signifikate und/oder ihre prototypischen Verwender ablehnen, verbinden auch mit den Signifikanten ablehnende Intuitionen – unabhängig von deren kompositioneller Bedeutung.<sup>63</sup> Gerade für *Homo-Ehe* werden sich in der empirischen Analyse ebensolche Phänomene der nicht-kompositionellen, sondern konventionalisierten affektiven Ablehnung beobachten lassen (s. 10.2.2.4). Theoretisch lässt sich jedoch für die negativen Affekte, die *Homo-Ehe* potenziell evoziert, auch umgekehrt eine kompositionelle, nicht-holistische Verarbeitung der Konstituente *Homo* als Ursache annehmen. So stellt etwa Piirainen (2018: 184) für Idiome aber auch für „figurative Komposita“ fest, dass „die angebliche Diskriminierung jedoch in dem Bild, das durch die wörtliche Lesart evoziert wird“, begründet ist. Sie resümiert:

Die Empfindlichkeit der Vertreter der „political correctness“ gegenüber figurativen Lexikoneinheiten dieser Art zeigt in aller Deutlichkeit, dass die bildliche Bedeutungskomponente tatsächlich wirksam ist, und zwar in der Weise, dass das Bild (und nicht die lexikalisierte Bedeutung) als „diskriminierend“ empfunden werden kann. (Piirainen 2018: 184)

Zunächst können also sowohl gebrauchsbedingte, lexikalisierte Assoziationen als auch kompositionelle, „wörtliche“ Deutungen eines Ausdrucks als mögliche Ursachen für diese „Empfindlichkeit“, also für durch den Ausdruck hervorgerufene negative Affekte und anschließende sprachmoralische Kritik angenommen werden. Im empirischen Teil wird dem in Zusammenhang mit der sprachmoralischen Kritik an *Homo-Ehe* nochmals genauer nachgegangen (s. 10.2.2.2 und 10.2.2.4).

Einen weiteren, genaueren Hinweis auf die affektiven Ursprünge der intuitiven Ablehnung einzelner Wörter – oder eben Wortkonstituenten – liefern Wheatley & Haidt (2005). Sie hypnotisierten Versuchspersonen dahingehend, dass sie

<sup>63</sup> Da die negativen Affekte, wie sich in diesem Kapitel wiederholt zeigen wird, sowohl von dem Signifikaten als auch von den typischen Verwendern auf den Signifikanten übertragen können, ist es möglich, dass sowohl politisch Rechte als auch politisch Linke mit einem Ausdruck wie *Flüchtling* oder *Homo-Ehe* negative Affekte verbinden – jedoch aus ganz unterschiedlichen Gründen.

anschließend Ekel empfanden beim Lesen eines bestimmten, generell unauffälligen Wortes wie *take* oder *often* (vgl. ebd.: 780), ohne sich bewusst an diese Verknüpfung zu erinnern. Anschließend sollten sie eine Geschichte über eine Person lesen, die sich in bestimmter Weise unmoralisch verhielt – z. B. in Form von Umweltverschmutzung (vgl. ebd.: 782) oder in Form von Bestechung (vgl. ebd.: 780). Die Hälfte der Versuchspersonen las dabei eine Version der Geschichte, die fast identisch war, jedoch das zuvor gesetzte Reizwort enthielt (z. B. *often* oder *take*). Sie konnten zeigen, dass die Versuchspersonen, die ihr ekelerregendes Reizwort gelesen hatten, die Protagonisten der Geschichten signifikant stärker moralisch verurteilten, als diejenigen Versuchspersonen, die die Version ohne das jeweilige Reizwort gelesen hatten (vgl. Wheatley & Haidt 2005: 782 f.). Dieser Effekt war so stark, dass er selbst bei Geschichten wirkte, in denen der Protagonist keinerlei moralischen Verstoß beging. Versuchspersonen, die eine Version einer solchen harmlosen Geschichte lasen, die kein ekelerregendes Reizwort enthielt, bewerteten die Handlungen darin als „not at all morally wrong“ (Wheatley & Haidt 2005: 782). Versuchspersonen, die die Version mit dem entsprechenden Reizwort lasen, gaben jedoch in etwa einem Drittel der Fälle an, dass der Protagonist unmoralisch sei. In diesen Fällen wurde der durch das Reizwort ausgelöste Affekt zu einem moralischen Urteil formuliert, das nur diffus begründet werden konnte, z. B. durch „It just seems like he’s up to something“ (Wheatley & Haidt 2005: 783). Diese Ergebnisse lassen sich so deuten, dass auch Einzelwörter, die kontextunabhängig bestimmte Affekte (wie z. B. Ekel) hervorrufen, die moralische Bewertung einer Person oder Handlung beeinflussen können.

Um die besondere Rolle von Ekel für die moralische Bewertung von Wörtern (oder von lexikalisch evozierten moralischen Urteilen) nachzuvollziehen, hilft ein differenzierter Blick auf die möglichen affektiven Quellen (sprach-)moralischer Urteile. Haidt unterscheidet fünf (bzw. später sechs) intuitive Grundlagen für moralische Bewertungen, die die inzwischen sehr etablierte *Moral Foundations Theory* begründen. Diese fünf Grundlagen oder *Foundations* sind nach Haidt (2012: 144 ff.) evolutionär bedingt und damit (zumindest als Potenzial) angeboren sowie universell, unterscheiden sich jedoch individuell und kulturabhängig in ihrer Gewichtung sowie genauen Ausprägung. Haidt (2012: 146) benennt sie wie folgt: 1. *Care/Harm*, 2. *Fairness/Cheating*, 3. *Loyalty/Betrayal*, 4. *Authority/Subversion*, 5. *Sanctity/Degradation*. Für die Frage nach der moralischen Bewertung von Wörtern ist vor allem die Intuition von *Sanctity/Degradation* von Interesse, die eng mit dem Gefühl von Ekel verbunden ist und evolutionär den adaptiven Vorteil bot, Ansteckung zu vermeiden (vgl. Schaller & Park 2011: 99). Auf der einen Seite lehnt diese Foundation alles ab, was als nieder, ansteckend, unwürdig wahrgenommen wird (*Degradation*). Sie kann durch Abfall, Exkremente, Leichname, Sexualität etc. aktiviert werden, aber auch durch tabuisierte Ideen wie Rassismus

(vgl. Haidt 2012: 146) – und entsprechend auch durch Wörter, die diese Konzepte und tabuisierten Ideen in irgendeiner Form kognitiv präsent machen. Auf der anderen Seite sind für diese Foundation Werte wie Reinheit, Mäßigung und Pietät zentral (*Sanctity*). Oftmals wird anstatt von *Sanctity* auch von *Purity* gesprochen (vgl. Haidt 2012: 174; Hawkins et al. 2018: 22), wodurch wiederum konzeptuelle Parallelen zum Sprach-Purismus offenbar werden (s. 2.1.1). Fortan soll der Einheitlichkeit halber daher von *Purity* vs. *Disgust* gesprochen werden.

### 3.1.2.2 Affektbasierte Kritisierung und Tabuisierung von Wörtern

Dass das Aussprechen bestimmter Wörter Ekel erregen und die intuitiv-moralische Grundlage der *Purity* aktivieren kann, zeigt sich auch darin, dass darauf in verschiedenen Kulturen mit einem erhöhten Reinlichkeitsbedürfnis reagiert wurde und wird – etwa, wenn Kindern nach dem Aussprechen eines z. B. obszönen Wortes der Mund (evtl. sogar mit Seife) ausgewaschen wird (vgl. Crystal 1997: 8; Allan & Burridge 2007: 112 ff.). Eine weitere Parallele findet sich im resultierenden Berührungsverbot: Die *Purity/Disgust-Foundation* lässt Menschen gewisse Objekte als unberührbar betrachten – sowohl Objekte, die so unrein oder unwürdig sind, dass sie die Berührenden mit ihrer Unreinheit nicht „anstecken“ dürfen, als auch Objekte, die so rein oder erhaben sind, dass sie von den Berührenden nicht entweiht werden dürfen (vgl. Haidt 2012: 173). Dies entspricht exakt der Logik des Tabus, nach der sowohl das Heilige und Geweihte als auch das Unheimliche und Unreine eine Berührungsangst, eine „heilige Scheu“ (Freud 2013/1913: 77) hervorrufen und daher einem Berührungsverbot unterliegen (vgl. Frazer 1963: 129; Freud 2013/1913: 78 ff.; Bloching 2020: 7). Genau wie andere Intuitionen der *Purity/Disgust-Foundation* (s. 3.1.1) haben auch Tabus oftmals einen nachvollziehbaren Ursprung – z. B. die Berührungs- und Handlungsverbote rund um Inzest, Exkrememente, Lebensmittel oder auch Beleidigungswörter (s. u.). „Of course, once the taboo rituals are in place, the motives (sound or otherwise) usually become obscured. Original meaning gives way to symbolic idiom“ (Allan & Burridge 2007: 9). Ganz im Sinne des sprachmagischen Denkens (s. 2.1.1) liegt auch beim Tabu eine metonymische Gleichsetzung von Bezeichnendem und Bezeichnetem vor (vgl. McCloskey 1991: 290), sodass nicht nur die physische Berührung des tabuisierten Gegenstandes einem Verbot unterliegt, sondern auch dessen „symbolische Berührung“ (Schröder 2014: 49), i. e. dessen Versprachlichung. Daher wird das Phänomen des Tabus auch als eine Form des sprachmagischen Denkens behandelt (vgl. Crystal 1997: 8; Tereick 2009: 389). Durch diese Gleichsetzung überträgt sich die Tabuisierung des Signifikats auf den

Signifikanten,<sup>64</sup> sodass nicht nur dessen referenzieller Gebrauch sanktioniert und vermieden wird, sondern auch dessen metasprachliche, zitierende Aussprache (vgl. Bloching 2020: 13).

Zwar ist es stark kontextabhängig, wie ein konkreter Tabubruch bewertet wird und welche Affekte er hervorruft – ob standardmäßig Ekel und Ablehnung oder in ritualisierten Kontexten auch Belustigung (vgl. Allan & Burridge 2007: 85 ff.; Bloching 2020: 12 ff., 16 ff.) oder auch sexuelle Erregung, wie z. B. beim so vielsagend benannten *Dirty Talk* (vgl. Selmi 2012). Jedoch stellen die letzteren Fälle Ausnahmen in sehr speziellen Kontexten dar und auch hier ist zu erkennen, dass Tabuwörter in jedem Fall einen intensiven Affekt hervorrufen, dem sie auch ihren bezeichnenden Alias *Kraft-Ausdrücke* bzw. *Kraft-Wörter* verdanken (vgl. Balle 1990: 41). Für die vorliegende Untersuchung kann das Tabu also definiert werden als eine auf starken Affekten basierende, implizite soziale Norm, die das Vermeiden bestimmter Ausdrücke gebietet (vgl. Angerer et al. 2014: 44; Brennan et al. 2013: 57 ff.; Schröder 2014). Für die lexikalisch ausgerichtete Frage nach verschiedenen diskursiven Potenzialen einzelner Worte sind also weniger Kommunikationstabus von Interesse, die überhaupt die Kommunikation über bestimmte Themenbereiche untersagen und sanktionieren (vgl. Stefanowitsch 2021: 193 f.), sondern in erster Linie Worttabus, die affektiv fundierte Meidungsgebote für einzelne Ausdrücke darstellen (vgl. Stefanowitsch 2021: 203; Schröder 2014: 49).

Für die genauere Bestimmung des Phänomens Tabu ist von Interesse, wie sich die tabuisierten Ausdrücke eingrenzen lassen, welche Eigenschaften sie teilen. Zwar liegt der Tabuisierung, wie oben beschrieben, der Affekt des Ekels zugrunde, doch kann ein solcher „Sprachekel“ (Meinunger 2008: 51, 172) durch Wörter verschiedener Themenbereiche hervorgerufen werden. Aus der einschlägigen Tabuforschung (vgl. Ullmann 1962: 196 ff.; Allan & Burridge 2007: 1) lassen sich tabuisierte Ausdrücke kategorisieren nach ihrer Motivation aus Furcht, aus Anstand oder aus Feinfühligkeit (vgl. Schröder 2014: 50). Während sich Tabus aus Furcht oder aus der erwähnten heiligen Scheu in modernen Gesellschaften kaum noch finden (z. B. in der englischen Ersatzformel *Oh my Gosh* statt *Oh my God*), spielen Tabus aus Anstand nach wie vor eine große Rolle. Sie umgehen Ausdrücke, die Gefühle von Ekel oder Scham hervorrufen, indem sie intime Körperteile oder ekel- und schambehaftete Körperfunktion versprachlichen. Beispiele hierfür

---

<sup>64</sup> In (Bloching 2020: 11 f.) wird genauer beschrieben, inwiefern nicht bloß Sachverhalte und/oder Zeichenformen tabuisiert werden, sondern insbesondere die Zwischenebene des *signifié*, das eine bestimmte Perspektive auf den versprachlichten Sachverhalt ausdrückt (vgl. Lanza 2002: 31 ff.). Letztendlich führt dies jedoch immer wieder zu ablehnenden Affekten gegenüber einer bestimmten Ausdrucksform, die entsprechend vermieden und deren Aussprache sanktioniert wird (vgl. Hjelmslev 1968: 81).

wären tabuisierte Ausdrücke wie *Arsch(loch)*, *Hoden*, *Muschi* aber auch *kacken*, *pissen*, *furzen* sowie *ficken*. Tabus aus Feinfühligkeit hingegen gründen sich vornehmlich aus der Vermeidung der sensiblen Themen Tod und Krankheit, das sich z. B. in Euphemismen für das Sterben offenbart (*von uns gegangen*, *entschlafen* etc.). Zwar kann auch hier das Referenzobjekt einer Leiche oder eines (potenziell ansteckenden) kranken Menschen unmittelbar Ekel und Berührungängste hervorrufen; doch die ablehnenden, ekel-ähnlichen Affekte gegenüber dem tabuisierten Ausdruck können sich auch in der Ablehnung der Haltung begründen, die das Tabuwort ausdrückt. Beispiele hierfür sind Ausdrücke wie *Krüppel* oder *behindert*, die potenziell eine Perspektive auf das Thema ›Behinderung‹ ausdrücken, die in der Sprachgemeinschaft ganz im Sinne der Purity/Disgust-Foundation als menschenunwürdig wahrgenommen und abgelehnt wird. Auch wenn das Referenzobjekt eines Tabuwortes selbst also keinen Ekel hervorruft, so kann das Aussprechen des Tabuwortes dennoch Ekel erregen, indem es eine Perspektive auf das Referenzobjekt verspricht, die wiederum auf der Grundlage eines moralischen Ekels (*Purity* vs. *Disgust*) abgelehnt wird.

### 3.1.2.3 Political Correctness als Tabu-Phänomen

Auf diesem Effekt gründet auch ein vergleichsweise junges Tabu-Phänomen, das die vorgestellte Liste erweitert um Tabus aus sozialem Takt (vgl. Zöllner 1997: 52). Schröder (2014: 50) fasst diese Tabu-Kategorie nach Zöllner zusammen als „ideologisch motivierte Tabus, die in einem engen Zusammenhang zu political correctness stehen und einen bedeutenden Einfluss auf den Sprachgebrauch ausüben“. Da Schröder die vagen und potenziell wertenden Ausdrücke „ideologisch“ und „political correctness“ jedoch nicht näher definiert, lohnt sich im Folgenden ein näherer Blick darauf, inwiefern auch die moralische Kritik an Personen- und Gruppenbezeichnungen (so die Definition von *Political Correctness* nach Klug (2020: 81 f.), s. 2.1.2) eine Form des Tabus darstellt und/oder durch die Moral Foundation von Purity vs. Disgust begründet wird. Auch in Texten, die explizit und befürwortend Political Correctness behandeln, finden sich immer wieder Bezüge zu Tabus. So konstatiert bspw. Kämper (2020: 63): „Jegliche Verstöße gegen Sprachtabus sind sprachliche Gewalt“, scheint sich dabei jedoch vor allem auf Tabus aus sozialem Takt im obigen Sinne zu beziehen. Weiter schreibt sie: „Jeder Tabubruch verletzt die Prinzipien der Political Correctness und macht damit deutlich, wie notwendig ein durch die ethische Grundidee politisch korrekter Sprache geprägtes Prinzip von Sprachgebrauch ist“ (Kämper 2020: 64). Kämpers Tabuverständnis ähnelt damit nicht nur den Tabus aus sozialem Takt von Zöllner, sondern auch dem Tabubegriff von Niehr, der Tabus ganz im Sinne der Political Correctness definiert als „gesellschaftlich nicht akzeptierte Äußerungen, mit denen eine grup-

penbezogene kollektive Abwertung vollzogen wird“ (Niehr 2019: 6). Genau wie Kämper (2020: 64) warnt auch Niehr vor der populistischen Strategie „immer wieder Tabus zu brechen, um auf diese Weise dazu beizutragen, die Grenzen dessen, was in der Gesellschaft als sagbar gilt, auszuweiten“ (Niehr 2019: 2). Auch wenn damit nicht nur vonseiten der Tabuforschung (s. o. Zöllner 1997: 52; Schröder 2014: 50), sondern auch vonseiten der PC-Forschung zumindest ausdrucksseitig ein klarer Zusammenhang zwischen den Phänomenen Tabu und Political Correctness hergestellt scheint, muss doch noch einmal überprüft werden, ob auch derselbe Begriff von ›Tabu‹ vorliegt. Als ein entscheidender Aspekt des Tabubegriffs wurde mit Schröder (2014: 49) das Verbot der symbolischen Berührung, selbst der zitierenden Aussprache vorgestellt. Ähnliche Forderungen finden sich auch in Bezug auf Political Correctness, wenn Niehr (2019: 5) davor warnt, wenn Tabuwörter, die gegen die Prinzipien der PC verstoßen, „zitierend wiederholt und im gesellschaftlichen Bewusstsein wachgehalten“ werden. Auch Kämper (2020: 64) spricht sich dagegen aus, verbotene Wörter aufzulisten, denn da „mit jeder Regulierung der Regelverstoß selbst zu benennen ist, verfestigt man damit die verletzende Macht der fraglichen Wörter“.

Was hier jedoch vor allem aufgezeigt werden soll, ist der gemeinsame affektive, intuitiv-moralische Ursprung von politisch korrekten Wortverboten einerseits und (anderen) Tabuwörtern andererseits. Hiermit soll, wie bereits erwähnt, keinerlei Abwertung gegenüber Prinzipien der Political Correctness vorgenommen werden, da, wie in 3.1.1 vorgestellt wurde, ein intuitiver Ursprung für moralische Urteile die Regel darstellt; ganz unabhängig davon, ob das moralische Urteil intersubjektiv geteilt wird oder nicht.

#### 3.1.2.4 Gift-Metaphorik und Lexik-bezogener Ekel

Zwar erscheint der irrationale Glaube vergangener Zeiten, ein Tabuwort könne böse metaphysische Kräfte auf den Plan rufen (vgl. Allan & Burridge 2007: 11) heute z. T. undenkbar, „but things have not greatly changed. It is unlikely that popular opinion would ever allow a new ship to be named *Titanic*“ (Crystal 1997: 9). Jüngst zeigte sich die affektive Motivation von Sprachkritik auch in der Corona-Pandemie, die durch das klassische Tabuthema ›Krankheit/Ansteckung‹ das „behavioral immune system“ (Schaller & Park 2011) auch auf sprachlicher Ebene aktivierte. So kritisiert bspw. Weinert (2021: 3), die Konstruktion *viral gehen* im Sinne von ›sich schnell in den sozialen Medien verbreiten‹ und bezieht sich dabei auf Lenz: „Dass trotz täglich ernster werdender Bedrohung durch den Virus noch immer alles danach strebt, viral zu gehen, ist schwer zu erklären. [...] [M]anchen Leuten ist es vollkommen egal, welche Begriffe mit welchen Wirklichkeiten zu-



sammenhängen“<sup>65</sup>. Hier findet genau die beschriebene metonymische Gleichsetzung von Zeichen und Bezeichnetem statt (vgl. McCloskey 1991: 290): Das Bedürfnis nach Abstand vom Virus gebietet auch einen Abstand von Wörtern wie *Virus* und *viral*, um über die Sprache vermeintlich auch Körper und Geist „rein“ zu halten.

Doch wie Haidt (2012: 146) gezeigt hat, können moralische Ablehnungen als ›unrein‹, ›verschmutzt‹, ›ansteckend‹ sowie das Bedürfnis nach (physischem sowie sprachlichem) Abstand nicht nur durch Krankheiten, Exkrememente, Drogen etc. hervorgerufen werden, sondern auch durch tabuisierte Ideen wie Rassismus oder „dunkle Flecken“ in der Kulturgeschichte. Leyboldt beschreibt die affektive Ablehnung eines vormals konsekrierten kulturellen Erbes ebenfalls vor dem Hintergrund der moralischen Grundlage von *Purity/Disgust*, wenn er von „toxic“ oder „polluted artefacts“ spricht:

Darkened or polluted artifacts retain the visibility of sacred things, yet with a stigmatized presence that inspires negative affects: revulsion, disgust, hatred. Such “toxic” sacrality typically emerges when an artifact begins to embody mutually exclusive strong values [...] (Leyboldt 2021: 254).

Einerseits ist die intuitive Grundlage der *Purity* also ein Schlüssel zum Verständnis der Kulturkämpfe, in denen sich Sprachkämpfe abspielen: „The Sanctity [i. e. Purity] foundation is crucial for understanding the American culture wars, particularly over biomedical issues“ (Haidt 2012: 176).<sup>66</sup> So spielt *Purity* auch eine entscheidende Rolle bei den im empirischen Teil zu untersuchenden Einstellungen zur gleichgeschlechtlichen Ehe (vgl. Hawkins et al. 2018: 89). Andererseits spielen die Intuitionen von *Purity/Disgust* aber auch eine Rolle auf beiden Seiten der Sprachkämpfe innerhalb dieser Kulturkämpfe. Offenbar wird dies z. B. bei der Gift-Metapher, die sich bei der Kritik an nationalsozialistischer und aktuellerer fremdenfeindlicher Sprache regelmäßig findet (vgl. 2.1.3). Um nur einige der zahl-

<sup>65</sup> Pedro Lenz im St. Galler Tagblatt am 14.03.2020: <https://www.tagblatt.ch/kultur/sprachliche-moden-und-marotten-corona-zeigt-wie-unsensibel-wir-mit-sprache-umgehen-ld.1203579> (zuletzt aufgerufen am 21.03.2023).

<sup>66</sup> Man denke nur an die Rolle dieser Moralintuition für rechtliche Beschränkungen der Sexualität zwischen zwei einvernehmlichen Erwachsenen; z. B. bei der Kriminalisierung von Anal- und Oralverkehr (in einigen State Laws der U. S. A. noch bis ins 21. Jahrhundert hinein) sowie von Homosexualität, insbesondere zwischen Männern (auch in Deutschland noch bis 1994 in § 175 StGB), aber auch von Inzest (vgl. z. B. Angerer et al. 2014: 43–49). Ferner ist in den Politikwissenschaften auch die „parasite stress“-Hypothese vielfach belegt (vgl. z. B. Murray, Schaller & Suedfeld 2013), nach der auch das kollektive Bedürfnis nach einem autoritären politischen System stark mit dem realen Infektionsrisiko im jeweiligen Land korreliert, was wiederum auf eine affektiv-moralische Grundlegung durch die *Purity-Foundation* schließen lässt.

reichen Beispiele zu nennen: Schon 1966 führt Weinrich Wörter an, die in ihrer lügenhaften Verwendung der NS-Zeit, „selber verlogen“ (Weinrich 1966: 35) wurden und führt aus: „[E]s gibt keine Therapie für die verdorbenen Wörter; man muß sie aus der Sprache ausstoßen“ (ebd.). Kopperschmidt (1991: 70) expliziert Weinrichs Verständnis einer lügenhaften Verwendung als „freilich keine linguistische, sondern eine moralische bzw. ideologiekritische Feststellung“, die dazu führt, dass man „die entsprechend infizierten Wörter meidet“ (ebd.). Sowohl *verdorben* als auch *infiziert* machen hier einen gewissen Ekel vor den besprochenen Wörtern und eine wahrgenommene Unreinheit, Unberührbarkeit erkennbar. Kopperschmidt (1991: 70) reflektiert an dieser Stelle, dass diese „epidemiologische Metapher“ einerseits der Logik „totalitärer Sprachpolitik“ folge, andererseits aber auch die intersubjektiv wahrgenommene ideologische Prägung eines Wortes in der Sprachgemeinschaft ausdrücken könne, die zur Ablehnung des Ausdrucks führe (ebd.: 70 f.). Dementsprechend bedient sich auch Klemperer (1996: 123) einer ähnlichen Metapher der Unreinheit, wenn er Wörter kritisiert, denen „das Grundelement des nazistischen Giftes eingeflossen“ ist. In Bezug auf aktuellere rassistische und fremdenfeindliche Unwörter wie *ausländerfrei* verweist auch Schlosser (2000: 293) explizit auf Klemperer, wenn er in ihnen das „schleichende Gift“ sieht, das „zum Tod der Menschlichkeit führen kann“ (ebd.). Es scheint deutlich, dass diese Metaphern für nationalsozialistische und rassistische Wörter nicht zufällig gewählt sind: Letztere unterliegen einem Berührungsverbot bzw. Meidungsgebot (also einem Tabu), da sie im Sinne der *Purity/Disgust-Foundation* als ebenso ekelerregend, abscheulich und ansteckend wahrgenommen werden wie die kulturellen Artefakte, Ideologien, Taten etc., die mit ihnen assoziiert werden.

### 3.1.2.5 Vermeidung unangenehmer statt manipulativer Wörter

Auch wenn moralische Sprachkritik nicht immer mit einem Vokabular geäußert wird, das die zugrundeliegenden Affekte dergestalt offenbart: Die zu vermeidenden Ausdrücke sowie die „meliorative[n] Alternativbezeichnungen“ (Klug 2020: 82) im Zusammenhang mit Political Correctness zeigen oftmals, dass die moralische Kritik an einem Wort weniger von dessen wirklichkeitskonstruierendem Potenzial abhängt als vielmehr von den negativen Affekten, die dieses auslösen kann; „die Ausdrücke werden abgelehnt, weil sie unangenehme Empfindungen hervorrufen“ (Tereick 2009: 389). Dabei werden nicht etwa die komplexen ontischen Folgen einer potenziellen kognitiven Manipulation der Rezipierenden antizipiert (s. 2), sondern vielmehr die unmittelbaren sozialen Effekte eines Verstoßes gegen die moralischen Empfindungen der Rezipierenden selbst sowie die daraus resultierenden negativen Folgen für das eigene *face* (vgl. Allan & Burridge 2007: 237) bzw. Prestige (s. 3.1.1, vgl. 3.3, 4.2). Oft zeigt sich, dass es die unangenehmen

oder unsicheren Empfindungen gegenüber einem Referenzobjekt selbst sind, die habituell auf ein Zeichen übertragen werden und so dessen Meidungsgebot motivieren. So erklärt bspw. Lakoff (1973) ihre Untersuchung euphemistischer sowie dysphemistischer (also abwertender) Bezeichnungen für unterdrückte Personen-gruppen am Beispiel zweier Bezeichnungen für Frauen: *ladies* (≈ „Damen“) und *broads* (≈ „Weiber“). Sie resümiert, dass Ausdrücke insbesondere dann als unangemessen wahrgenommen werden und euphemistische Alternativbezeichnungen erfordern, wenn ihr Denotat regelmäßig mit unangenehmen Affekten in Verbindung gebracht wird:

But of course, as already pointed out, we cannot achieve this commendable simplification of the lexicon unless we somehow remove from our minds the idea that [...] women *are* broads. The presence of the words is a signal that something is wrong, rather than (as too often interpreted by well-meaning reformers) the problem itself. The point here is that, unless we start feeling more respect for women, and at the same time, less uncomfortable about them and their roles in society in relation to men, we cannot avoid *ladies* any more than we can avoid *broads*. [...] One can only conclude that euphemisms vanish as they are no longer needed. (Lakoff 1973: 58 f.)

Auch deutschsprachige Beispiele können veranschaulichen, inwiefern die moralische Kritik an einzelnen Wörtern nicht durch teleologische Abwägungen ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen begründet ist (s. u.), sondern durch intuitive Affekte der Ablehnung. Etwa belegt das Wort *Malaria* (von ital. *mal'aria* = „schlechte Luft“)<sup>67</sup> etymologisch ebenso einen historischen Irrtum wie das Wort *Indianer* (von spa. *indio* = „Inder“)<sup>68</sup>. Dennoch wird das Wort *Malaria* nicht kritisiert oder gemieden – etwa aus Sorge um die falschen Vorstellungen, die es bei Rezipierenden hervorrufen könnte. Dass das Wort *Indianer* wiederum kritisiert und gemieden wird, liegt also ebenfalls nicht an antizipierbaren Vorstellungen, die das Wort vermitteln könnte, sondern an den unangenehmen Affekten, die entstehen, wenn der Ausdruck mit einer kolonialen Perspektive auf die indigenen Völker der amerikanischen Kontinente sowie mit deren Vertreibung und Ermordung assoziiert wird. Diese Affekte betreffen wohlgerne nicht nur die Personen, die sich durch den Ausdruck *Indianer* bezeichnet sehen, sondern auch viele Menschen im deutschsprachigen Raum. Das Wort *Malaria* ruft im deutschsprachigen Raum keine vergleichbaren Affekte hervor; im Gegensatz zum Wort *Corona*, das, obwohl es keineswegs auf einem medizinischen Irrtum beruht, im Deutschen z. T. euphemisiert und als *C-Wort* abgekürzt wird, um Affekte von Angst und Unsicherheit zu vermeiden (vgl. Belošević 2021). Wenn also zwei nicht-amerikanische Personen (A und B) ein

<sup>67</sup> Vgl. <https://www.dwds.de/wb/Malaria> (zuletzt aufgerufen am 24.03.2023).

<sup>68</sup> Vgl. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Indianer> (zuletzt aufgerufen am 24.03.2023).

Gespräch unter vier Augen führen und A B für den Gebrauch des Wortes *Indianer* kritisiert, dann entweder deshalb, weil B durch dieses Wort eine gewisse Perspektive gegenüber den indigenen Völkern der Amerikas offenbart, die A für kritikwürdig hält (s. 3.2); oder aber A ist sich zwar einer wohlmeinenden, nicht-ignoranten Perspektive von B sicher, macht B jedoch für die negativen Affekte verantwortlich, die das Wort in A ausgelöst hat.

Insofern erfüllen das Vermeiden und das Ersetzen ehemals konventionalisierter Ausdrücke wie *Indianer*, *Weib*, *Flüchtling* (oder ggf. auch *Corona*) unter anderem genau die emotional entlastende Funktion, die auch früheren Tabuisierungen und Euphemisierungen zugeschrieben wird (vgl. Rothe & Schröder 2002: 13). Formelle Parallelen zwischen typischen Euphemismen und politisch korrekten „Ersatzbezeichnungen“ (Klug 2020: 83) zeigen sich auch in der Art und Weise, wie diese jeweils gebildet werden. In der Forschung zu klassischen Tabus und Euphemismen (vgl. Hjelmslev 1968: 80 ff.; Forster 2005: 204; Schröder 2014: 10 f.) finden sich unter den häufigsten sprachlichen Möglichkeiten der Euphemisierung Auslassung mit oder ohne Auslassungszeichen, Fremdwörter und Akronyme. Tabelle 3 soll mit einigen Beispielen veranschaulichen, inwiefern auch die Umgehungsstrategien der Political Correctness den Formalien der Euphemisierung entsprechen und somit plausibilisieren, dass es hierbei um die Vermeidung unangenehmer Affekte geht.

Selbstverständlich erfüllen viele dieser Zeichenformen auch noch weitere semantische und pragmatische Funktionen wie z. B. die sprachliche Konstruktion politischer „Äquivalenzketten“ (vgl. Mouffe 2014: 195; Laclau & Mouffe 1991) aus *ex negativo* definierten Minderheitengruppen mit geteilten sozialen Erfahrungen und politischen Zielen (z. B. *queer*, *LSBTIQ*, *BIPOC* oder *SOJARME*); doch ihre diskursive Durchsetzung auch außerhalb dieser Gruppen selbst lässt sich unter anderem durch ihre euphemistische Funktion erklären, im Zusammenhang mit sensiblen Themen, unangenehme Gefühle sowie das Risiko sozialer Sanktionen zu vermeiden.<sup>69</sup>

Für die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion und den potenziellen Nebeneffekten politisch korrekter Euphemismen scheint die Unterscheidung zwischen verhüllenden Euphemismen und verschleiernenden Euphemismen nach Luchtenberg (1985: 24, 140 f.) einiges an Klärung zu verschaffen. Verschleiernenden Euphemismen sollen einen problematischen Teilaspekt des Bezeichneten vor den

---

<sup>69</sup> Nicht durch Zufall setzte sich in Deutschland der Terminus *People of Color* gerade im Nachhall der emotional sehr belastenden und aufwühlenden Videoaufnahmen der Tötung des schwarzen US-Amerikaners George Floyd im Mai 2020 durch. So finden sich für die Suchanfrage (*People ODER Person*) *of* (*Color ODER Colour*) im Deutschen Referenzkorpus (DeReKo) für 2019 216 Belege, für 2020 526 Belege und für 2021 570 Belege.

**Tabelle 3:** sprachliche Formen der Euphemisierung im Vergleich.

Form der Euphemisierung	Beispiele zu klassischen Tabuthemen	Beispiele im Zusammenhang mit Political Correctness
Auslassung(szeichen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>f*cken</i> statt <i>ficken</i></li> <li>– <i>A-loch</i> statt <i>Arschloch</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>N-Wort</i> statt <i>das Wort „Neger“</i></li> <li>– <i>Z-Schnitzel</i> statt <i>Zigeunerschnitzel</i></li> </ul>
Fremdwörter	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>Locus</i> (lat. <i>locus</i> = ‚Ort‘) statt <i>Toilette</i><sup>70</sup></li> <li>– <i>Abort</i> (lat. <i>abortus</i> = ‚Fehl-/Frühgeburt‘) statt <i>Abtreibung</i>, <i>Fehlgeburt</i><sup>71</sup> oder auch <i>Toilette</i><sup>72</sup></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>queer</i> (engl. <i>queer</i> = ‚seltsam‘) für nicht-hetero- und/oder cis-sexuelle Menschen</li> <li>– <i>indigene Völker</i> (spa. <i>indígenas</i>, engl. <i>indigenous</i> = ‚eingeboren‘) statt <i>Eingeborene</i><sup>73</sup></li> </ul>
Akronyme	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>WC</i> (<i>water closet</i>) statt <i>Toilette</i></li> <li>– <i>BH</i> statt <i>Büstenhalter</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– <i>LSBTIQ/LGBTQ</i> für nicht-hetero- und/oder cis-sexuelle Menschen</li> <li>– <i>SOJARME</i><sup>74</sup>, <i>PoC</i> oder <i>BIPoC</i><sup>75</sup> für als nicht-weiß gelesene Menschen</li> </ul>

Rezipierenden verbergen (z. B. Euphemismen für Folter wie „Sonderbehandlung“ (Zöllner 1997: 346 f.) oder „verschärfte Verhörtechniken“ (Žižek 2018: 333)), während verhüllende Euphemismen das konkrete Referenzobjekt sowie den konventionalisierten Signifikanten vollumfänglich erkenntlich machen, dabei jedoch die Gemüter der Rezipierenden schonen sollen. Wenn bei der Kritik an Political Correctness also die Sorge geäußert wird, dass ihre Euphemisierung einer „Aufforderung zur Nicht-Thematisierung“ (Mecheril 2004: 204) gleichkomme (vgl. Klug 2020: 83; Klein 2017: 785), so bezieht sich diese Sorge eher auf die strategisch-verschleiende Funktion von Euphemismen als auf deren emotional-verhüllende Funktion. Wenn Žižek verschleiende Euphemismen (z. B. für Folter) und die verhüllenden Euphemismen der Political Correctness als „zwei Seiten derselben Me-

<sup>70</sup> *Toilette* (frz. *toile* = ‚Leinwand, Gewebe, Zeug, Tuch‘) ist wohlgemerkt auch ein fremdsprachiger Euphemismus für eine „sanitäre Anlage zur Verrichtung der menschlichen Notdurft“ (<https://www.dwds.de/wb/Toilette> (zuletzt aufgerufen am 27.03.2023)).

<sup>71</sup> Vgl. Seebold (2011: 8); Stowasser, Petschenig & Skutsch (2006: 3).

<sup>72</sup> Vgl. z. B. <https://www.dwds.de/wb/Abort> (zuletzt aufgerufen am 27.03.2023).

<sup>73</sup> Vgl. z. B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Euphemismus#Zugketten> (zuletzt aufgerufen am 27.03.2023).

<sup>74</sup> Vgl. z. B. <https://www.bedeutungonline.de/was-bedeutet-sojarime-sojarime-bedeutung-definition-erkl%C3%A4rung/> (zuletzt aufgerufen am 27.03.2023).

<sup>75</sup> Vgl. z. B. <https://vielfalt.uni-koeln.de/antidiskriminierung/glossar-diskriminierung-rassismuskritik/bipoc> (zuletzt aufgerufen am 27.03.2023).

daille“ (Žižek 2018: 334) bezeichnet, so muss dies als zu pauschal abgelehnt werden. Vielmehr kann mit Allan & Burrige (2007: 106) umgekehrt argumentiert werden, dass gerade verhüllende Euphemismen es ermöglichen, die affektive Abneigung gegenüber Einzelwörtern – und auch den mit ihnen assoziierten Konzepten – zu vermeiden, um so erst den Mut aufzubringen, unangenehme oder sozial riskante Themenbereiche überhaupt anzusprechen. Da der Sprachekel nicht erst durch euphemistische Umgehungsstrategien hervorgerufen wird, sondern diesen kausal vorausgeht, würden tabuisierte Themenbereiche ohne die Möglichkeit der Euphemisierung erst recht gänzlich gemieden werden, da keine Möglichkeit bestünde, sensible Themen gemütsschonend und gesichtswahrend anzusprechen: „Disgust with this sort of bigotry produces the need for a euphemistic vocabulary to create a kind of working tolerance, so that we can engage each other and discuss sensitive topics“ (Allan & Burrige 2007: 106).

Dennoch können moralisch vorgetragene Wortkritik und Wortverbote erstens zu grundsätzlicher Angst und Unsicherheiten beim Ansprechen bestimmter sensibler Themenbereiche und „Hot-Button-issues“ (Leypoldt 2021: 254) führen, wenn Sprechende sich nicht sicher sein können, ob sie auf dem neuesten Stand der euphemistischen Treitmühle (s. 4.2) sind und wie stark ein lexikalischer „Fehltritt“ sozial sanktioniert wird (vgl. Felder 2022a) (s. 3.3). Zweitens besteht die Gefahr, dass Euphemismen nicht als fakultative Angebote wahrgenommen werden, sondern als überhebliche Belehrung (vgl. Felder 2022a) oder als soziale oder gar rechtliche Verpflichtung, was wiederum zu Reaktanz führen (vgl. Haidt 2012) und unerwünschte soziale sowie politische Folgen nach sich ziehen kann (s. 3.3). Für derartige Effekte ist also nicht entscheidend, welche Ausdrücke gemieden oder wodurch sie ersetzt werden, sondern vielmehr, mit welchem Impetus Wortkritik und Ersetzungsvorschläge vorgebracht werden.

### 3.1.2.6 Post hoc Rationalisierung affektiver Sprachtabus

Wenn Wortkritik und meliorative Alternativbezeichnungen jedoch nicht als Vorschläge für den Fall kontingenter subjektiver Vermeidungsbedürfnisse formuliert werden sollen, sondern als moralische Pflicht, so ist es diesem Ziele dienlich, die affektive, intuitiv-moralische (und somit subjektive) Grundlage (vgl. z. B. Thalex 2008: „[J]eder hat so seine Unwörter“) aus der Gleichung herauszunehmen zugunsten einer rationalen, teleologisch-ethischen (und somit überindividuellen) Begründung (s. 3.1.1).<sup>76</sup> Dies würde auch erklären, warum z. B. Handbücher nicht-diskriminierender Sprache sich bemühen, ihre Vorschläge gerade nicht als eu-

---

<sup>76</sup> Vgl. z. B. Kämper (2020) in ihrem Titel: „Sprachliche Gewalt und Political Correctness. Warum es vernünftig ist, dass Sprachgebrauch ethischen Regeln folgt“ (eigene Hervorhebung, S.B.).

phemistische Umgehungen von Tabus zu verstehen, sondern als „präzisere“ oder „akkuratere“ Bezeichnungen (vgl. Allan & Burridge 2007: 96). Denn um Wortverbote und -gebote gerade von Sprechenden, Interaktionssituation und anderen Kontextfaktoren explizit unabhängig zu machen (vgl. z. B. Kämper 2020: 57), muss das moralische Urteil vom individuellen und kontextabhängigen System der Intuitionen in das überindividuelle und kontextunabhängige System der logischen Schlussfolgerung (*Reasoning System*) überführt werden (vgl. Haidt 2008: 1029). Allan & Burridge (2007) bestätigen Haidts Aussage, dass derartige rational-argumentative Persuasionsversuche häufig zu Patt-Situationen führen (s. 3.1.1), auch für Sprachkritik rund um Tabus, wenn sie schreiben: „certain beliefs are held by politically powerful members of the community on the ways that language can subvert the common good, and no amount of rational argument against their position will be accepted“ (ebd.: 18). Meist ist die affektive und intuitive Grundlage moderner Sprachtabus und Ersatzformeln also schwer zu erkennen, weil sie als moralische Meidungsgebote in aller Regel rationalisiert werden, um Allgemeingültigkeit beanspruchen zu können.

Eine häufige Strategie zu einer solchen post hoc Rationalisierung, die Haidt in seinen Interviews zu den fiktiven harmlosen Tabuverletzungen beobachten konnte (s. 3.1.1), ist das Ableiten „desaströser Konsequenzen“ (Haidt 2008: 1025; eigene Übersetzung, S.B.) von der bewerteten Handlung für die öffentliche Ordnung, das Gesundheitswesen o. Ä. (vgl. auch Baron 1998). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob auch sprachmagische Warnungen über kollektive Manipulation durch Einzelwörter wie *Flüchtling* oder *Homo-Ehe* (s. Empirieteil 0) dieser Strategie der Rationalisierung folgen, sodass die intuitive Ablehnung eines Wortes durch das Anführen der vermeintlichen Konsequenzen seiner Verwendung als eine Frage der teleologischen „Verantwortungsethik“ (Kämper 2020: 65) verargumentiert werden kann. Nach dieser Hypothese können Phrasen wie *Sprache schafft Wirklichkeit* oder auch Schlagwörter wie *Framing* eine kulturell anerkannte und etablierte Erklärung liefern für die intuitive Ablehnung eines Wortes, die durch wissenschaftlichen Duktus dem eigenen Urteil erst recht einen objektiven und rationalen Charakter verleiht (vgl. Haidt 2008: 1035). In diesem Zusammenhang sprechen Nisbett und Wilson in einem Paper mit dem vielsagenden Titel *Telling more than we can know* auch von „a priori causal theories“ (Nisbett & Wilson 1977: 233). Die Deutung, die sich hieraus ableitet, ist also nicht nur, dass moralische Urteile über einzelne Wörter intuitiv gefällt werden, sondern auch, dass die in Kapitel 2 beschriebenen sprachmagischen Äußerungen als post hoc Rationalisierungen solcher intuitiven Ablehnungen dienen können (vgl. Tereick 2009: 386).

### 3.1.2.7 Methodenreflexion zur Analyse sprachlicher Affektivität

Methodologisch muss an dieser Stelle aus 3.1 insgesamt reflektiert werden, dass aus den in künstlichen Versuchen elizitierten Affekten (s. 3.1.2.1) noch nicht hervorgeht, wie groß der Einfluss solcher Affekte letztlich auf den Diskurs und die darin bezogenen Positionen ist (vgl. McWhorter 2014: 28; s. 2.1.3). Speziell die explizite Befragung von Versuchspersonen zu Gedankenexperimenten (s. 3.1.1) birgt die Gefahr einiger Unstimmigkeiten, die sich durch den klinischen Versuchskontext ergeben, bei einer Analyse moralischer Urteile in ihrer „natürlichen“ diskursiven Umgebung jedoch vermieden werden können. Da (sprach-)moralische Urteile im zu untersuchenden Diskurs jedoch regelmäßig rationalisiert werden, genügt eine Untersuchung der sprachlichen Oberfläche oftmals nicht aus, um die implizit bleibenden Affekte hinter den rationalen Argumenten plausibel zu machen. Daher waren komplementierende Anleihen aus psychologischen Experimenten an dieser Stelle unerlässlich. Jedoch sollen die experimentellen Methoden von Haidt und Anderen im empirischen Teil der Arbeit (s. Teil IV) ergänzt werden um eine Analyse der (Meta-)Sprache innerhalb des Diskurses, in der es sowohl affektive, als auch rationale bzw. rationalisierte metasprachliche Belege zu untersuchen gilt. Hierfür bedarf es also eines kulturwissenschaftlichen Modells, das die affektive Dimension moralischer Urteile berücksichtigt (s. 5), und linguistischer Methoden, die eine Analyse solcher intuitiv-moralischer Urteile erlauben (vgl. z. B. Felder & Müller 2022; s. u. 3.3; 9.3).

## 3.2 Zweiter Strang: Das Politische der Zeichen

### 3.2.1 Bezeichnungskonkurrenz und Bezeichnungsfixierung

Im folgenden Kapitel soll – an Kapitel 2 anknüpfend – zunächst resümiert werden, wie verschiedene politische Lager ihre divergierenden Perspektiven auf einen Sachverhalt onomasiologisch in unterschiedlichen Bezeichnungen für denselben durchzusetzen versuchen (s. 3.2.1.1). Vor allem soll jedoch umgekehrt dargelegt werden, inwiefern der Gebrauch bestimmter sprachlicher Zeichen semasiologisch Aufschluss über die Perspektive, Gesinnung und/oder politische Orientierung der Zeichenverwender geben kann (s. 3.2.1.2) und welche Rolle diese Ausdrucksfunktion spielt bei der Profilschärfung (Affiliation sowie Distinktion) der eigenen politischen Identität (s. 3.2.1.3). Bei letzterem Phänomen soll Augenmerk darauf gelegt werden, welche demokratischen und demokratisierenden Effekte speziell der explizite, metadiskursive Wortstreit im politischen Diskurs entfalten kann (s. 3.2.1.4), bevor zuletzt das Problem der Interdependenz von politischen Ausdrücken und politischen Sinnzusammenhängen angerissen wird (s. 3.2.1.5), das in 3.2.2 im Hinblick



auf kontingente und konkurrierende Bedeutungen der politischen Ausdrücke genauer behandelt werden soll.

### 3.2.1.1 Darstellungsfunktion und onomasiologische Bezeichnungsstrategien

In seinem Organonmodell unterscheidet Karl Bühler (1999/1934) drei Funktionen des Zeichens in dessen jeweiligem Bezug zu Bezeichnetem, Sender und Empfänger:

- Darstellungsfunktion: Das Zeichen ist Symbol für Gegenstände und Sachverhalte
- Ausdrucksfunktion: Das Zeichen ist Symptom für eine Eigenschaft des Senders
- Appellfunktion: Das Zeichen ist Signal an (einen oder mehrere) Empfänger

In Kapitel 2 wurde ausführlich der komplexe Zusammenhang zwischen Signifikant und Signifikat sowie zwischen dem so zusammengesetzten Zeichen und dem jeweils Bezeichneten untersucht, was Bühlers Darstellungsfunktion gleichkommt. Diese Funktion wird im Streit um Worte – also um entsprechend „kontroverse Begriffe“ (vgl. Stötzel & Wengeler 1995) – oftmals angeführt, indem der jeweilige Unterschied in der Darstellungsfunktion verschiedener Zeichen für denselben Sachverhalt als konstitutiv für dessen Konzeptualisierung angesehen wird. Die Motivation hinter dem diskursiven Durchsetzen von Ausdrücken ist also „die Überzeugung, dass Begriffe aufgrund ihrer kognitiven, emotionalen und normativen Potenziale Denken, Fühlen und Verhalten erheblich beeinflussen“ (Klein 2017: 773). In Kapitel 2 wurde einerseits gezeigt, inwiefern die Referenz auf einen Sachverhalt mit einem bestimmten Zeichen in konkreten Kontexten zwar eine bestimmte Perspektive auf das Referenzobjekt versprachlichen kann; andererseits hat sich auch gezeigt, wie kontingent und fragil der Zusammenhang zwischen einer Zeichenform und der „in“ ihr durchzusetzenden Perspektive außerhalb kontrollierbarer Verwendungskontexte ist. Insofern sind Bezeichnungsfixierungsversuche mit ihrer Hoffnung, mit einer Bezeichnung auch kontextunabhängig eine ihr immanente Form der Darstellung durchsetzen zu können „oft von naiv-realistischen Monopolansprüchen auf Wahrheit und Richtigkeit geprägt“ (Klein 2017: 773; vgl. Kopperschmidt 1991: 78). Durch unterschiedliche Darstellungsfunktionen können Wörter also stark umstritten sein; wie Hermanns (1982: 87) am Beispiel des Ausdrucks *DDR* darlegt, begründet sich der Streit um Bezeichnungen jedoch auch abseits der Darstellungsfunktion, z. B. in den „daraus sich ergebenden, einander widersprechenden Loyalitätsforderungen (Appellfunktionalität)“ (ebd.).

### 3.2.1.2 Ausdrucksfunktion und semasiologische Rückschließbarkeit

Ein besonders wichtiger Aspekt für das Verständnis von lexikalischen Entscheidungen, Meidungsbedürfnissen und Wortstreiten scheint jedoch die Ausdrucks-

funktion des Zeichens zu sein, i. e. „was ich beim Sprechen über mich verrate“ (Auer 2013: 112). Denn gerade an politisch umstrittenen Wörtern und Wendungen lässt sich meist eine starke Ausdrucksfunktion feststellen, „insofern nämlich ein Sprecher durch ihren Gebrauch sich als Angehörigen einer bestimmten Partei, zu deren Sprache Wort oder Wendung gehört, zu erkennen gibt“ (Hermanns 1982: 88).<sup>77</sup> Die semiotische Funktionsweise solcher „sozio-politischer Indikatoren“ (Felder 2022a: 203) kann auch parallel zu Bourdieus (1974: 58) Konzept von „Unterscheidungszeichen“ verstanden werden, deren Ausdrucksfunktion jedoch die horizontale Dimension politischer Agonalität verlässt und in die vertikale Dimension von Klassenunterschieden eintritt (vgl. 3.3, 4.2.2).

Die Ausdrucksfunktion eines Wortes kann dabei selbstredend in jedem Kommunikationskontext potenziell von beiden Seiten – Sender und Empfänger – konstruiert bzw. aktualisiert werden. Einerseits sind Rezipierende oftmals dazu bereit, „aus der Verwendung bestimmter Wörter [...] sehr weitreichende Schlüsse zu ziehen“ (Hermanns 1982: 88 f.) und das jeweilige Gegenüber auf Grundlage seiner Wortwahl (in Kombination mit weiteren verfügbaren Wissenselementen) einer bestimmten Gruppierung zuzuordnen. Dies kann dazu führen, dass vermeintlich neutrale Ausdrücke (wie z. B. *Flüchtling*) „politisch und sozialsymbolisch aufgeladen werden“ (Felder 2022b). Andererseits können und müssen Sprechende derartige Inferenzen ihres Gegenübers bei ihren lexikalischen Entscheidungen zu einem gewissen Grad antizipieren, um ihre Worte nicht nur zur Darstellung (s. o.), sondern auch zur bewussten Selbst-Darstellung, zum symptomfunktionalen Ausdruck der eigenen Identität zu verwenden. Entsprechend konventionalisierte Zeichen können somit die Funktion von „metakommunikativen Signalen zur Referenz, Wertschätzung und Gleichberechtigung“ (Feilke 2018: 9) erfüllen oder auch ein „Gruppenzugehörigkeits- und Gruppenabgrenzungsbedürfnis“ (Felder 2016: 14) ausdrücken. Gerade aus letzterem bilden sich zuweilen distinktive Bezeichnungen heraus,

deren Funktion es gerade ist, als parteisprachliche Wörter aufzufallen. Sie sind dazu da, daß an ihnen Freund und Feind den Parteistandpunkt, für den sie stehen, erkennen sollen. Die Brisanz ist also bei diesen Wörtern [...] keine gewissermaßen unerwünschte Begleiterscheinung, sondern sie werden gerade geprägt und verwendet, damit sich daran die Geister scheiden. (Hermanns 1982: 91)

---

<sup>77</sup> Ähnlich wie Mouffes Verständnis des *Politischen* bezieht sich auch der Ausdruck *Partei* bei Hermanns nicht nur auf institutionelle Parteien im engeren Sinne, sondern in einem aus der Agonalität sich herleitenden Sinne auf alle möglichen politischen und weltanschaulichen Gruppierungen, die „Lehren vertreten oder Ziele verfolgen, die im Widerspruch zu denen anderer derartiger Gruppierungen stehen“ (Hermanns 1982: 89).

Da man bei der Verwendung solcher Bezeichnungen mit politischer Ausdrucksfunktion immer auch auf die eigene politische Identität verweist und somit gewissermaßen Flagge zeigt, spricht Hermanns (1982: 89 ff.) hier auch von *Fahnenwörtern* – vor allem dann, wenn sie „als Markenzeichen für eigene Politik [...] verwendet werden“ (Klein 2017: 774). Ihr „negatives Pendant“ (Hermanns 1982: 92) bilden die Stigmawörter, die einen Standpunkt des politischen Gegners perspektivisch bezeichnen und abwerten sollen. In der Abgrenzung von einem politischen Gegner erfüllen auch Stigmawörter, genauso wie Fahnenwörter nicht nur eine Darstellungs-, sondern auch eine politische Ausdrucksfunktion.

### 3.2.1.3 Politisch-sprachliche Affiliation und Distinktion

Zwischen solchen konkurrierenden politisch aufgeladenen Bezeichnungen für dasselbe (bzw. als identisch wahrgenommene) Referenzobjekt entwickeln sich lexikalische Oppositionspaare, die in der Politolinguistik Bezeichnungskonkurrenzen genannt werden (vgl. Wengeler 2005: 188 f.). Klein (2017: 784) führt als Beispiele für solche Bezeichnungskonkurrenzen u. a. „sprachkritische“ Kategorien wie Political Correctness und Euphemismen an. Hierbei versuchen gegnerische politische Lager, ihre konfligierenden Perspektiven auf einen umstrittenen Sachverhalt in distinktiven Bezeichnungen kenntlich zu machen. Dabei wählen sie ihre Bezeichnungen so, dass diese in ihrer Darstellungsfunktion bestimmte, ihnen perspektivisch wichtig erscheinende Bedeutungsaspekte fixieren (vgl. Klein 2017: 783 f.) und andere verschleiern können (vgl. auch Forster 2005). Klein (2017: 784) nennt als Beispiel die Kontrastbezeichnung *Herdprämie* in Konkurrenz zum Ausdruck *Betreuungsgeld*, die die Ablehnung des Betreuungsgeldes als Mittel eines antiquierten Geschlechter- und Familienbildes ausdrücken soll. Die in Bezeichnungskonkurrenzen miteinander konkurrierenden Bezeichnungsfixierungsversuche betreffen also über die Formseite immer auch die Bedeutungsseite (vgl. Klein 2017: 776), insofern sie die eigene Deutung des jeweiligen Referenzobjektes dominant setzen und gleichsam fixieren sollen (Wengeler 2005: 189 f.).

Gleichzeitig sollen die durchzusetzenden Bezeichnungen jedoch auch qua Konventionalität mit der eigenen politischen Gruppe – als möglichst trennscharfe sprachliche *Community of Practice*, die die Bezeichnungen verwendet, – in Verbindung gebracht werden, was wiederum die symptomatische Ausdrucksfunktion der Zeichen betrifft. Da Perspektivenkonflikte über perspektivisches Sprechen notwendigerweise zu Bezeichnungskonkurrenzen führen (vgl. Wallis 2016: 26), stehen im Umkehrschluss die konkurrierenden Bezeichnungen jeweils symptomatisch für eine bestimmte Perspektive und somit für eine politische Gruppierung, die diese Perspektive teilt (Wallis 2016: 28). „Voraussetzung symptom-funktionaler Rückschließbarkeit ist ganz allgemein, daß Wort oder Wendung,

wovon geschlossen wird, nicht einfach nur zur Sprache einer jeweiligen Gruppe gehört, sondern darüber hinaus für sie charakteristisch ist“ (Hermanns 1982: 89). Genau wie auch die Darstellungsfunktion keine immanente Größe eines Zeichens ist, sondern von dem konventionalisierten Platz abhängt, den ein Zeichen zu einem bestimmten Zeitpunkt im Gesamtsystem einnimmt (s. 2.1.3), ist also auch die profilierende Ausdrucksfunktion eines Zeichens abhängig nicht nur von dem Gebrauch des Zeichens selbst, sondern auch vom Gebrauch anderer, konkurrierender Zeichen, die zu ihm in Beziehung stehen. Insofern liegt es in der Natur des politischen Sprechens, umstrittene Sachverhalte nicht nur perspektivisch zu bezeichnen, sondern auch explizit anders zu benennen als der politische Gegner (vgl. Forster 2005: 206). Die Ausdrucksfunktion eines Wortes, die zur Profilierung der distinktiven politischen Identität beiträgt, hängt also gerade davon ab, dass der politische Gegner das Wort eben nicht verwendet. Und doch muss es solchen politischen Communities of Practice gelingen,

ihre Sprache, die zunächst eine Sondersprache ist, auch außerhalb ihrer Mitgliedschaft bekannt zu machen, so daß die Lexik der Gruppe Zumindest teilweise zum – passiven – Sprachbesitz der Allgemeinheit [...] wird. Dann ist nämlich der Zustand erreicht, von dem hier die Rede ist: daß man einen Sprecher an den Wörtern und Wendungen, die er gebraucht, als Angehörigen einer bestimmten Partei erkennen kann. (Hermanns 1982: 89)

Wallis (2016: 27) spricht im Zusammenhang mit der symptomatischen Ausdrucksfunktion auch von der „Weil-Relevanz“ perspektivischen Sprachgebrauchs: „Die Weil-Relevanz entspringt dem jeweiligen Standpunkt, der verlangt, sich bestimmten Unterscheidungen des Gegners automatisch zu widersetzen. Die Konsequenz ist perspektivischer Sprachgebrauch: *Weil* man kritisiert, spricht man perspektivisch“ (Wallis 2016: 27). Ihr stellt er die „Um-zu-Relevanz“ expliziter Sprachkritik entgegen, bei der die umstrittenen Bezeichnungen nicht Konsequenz, sondern Antezedenz eines kausalen Zusammenhangs darstellen: „Sprachkritik betreibt jemand, *um* einen anderen zu kritisieren. Hier nutzt man sprachkritische Äußerungen, mit denen man bekanntermaßen auf die Verbindung von Sprache und Handeln hinweist, *um* seine Kritik begründeter erscheinen zu lassen“ (Wallis 2016: 27). Entsprechend kann hypothetisiert werden, dass sprachkritische bis sprachmagische Postulate über die wirklichkeitskonstruierende Kraft einzelner Wörter nicht nur zur Rationalisierung moralischer Affekte dienen kann (s. 3.1), sondern auch zur argumentativen Stützung politisch motivierter Kritik an der – sich in der kritisierten Bezeichnung symptomatisch zeigenden – Position des jeweiligen Gegners.

Das Bedürfnis, eine bestimmte Bezeichnung im Diskurs durchzusetzen, steht also in einem komplexen Spannungsverhältnis: Einerseits hegen politische Akteure die Hoffnung, mit einer möglichst weiten Etablierung ihrer Bezeichnung

auch ihre Perspektive im Diskurs zu etablieren und so Deutungshoheit über den bezeichneten Sachverhalt zu erlangen (s. 3.2.1.1). Andererseits geht mit ebendieser Verbreitung des Wortes dessen Charakteristik für den Sprachgebrauch der eigenen politischen Gruppe verloren – und somit dessen spezifische politische Ausdrucksfunktion (s. 3.2.1.2). Eine moderate Balance scheint nach Hermanns (1982: 89) ein Zustand zu sein, bei dem die eigene politische Bezeichnung zwar im passiven, nicht jedoch im aktiven Wortschatz der Allgemeinheit (inkl. des politischen Gegners) präsent ist. Entsprechend würden möglichst viele Individuen der Sprachgemeinschaft den Ausdruck als Symptom einer bestimmten politischen Gruppe (wieder)erkennen<sup>78</sup>, ihn jedoch nur dann übernehmen, wenn sie sich selbst dieser politischen Gruppe zugehörig fühlen. In Kapitel 3.3 soll aufgezeigt werden, inwiefern diese fragile Balance durch moralische Gebote und euphemistische Angebote zur Verwendung bestimmter politischer Bezeichnungen ins Wanken gerät.

#### 3.2.1.4 Mögliche demokratisierende Effekte expliziten Wortstreits

Auch wenn die individuell verfolgten Ziele in Bezeichnungskonkurrenzen also zuweilen widersprüchlich anmuten und sich nicht linear, monokausal verfolgen lassen (s. 3.2.1.1–3.2.1.3), so wird doch dem politischen Streit um die „richtige“ Bezeichnung auch unabhängig von seinem Ausgang ein intrinsischer demokratischer Wert beigemessen. Von sprachwissenschaftlicher Seite aus wird eine politisch oder moralisch motivierte Sprachkritik oftmals aufgefasst als eine getarnte Sprecherkritik, die sich nicht gegen ein Wort selbst richtet, sondern gegen die politische *Community of Practice*, für die es ein Symptom, ggf. ein Fahnenwort darstellt (vgl. Tereick 2009: 364; Dieckmann 2006: 20; Schiewe 1998: 26). Doch gerade in dieser gesellschaftspolitischen Funktion sind sprachkritische Urteile, auch solche, die sprachmagisch anmuten mögen (s. 2.1.3), „entscheidende Bestandteile demokratischer Diskussionskultur“ (Tereick 2009: 397). Denn indem Sprechende einzelne Wörter im Diskurs kritisieren, explizieren sie die von ihnen wahrgenommenen Darstellungs- und Ausdrucksfunktionen des Wortes im Zusammenhang mit dem bezeichneten Sachverhalt sowie den prototypischen Wortverwendern. Dadurch können sie im Streit um die angemessene Bezeichnung auch über die angemessene Konzeptualisierung des strittigen Sachverhalts diskutieren und sich im politischen (Sub-)Diskursen explizit positionieren (vgl. auch Kopperschmidt 1991: 73; Lübke 1975). Dies gilt insbesondere für offenkundige und fakultative Bezeichnungsvorschläge, im Gegensatz zu heimlichen Formulierungsänderungen oder verpflichtenden Sprach-Vorschriften (vgl. Fairclough 2003: 21, 25). Insofern ist der Streit

---

<sup>78</sup> Erkennen ist immer auch Wiedererkennen (vgl. Hermanns 2009: 187 ff.).

um Worte „in einer heterogenen Gesellschaft unvermeidbar und sogar wünschenswert“ (Wengeler 2005: 188).

Doch nicht nur die explizite, metasprachliche Thematisierung von Wortstreiten, auch die unmittelbare Performanz von Bezeichnungskonkurrenzen – als eine politisch motivierte lexikalische Distinktion – hat gerade in der Ausdrucksfunktion der konfligierenden Bezeichnungen Effekte, die in der politischen Theorie als demokratisch beschrieben werden. Besonders erkenntnisbringend sind hier politische Theorien, die explizit auf die poststrukturelle Problemstellung der Nicht-Fixierbarkeit von Sprache und der Machtlosigkeit der Sprechenden ihr gegenüber (s. 2.1.2) eingehen. Laclau & Mouffe (1991) fassen dieses Phänomen mit ihren zentralen Begriffen *Artikulation*, *Hegemonie* und *Antagonismus*.

Artikulationen stellen demnach Versuche dar, das gesellschaftspolitische Hindernis der sprachlichen Vagheit und Nicht-Fixierbarkeit zeitweise zu überwinden, sodass zumindest für einen Moment ein bestimmtes Konzept mithilfe einer Zeichenform fixiert und vermittelt werden kann.

Das unaufhörliche Gleiten der Bedeutung, so Laclau und Mouffe, muss angehalten werden, ohne gleich zu einer ›echten‹ Objektivität zu führen, sondern mit dem Ziel, könnte man interpretieren, überhaupt eine Sache vertreten zu können, eine Forderung zu artikulieren und sich politisch dafür einzusetzen. (Münker & Roesler 2012: 180 f.)

Laclau & Mouffe (1991: 155) verstehen unter *Artikulation* demnach „jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, daß ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird“. Mit Blick auf den empirischen Teil der Arbeit (s. Teil IV) kann dies am Beispiel des Ausdrucks *Ehe* veranschaulicht werden: Indem verschiedene Partnerschaften als *Ehe* bezeichnet werden – oder als Partnerschaften, die für eine Ehe infrage kommen – wird zwischen diesen singulären Elementen eine Beziehung hergestellt; sie werden als identisch artikuliert. Werden nun ausschließlich verschiedengeschlechtliche Partnerschaften als in diesem Sinne identisch artikuliert und gleichgeschlechtliche Partnerschaften demnach ausgeschlossen, so wird mit dieser Artikulation auch Hegemonie über die rechtliche Institution Ehe ausgeübt. Hegemoniale Praktiken sind nach Mouffe (2014: 22) „Artikulationspraktiken, durch die eine gegebene Ordnung geschaffen und die Bedeutung der gesellschaftlichen Institutionen festgelegt wird“. Die so konsolidierte Ordnung kann jedoch auch „durch antihegemoniale Praktiken infrage gestellt werden, die versuchen, sie zu re-artikulieren und eine andere Form der Hegemonie zu installieren“ (Mouffe 2014: 22). Dies wäre im gegebenen Beispiel der Fall, wenn etwa die eingetragene Lebenspartnerschaft zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren als *Homo-Ehe* artikuliert wird – und somit als zum Oberbegriff *Ehe* zugehöriger Unterbegriff (vgl. Fauconnier & Turner 1998: 154). Gleichsam würde auch die Forderung, die eingetragene Lebenspartnerschaft

als *Ehe* zu bezeichnen, die hegemonialen Artikulationspraktiken und ihre soziale Ordnung explizit hinterfragen. „Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität“ ist für Laclau & Mouffe (1991: 155) der Diskurs.

Dergestalt divergierende Artikulationen von unterschiedlichen politischen Positionen aus ergeben nach Laclau & Mouffe (1991: 139 ff.) schließlich Antagonismen (vgl. Munker & Roesler 2012: 180 f.). Antagonismen stellen somit die sprachliche Dimension der agonalen gesellschaftlichen Kraft dar, die Mouffe (2014: 12) *das Politische* nennt.<sup>79</sup> Die demokratischen Effekte, die perspektivischen Artikulationen und den daraus entstehenden Antagonismen zugeschrieben werden, beziehen sich darauf, dass diese Agonalität (*das Politische*) eine intrinsische und unvermeidbare Eigenschaft gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Diese lässt sich somit durch sprachliche Vereinheitlichung nicht beseitigen, durch antagonistische Artikulation jedoch identifizieren und transparent machen. Die politische Dimension des Diskurses ist also immanent auf Agonalität ausgelegt, da es hier nicht (nur) um die Korrektheit von Fakten geht, sondern vor allem um die stets subjektive Bewertung von Fakten.<sup>80</sup> Für die Identifikation diskursiver Subjekte mit bestimmten politischen Positionen und Gruppierungen betont Mouffe (2014: 27) die „zentrale Bedeutung kollektiver Identitäten sowie die entscheidende Rolle, die Affekte bei deren Konstitution spielen“. Mouffes Position steht somit im Einklang mit Haidts Theorie moralischer Intuitionen und deren Rolle für politischen Dissens (s. 3.1), wenn sie am rationalistischen Liberalismus bemängelt, dass dieser die Rolle der Vernunft für politische Haltungen verabsolutiert und alle unvernünftigen und prä-rationalen Grundlagen politischer Antagonismen leugnet (vgl. Mouffe 2014: 23–27).

Antagonismen zeichnen sich demnach dadurch aus, dass in ihnen gleichermaßen außer-rationale Haltungen einander gegenüberstehen und es für sie keine rein rationale Lösung gibt (vgl. Mouffe 2014: 192). Der Begriff des Antagonismus steht somit in poststrukturalistischer Tradition, weist er doch z. B. Parallelen zum Widerstreit im Sinne Lyotards auf. Auch der Widerstreit („différend“) zeichnet sich im Gegensatz zum *litige* dadurch aus, dass er „nicht angemessen entschieden werden kann, da eine auf beide Argumentationen anwendbare Urteilsregel fehlt“ (Lyotard 1987: 9). Der Antagonismus ist für politische Positionen jedoch nicht nur

---

<sup>79</sup> Die kleinste diskursive Einheit eines politischen Antagonismus zu einem bestimmten Thema kann mit Felder (2012a; 2015) als agonales Zentrum verstanden und linguistisch analysiert werden (s. 7.4). So setzt sich ein agonales Zentrum aus zwei (oder manchmal auch drei) konfligierenden Artikulationen – bzw. bei Felder: handlungsleitenden Konzepten – in Bezug auf ein konkretes Streitthema zusammen.

<sup>80</sup> Vgl. hierzu auch Felders (2013: 14) Unterscheidung zwischen intersubjektiv unstrittigen Daten und den daraus abgeleiteten, subjektiv zugeschnittenen Fakten.

unvermeidbar (vgl. Lyotard 1987: 11 f.), sondern poststrukturalistisch betrachtet geradezu konstitutiv: Letztere sind ohne Ersteren nicht denkbar. Unter Rückgriff auf Benveniste (1974: 68) übertragen Laclau und Mouffe das strukturalistische Wertprinzip von Wortbedeutungen, die sich nur in Abgrenzung zu anderen Wortbedeutungen definieren, auf politische Haltungen und die kollektiven Identitäten, die sich um sie bilden: „Die Relativität der Werte ist der beste Beweis dafür, daß sie eng von einander abhängig sind in der Synchronie eines stets gefährdeten und immer wieder restaurierten Systems. Alle Werte sind Oppositionen und werden nur durch ihre Differenz definiert“ (Laclau & Mouffe 1991: 156). Für jede kollektive Identität, für jede politische Position, für jedes *Wir* ist demnach ein „konstitutives Außen“ (Mouffe 2014: 25) nötig, dass das „Innen“ überhaupt erst wahrnehmbar macht bzw. zur Existenz verhilft.<sup>81</sup> „Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass eben das, was die Ausbildung politischer Identitäten ermöglicht, zugleich die Unmöglichkeit einer Gesellschaft bedingt, in der der Antagonismus eliminiert werden kann“ (Mouffe 2014: 26). Das demokratische Ziel besteht für Mouffe demnach nicht in der Illusion, einen vollständigen Konsens zwischen allen politischen Identitäten herzustellen, sondern darin, „die für jedwede Politik konstitutive Unterscheidung zwischen »uns« und »denen«“ (Mouffe 2014: 28) zu überführen in die

Anerkennung der Vielfalt sozialer Logiken und der Notwendigkeit ihrer Artikulation [...]. Diese Artikulation sollte jedoch beständig neugeschaffen und neuausgehandelt werden; es gibt keinen Endpunkt, an dem endgültig ein Gleichgewicht erreicht werden könnte. Demnach haben wir zu akzeptieren, daß die wahre Existenz der modernen Demokratie die Möglichkeit ihrer vollen Verwirklichung ausschließt“ (Laclau & Mouffe 1991: 31 f.).

Genau in diesem Sinne ist die „radikale Demokratie“ zu verstehen, die Laclau & Mouffe (1991) in ihrem Titel propagieren. In diesem Zusammenhang entspricht es nur dem Gebot der sprachlichen Transparenz, wenn die ohnehin unvermeidbare „Konzeptualisierungskonkurrenz“ (Felder 2003: 59; s. o.) nicht etwa sprachoberflächlich glattgebügelt, sondern auch in einer ausdrucksseitigen Konkurrenz erkennbar wird, „denn nur wo heterogener Sprachgebrauch zwischen konkurrierenden politischen Gruppen erkennbar ist, gibt es eine Auseinandersetzung um und keine diktatorische Festsetzung von Wirklichkeitssichten, Deutungsmustern und „Wahrheiten““ (Wengeler 2005: 191).

Die anarchischen Ursprünge und demokratischen Wirkungsweisen des Wortstreits betreffen jedoch nicht nur die sprachliche Oberfläche, sondern auch die Bedeutungsebene derjenigen Wörter, die sich erfolgreich im Diskurs durchgesetzt

---

<sup>81</sup> Man denke zur Veranschaulichung an eine farbige Form, die nur vor einem andersfarbigen Hintergrund erkennbar wird bzw. existiert.



haben. Entsprechend können politische Gruppierungen Begriffe nicht schlicht voluntaristisch besetzen, da man den politischen Gegner nie daran hindern kann, selbst die eigens etablierten Bezeichnungen zu übernehmen und in einem je eigenen Sinn zu verwenden, ihn mit einer neuen Gebrauchsbedeutung zu konventionalisieren (vgl. Wengeler 2005: 182, 188; Kopperschmidt 1991: 74). Aus einer vorgängigen, unvermeidlichen Agonalität entspringt also nicht nur ein Streit um die „richtige“ Bezeichnung, sondern auch ein Streit um die „richtige“ Bedeutung (s. 3.2.2), der gleichsam unvermeidlich (vgl. Wengeler 2005: 182) und eine „genuin demokratische Angelegenheit“ ist (Lübbe 1975: 109).

### 3.2.1.5 Zwischenfazit: Zur Kontingenz von Ausdrucks- und Darstellungsfunktion

So scheint es, dass der arbiträre und auf Konventionalität angewiesene Zusammenhang zwischen Zeichenform und Zeichen-„Inhalt“ – bzw. zwischen einer Bezeichnung und der mit ihr durchzusetzenden Perspektive – umso stärker gefährdet ist, je weniger die Bezeichnung aus eigener Überzeugung übernommen und je stärker sie als sozial-moralisches oder gar hierarchisches Gebot vorgeschrieben wird. Dieser Zusammenhang zeigt sich bspw. in der Kritik an wohlmeinenden, aber zu kurz gedachten *Language Guidelines* (sprachlichen Richtlinien) (vgl. Battistella 1997), die in institutionellen Kontexten ggf. auch mit einer gewissen Autorität bzw. Macht durchgesetzt werden können (vgl. McConnell-Ginet 2020; Stefanowitsch 2019). Wenn derartige Leitfäden aus kontextunabhängigen Vokabellisten von „Dos“ und „Dont’s“ bestehen, so birgt dies die Gefahr, dass die ihnen Unterworfenen die lexikalischen (oder morphologischen) Vorgaben opportunistisch rein formell einhalten bzw. nachahmen, um etwaige Konsequenzen zu vermeiden (vgl. Fairclough 2003: 25 f.; Allan & Burridge 2007: 97), sie jedoch kontextuell in ihre unveränderten, perspektivischen, pragmatischen Sinn-Zusammenhänge einbetten. Interessanterweise herrscht in diesem Zusammenhang – im Gegensatz zu anstößigen Wörtern – weitgehend Einigkeit darüber, dass das „gedankenlose Nachplappern“ (Schlosser 2000: 293) letztlich arbiträrer Wortformen eben keinen Einfluss auf die eigene Weltansicht oder die der Rezipierenden hat. Vielmehr können durch derartige „mechanical substitutions“ (McConnell-Ginet 2020: 233) die vorgegebenen Zeichen auf Dauer nicht nur ihre Ausdrucksfunktion verlieren, mit der sie symptomatisch eine bestimmte politische Haltung ausweisen (vgl. Stefanowitsch 2019), sondern auch ihre spezifische Darstellungsfunktion, mit der sie auf eine bestimmte Konzeptualisierung des Referenzobjektes verweisen sollen. Welche sprachlichen Phänomene derartigen Prozessen zugrunde liegen und wieso mit einer bestimmten Bezeichnung nicht einfach eine bestimmte „entsprechende“

Bedeutung im Diskurs durchgesetzt werden kann, soll Gegenstand des folgenden Kapitels sein.

### **3.2.2 Bedeutungskonkurrenz und Bedeutungsfixierung**

Während Bezeichnungskonkurrenzen onomasiologische Wettkämpfe um die Durchsetzung der eigenen perspektivischen Bezeichnung darstellen, beziehen sich bei Bedeutungskonkurrenzen die konfligierenden politischen Gruppierungen auf dieselbe Bezeichnung und konkurrieren semasiologisch um die Durchsetzung ihrer je perspektivischen Konzeptualisierung des Ausdrucks. Im vorigen Kapitel wurde gezeigt, inwiefern die allzu weite Verbreitung einer (vormals) perspektivischen Bezeichnung deren symptomatische Ausdrucksfunktion als politisches Unterscheidungszeichen destabilisieren kann (s. 3.2.1.3). Aus der Möglichkeit der Bedeutungskonkurrenz ergibt sich (in Verbindung mit den Ausführungen zur Kontingenz der Wortbedeutung in Kapitel 2) ein ähnliches Bild für die spezifische Darstellungsfunktion bzw. das durchzusetzende Signifikat einer perspektivischen Bezeichnung. Dies gilt insbesondere dann, wenn eine Bezeichnungskonkurrenz nicht mehr abseits übergeordneter Kontrollinstanzen unter freien Sprachteilnehmern ausgefochten werden kann (s. 3.2.1.4), sondern der Wortstreit zugunsten einer absoluten, kontextunabhängigen Bezeichnungsfixierung beendet wird (s. 3.2.1.5). Im folgenden Kapitel soll daher zunächst auf die Funktionsweise von Bezeichnungs- und Referenzfixierungsversuchen eingegangen werden (s. 3.2.2.1), bevor von dieser die Gebrauchsbedingtheit der Bedeutung dergestalt fixierter Bezeichnungen abgeleitet wird (s. 3.2.2.2). Diese wiederum führt zu Bedeutungskonkurrenzen um etablierte Wörter (s. 3.2.2.3), die noch weniger linear steuerbar sind als Bezeichnungskonkurrenzen, da sie immer durch bereits vorgängige, flotierende Sinnzusammenhänge bedingt sind (s. 3.2.2.4).

#### **3.2.2.1 Bezeichnungsfixierung vs. Referenzfixierung**

Wie an verschiedenen anderen Stellen der Arbeit muss auch in Bezug auf Fixierungsversuche einzelner Wörter unterschieden werden zwischen der allgemeinen, kontextunabhängigen Benutzung eines Wortes einerseits und der konkreten, kontextbedingten Referenz auf einen bestimmten Sachverhalt mithilfe eines Wortes andererseits. Wimmer (1979: 9) definiert das Referieren als einen „Sprechakt, in dem ein Sprecher mit Hilfe eines sprachlichen Ausdrucks oder mehrerer sprachlicher Ausdrücke auf einen bestimmten Gegenstand Bezug nimmt“. Dabei kann der Sprechakt des Referierens nur teilweise im Sinne von Austins (1962) Sprechakttheorie verstanden werden; vor allem aber sind mit demselben Refe-

renzakt unterschiedliche illokutionäre Akte möglich (vgl. Wimmer 1979: 11). Mit demselben Wort wiederum sind unterschiedliche Referenzakte möglich, weshalb der Versuch, ein bestimmtes Wort im Sprachgebrauch durchzusetzen oder von diesem auszuschließen, noch keinerlei Kontrolle der im Sprachgebrauch denkbaren Referenzakte darstellt – geschweige denn der möglichen illokutionären Akte:

Es wird oft so getan, als sichere das sprachliche Zeichen schon von sich aus bei jeder seiner möglichen Verwendungen einen Bezug auf bestimmte Gegenstände und als sei das Gelingen eines Referenzaktes nicht primär von den sprachlichen Handlungen der Sprecher abhängig [...]. Dagegen dürfte feststehen, daß das Referieren in keinem Fall als situationsunabhängig angenommen werden kann, wenn man davon ausgeht, daß die Sprecher referieren, indem sie Sprechakte vollziehen. (Wimmer 1979: 12)

Dieser in der linguistischen Pragmatik geteilte Konsens, wird zuweilen „dadurch verwässert, daß traditionell-strukturalistische Annahmen über die Bezeichnungsfunktion bestimmter Wörter und formallogische Annahmen relativ unesehen übernommen werden“ (Wimmer 1979: 13), was ein Ignorieren entscheidender poststrukturalistischer sowie strukturalistischer Erkenntnisse darstellt (s. 2.1.2, 2.1.3). Außer Frage muss jedoch stehen, dass es nicht der Ausdruck selbst ist, der kontextunabhängig auf einen bestimmten Gegenstand oder ein bestimmtes Konzept referieren würde, sondern sprechende sowie hörende Subjekte vollziehen diese gedanklichen Bezüge in konkreten Kommunikationssituationen (vgl. Linsky 1967: 116; Wimmer 1979: 13 f.). Daraus folgt nach Wimmer (1979: 15), dass es nicht möglich ist, „die Regeln, nach denen Sprecher in der Kommunikation ihre Gegenstände bestimmen, in einfacher Form als Bedeutungsmerkmale einzelner Ausdrücke anzugeben“. Auch wenn Konkurrenzen konfligierender Bezeichnungen immer auf die Bedeutungsebene abzielen (s. 3.2.1): Mit einer Bezeichnungsfixierung geht noch keine Referenzfixierung einher; und da die konventionalisierte Bedeutung eines Wortes von ebensolchen Referenzakten abhängt (s. 3.2.2.2), geht mit einer Bezeichnungsfixierung auch keine Bedeutungsfixierung, sondern vielmehr eine Bedeutungskonkurrenz einher (s. 3.2.2.3).

Bevor näher auf die Gebrauchsbedingtheit von Wortbedeutungen eingegangen wird, lohnt sich – auch im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand (s. Teile III und IV) – ein genauer Blick auf ein besonders etabliertes Phänomen der sprachlichen Fixierung (von Bezeichnungen, Referenzen und Bedeutungen): die Gesetzesbestimmtheit in der Rechtssprache. Juristen vollziehen in Gesetzestexten lokale Referenzfixierungsversuche, indem sie sich bemühen, „einen Terminus (in konkreter Rechtsarbeit) im gesetzestextbasierten Referenzakt auf einen Sachverhalt eines konkreten Falles der Lebenswelt unter Berücksichtigung möglicher Tatbestandsmerkmale aktuell anzuwenden und damit anzupassen“ (Felder 2003: 58 f.). In diesem Zusammenhang spricht Felder (z. B. 2018a: 280) auch von Sachverhaltsfixie-

rungsversuchen. Wenn hingegen nicht onomasiologisch ein außersprachlicher Sachverhalt sprachlich zu fassen versucht wird, sondern semasiologisch ein Wort auf einen Sachverhalt angewandt und dafür ggf. auch metasprachlich genauer bestimmt wird, spricht Felder (z. B. 2018a: 280) von Bedeutungsfixierungsversuchen. Wenn dies gelingen soll, so wiederum nur in Abhängigkeit vom gegebenen Kontext sowie von den aktiven Verstehensleistungen der Rezipierenden (vgl. Busse 1994). Auch im Recht kann also die sprachliche Bestimmung eines Sachverhalts nur den produzierenden (sowie rezipierenden) Subjekten zugeordnet werden und nicht bestimmten sprachlichen Ausdrücken. Hieraus ergibt sich auch für die Rechtslinguistik eine Sprachauffassung, die „das Recht von der Performativität her denkt und sich der Idee der Repräsentativität von Zeichen gegenüber skeptisch zeigt – oder gar die Idee verwirft, Bedeutung und Verknüpfungen seien dem Text inhärent“ (Felder 2017: 58). „Damit wird jede mechanistische Auffassung von Sprache – also ein 1:1-Verhältnis zwischen Gesagtem und Gemeintem, zwischen Ausdrucks- und Inhaltsseite – relativiert, und das in der Fachsprachenrezeption vorherrschende Eindeutigkeitsparadigma als zu idealistisch enttarnt“ (Felder 2003: 59). Für das Recht hat diese linguistische Erkenntnis (vgl. auch 2.1) insofern eine besondere Relevanz, als auch der Rechtsdiskurs sich der „unendlichen Semiose“ (Felder 2012b: 147) von Zeichen und ihrer Bedeutung nicht verwehren kann; er muss auf verschiedene Phänomene des Bedeutungswandels dynamisch reagieren, da sie bei einer zu großen Statik den ebenfalls dynamischen gesellschaftlichen Auffassungen und so konventionalisierten Bedeutungen nicht mehr entsprechen würde. „In der Bedeutungsanpassung zeigt sich, wie Werte-affin der Rechtsstaat sein will oder ist“ (Felder 2018a: 290). Dabei kann nicht nur eine Änderung der juristischen Referenzfixierungen modifizierend auf die kontextabstrahierte Bedeutung eines Ausdrucks wirken (vgl. Felder 2003: 59), sondern auch außerjuristische Wortverwendungen, die je unterschiedliche Referenzakte darstellen und so zu einer emergenten Konventionalisierung der Wortbedeutung beitragen können. Felder (2017: 47) spricht daher auch „von einer außerrechtlichen Bedeutungskonstituierung und einer innerrechtlichen Bedeutungsfixierung“.

### 3.2.2.2 Gebrauchsbedingtheit der Bedeutung etablierter Wörter

Die genannten Phänomene der Bedeutungskonstitution und Bedeutungsänderung, die eine kontextunabhängige Referenzfixierung erschweren, vollziehen sich im Sprachgebrauch. So muss immer damit gerechnet werden, dass Wörter – gerade in politischen, auf Agonalität ausgerichteten Diskursen – einen „schwankenden Gebrauch haben“ (Lübbe 1975: 107), der die kontingente, flüchtige Wortbedeutung bestimmt. Demnach ist das probate Ziel in politischen Diskursen nicht nur, einen bestimmten Ausdruck zu etablieren, sondern auch dessen Gebrauch

zu beeinflussen, um ihn „vor seiner Entstellung durch konkurrierende Verwendungsweisen zu schützen“ (Kopperschmidt 1991: 74). Wie schwierig dieses Unterfangen ist, soll in den folgenden Abschnitten gezeigt werden. Zunächst sollen die Möglichkeiten untersucht werden, wie sich ein konkurrierender Gebrauch desselben Wortes, der letztlich zur Konventionalisierung der Bedeutung führt, darstellen kann.

1. Erstens können etwa Fahnenwörter vom politischen Gegner als Stigmawörter gebraucht werden. Setzt sich die Perspektive des Gegners politisch durch, so konventionalisiert sich auch die negative Konnotation des (ehemaligen) Fahnenwortes. Hermanns (1982: 95) nennt hierfür als klassische Beispiele die Ausdrücke *Kommunismus* und *Sozialismus*, die von Fahnenwörtern bzw. Programmbegriffen (vgl. Klein 2017: 775) in weiten Kreisen zu Stigmawörtern geworden sind. Bettag et al. (2023) zeichnen nach, inwiefern auch das Modewort *woke* den Weg von einer positiven Selbstzuschreibung (zunächst im *African American English*) zu einer abwertenden Fremdzuschreibung für eine unbestimmte Vielfalt politischer und kultureller Standpunkte zurückgelegt hat.

2. Umgekehrt können auch Stigmawörter ungeachtet der vielleicht vorherrschenden negativen Konnotation im Sinne eines Fahnenwortes gebraucht und dadurch positiv aufgeladen werden (vgl. Hermanns 1982: 95). Selbst Beleidigungswörter können als positive Selbstzuschreibung verwendet und so reklamiert werden (vgl. Popa-Wyatt 2020: 160). Bekannte Beispiele für Bedeutungs- bzw. Konnotationswandel, die aus einer solchen Re-Appropriation im Deutschen entstanden sind, sind die Wörter *schwul* und *lesbisch*, die ab den 1960er-Jahren entgegen des teils abwertenden Gebrauchs zunehmend als Selbstzuschreibung verwendet wurden und nun als etablierteste Bezeichnungen für gleichgeschlechtlich liebende Menschen gelten.<sup>82</sup> Ein solches Aufhalten der euphemistischen Treitmühle kann auch dazu beitragen, das dahinterstehende Konzept zu enttabuisieren, setzt die entsprechenden gesellschaftlichen Veränderungen jedoch gleichsam voraus.

3. Nicht nur die politische Opposition kann die durchzusetzenden Ausdrücke durch abweichenden Gebrauch neu semantisieren; auch innerhalb politischer Gruppierungen lässt sich zuweilen ein schwankender Wortgebrauch feststellen. So führt Janussek (2005: 174) als Beispiel den Gebrauch von *Einwanderung* und *Zuwanderung* innerhalb der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* an. Obwohl sie diese Ausdrücke definitorisch abgrenzen, verwenden Grüne-Politiker selbst diese nicht nach inhaltlichen Abhängigkeiten, sondern nach situativen. So verwendet z. B.

---

<sup>82</sup> Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Schwul#Verwendung> sowie <https://de.wikipedia.org/wiki/Lesbis#Begriffsgeschichte> (jew. zuletzt aufgerufen am 12.03.2025).

Beck im Geschriebenen ausschließlich *Zuwanderung*. Wenn politische Akteure ihre Wörter selbst nicht in dem Sinne verwenden, den sie mit ihnen durchsetzen wollen, so kann sich letzterer auch nicht als Bedeutung des Wortes konventionalisieren.

4. Neben der gezielten abweichenden Verwendung durch politische Antagonisten können auch nicht politisch motivierte Verwendungsweisen die Bedeutung eines durchzusetzenden Wortes verwässern. In 3.2.1 wurde bereits darauf hingewiesen, dass gerade institutionell verpflichtende Sprachleitfäden (sowie moralisch motivierte Sprachvorschriften; s. 3.3) Sprechende dazu verleiten, die propagierten Formen unhinterfragt und mechanisch zu übernehmen. Welche Bedeutung die durchzusetzenden Ausdrücke über einen solchen imitierenden Gebrauch erhalten, hängt wiederum davon ab, welche Perspektiven und Einstellungen in der jeweiligen Sprachgemeinschaft zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschen (s. 3.2.2.4). Ähnliche Phänomene sind im Zusammenhang mit Fachsprachen wohlbekannt, wo beklagt wird, dass definitorisch gefasste Fachtermini wie *Struktur*, *Prokrastination* oder *Diskurs* durch allgemeinsprachlichen Gebrauch in ihrer Bedeutung generalisieren und zu Plastikwörtern werden (vgl. Pörksen 1988), was auch als Inflation des Zeichenwertes verstanden werden kann (s. 4.1, 4.3).

5. Zuletzt können etablierte und insbesondere moralisch aufgeladene (sprachliche sowie nicht-sprachliche) Zeichen gerade aus Machtpositionen heraus angeeignet werden und helfen, diese zu konsolidieren. Lösen sich politische Bezeichnungskonkurrenzen im sozialen, moralischen Druck zum Gebrauch einer Bezeichnung auf, so wird letztere zum Euphemismus. Menschen in Machtpositionen sind stets geneigt, den probaten Euphemismus zu gebrauchen, um möglichst keine potenziellen Zielgruppen (ob als Wahlstimmen oder als Absatzmarkt) zu verschrecken (vgl. Hoggart 1985: 176; s. auch 4.3). Durch den Gebrauch aus Machtpositionen heraus konventionalisiert sich eine entsprechende hegemoniale Perspektive als (Teil-)Bedeutung des etablierten Ausdrucks. „Existing hierarchical relations and formal institutions usually help authorize meanings that serve establishment interests. [ ... ] he tilt is toward preserving existing power“ (McConnell-Ginet 2020: 244). Derartige Phänomene der sprachlichen Kooptation bzw. Rekuperation sollen in Kapitel 4.2.2.5 näher beleuchtet werden.

Um eine bestimmte Bezeichnung auch mit einer bestimmten Bedeutung im Diskurs durchzusetzen, müssen derartige Gefahren des abweichenden Wortgebrauchs umgangen werden. McConnell-Ginet schlägt hierzu vor, die Verwendung des durchzusetzenden Ausdrucks gerade nicht weitläufig zu propagieren, sondern die Community of Practice bewusst einzuschränken: „Stipulating that a particular form has a particular meaning can work [only] if a community can be re-

cruited that will use the form with that meaning, develop a conventional linguistic practice supporting that meaning“ (McConnell-Ginet 2020: 243). Wird der Ausdruck hingegen von verschiedenen Akteursgruppen in verschiedenen Bedeutungen verwendet, konkurrieren diese um die Durchsetzung respektive Verhinderung der beschriebenen Phänomene der Bedeutungskonstitution. So konstituiert sich um den entsprechenden Ausdruck eine Bedeutungskonkurrenz.

### 3.2.2.3 Bedeutungskonkurrenzen um etablierte Wörter

Da der Gebrauch eines Wortes dessen Bedeutung bestimmt, werden konkurrierende Akteure in politischen Diskursen dasselbe Wort auch in einer konkurrierenden Bedeutung gebrauchen. Die so entstehende Bedeutungskonkurrenz lässt sich analog zu Fritz Hermanns' (1982: 95) ideologischer Polysemie verstehen als „klar abgrenzbare, ideologisch motivierte Alternativbedeutungen“ (Klein 2017: 777) desselben Wortes.<sup>83</sup> Wenn Akteure (wie in 3.2.2.2 illustriert) durch den Gebrauch eines Ausdrucks als Fahnen- respektive Stigmawort um dessen Auf- oder Abwertung konkurrieren, so spricht Klein (2017: 782) auch von deontischer Bedeutungskonkurrenz. Allgemein sind solche „gruppenspezifischen Differenzen“ (Klein 2017: 777) in Bezug auf die Deutung und Bedeutung eines Wortes vor allem dann von politolinguistischem Interesse, wenn Akteure in „Streit- und Auseinandersetzungsdiskursen“ (ebd.: 778) versuchen, entweder Begriffe performativ durch ihren Gebrauch in ihrem jeweiligen Sinne zu besetzen (ebd.) oder aber in metadiskursiver Sprachkritik „den je eigenen Gebrauch des politischen Vokabulars als Selbstexplikation seines wahren, richtigen, eigentlichen, wesenhaften usw. Richtungssinns zu empfehlen“ (Kopperschmidt 1991: 74; vgl. Hermanns 1982: 95). Hierbei droht wiederum die Gefahr, in naiv-realistische, abbildtheoretische Vorstellungen über den Zusammenhang von Form und Bedeutung zu rutschen (vgl. Kopperschmidt 1991: 78; Klein 2017: 773; s. auch 2.1.1, 2.1.3).

Das Ziel derartiger Versuche des performativen oder expliziten, metasprachlichen Besetzens ist in erster Linie „die Gruppe der ideologisch polysemen Wörter“ (Hermanns 1982: 95), die durch ihre Abstraktheit und semantische Offenheit von unterschiedlichen politischen Akteuren unterschiedlich konkretisiert werden können (vgl. Klein 2017: 778). In augenfälliger Weise trifft dies auf Hochwertwörter wie *Freiheit* oder *Gerechtigkeit* zu; ihre Denotation ist nicht klar umrissen, so dass mit ihnen auf unterschiedlichste – teils sogar konträre – Konzepte und Sach-

---

<sup>83</sup> Für die Methodik (s. Teil III) lässt sich bereits an dieser Stelle das Ziel ableiten, „die je akteurs-spezifische Kontextualisierung“ (Felder 2017: 47) umstrittener Wörter zu untersuchen, um den genauen Charakter der Bedeutungskonkurrenzen um bestimmte Ausdrücke verdeutlichen zu können.

verhalte referiert werden kann, doch ihre konventionalisierte Konnotation umfasst eine unstrittige, intersubjektiv geteilte positive Wertung. Als jüngere Vertreter der Gruppe der Hochwertwörter kämen Ausdrücke wie *Nachhaltigkeit*, *Diversity/Diversität* oder *Awareness/Achtsamkeit* in Frage. Die Strategie beim Besetzen solcher Hochwertwörter ist, diese derart mit der eigenen Position zu verbinden, dass die positive Konnotation der ersteren sich auf letztere übertrage (vgl. Klein 2017: 774). Entsprechend kann es geschehen, dass opponierende politische Gruppierungen dasselbe Hochwertwort als Fahnenwort zu besetzen versuchen, „was wiederum dazu führt, daß man sich gegenseitig vorwirft, „unter falscher Flagge“ zu segeln“ (Hermanns 1982: 95). Die Funktionsweise bei solchen Bedeutungskonkurrenzen um Hochwertwörter ist gewissermaßen eine umgekehrte im Vergleich zur deontischen Bedeutungskonkurrenz: Während bei letzterer die Denotation unberührt bleibt, jedoch die konnotative Wertung sich unterscheidet, wird bei Bedeutungskonkurrenzen um Hochwertwörter gerade die positive Konnotation aufrechterhalten, die Denotation jedoch dem eigenen politischen Konzept entsprechend umgedeutet (vgl. Klein 2017: 781). Durch allzu vielseitigen Gebrauch können Hochwertwörter entsprechend zu Leerformeln (vgl. Janushek 2005: 163) bzw. Plastikwörtern (vgl. Pörksen 1988) verkommen, die abseits ihrer nunmehr ebenfalls fragilen positiven Konnotation keinerlei kontextabstrahierte Bedeutung mehr erkennen lassen (vgl. 4.1, 4.3). Für die hier untersuchte Fragestellung nach dem kulturell progressiven Potenzial einzelner Wörter bedeutet dies, dass Ausdrücke gerade dann, wenn sie durch soziale und moralische Aufwertung den Status von Hochwertwörtern erreichen, mit höherer Wahrscheinlichkeit von unterschiedlichen Perspektiven in verschiedenster Bedeutung gebraucht werden und somit an Potenzial einbüßen, ein bestimmtes Konzept im Diskurs zu etablieren (s. 3.3).

#### 3.2.2.4 Vorgängigkeit der Sinnzusammenhänge bei der Bedeutungskonstitution

Aus den vorgestellten Dynamiken und Kontingenzen lässt sich folgern, dass Wortbedeutungen nicht volitiv, gleichsam mechanisch fixiert oder geändert werden können (vgl. Janushek 2005: 161). „Politische Begriffe lassen sich m.a.W. nicht besetzen wie anno 1939 der Gleiwitzer Sender“ (Kopperschmidt 1991: 82). Vielmehr führen bewusste Bemühungen, Wortbedeutungen gezielt festzulegen oder zu verändern nach Janushek (2005: 163) immer zu unabsehbaren und unerwünschten Nebenwirkungen.<sup>84</sup> Das Phänomen der Bedeutungskonkurrenz sowie die daraus

---

<sup>84</sup> Wie in Kapitel 4 gezeigt werden soll, können diese Nebenwirkungen nicht nur die Bedeutung desselben Wortes betreffen, sondern auch gänzlich andere emergente, gesamtgesellschaftliche Phänomene einschließen, wie z. B. Polarisierung, Reaktanz etc.



hervorgehende Fixierung oder Veränderung von Wortbedeutungen ist somit „nicht zu begreifen als ein institutioneller Diskussionsprozess über Wortbedeutungen, an dessen Ende eine alle Teilnehmenden bindende Mehrheitsentscheidung steht“ (Janussek 2005: 164). Stattdessen stellt Bedeutungswandel ein Phänomen dritter Art dar, das zwar das Ergebnis menschlichen Verhaltens aber dennoch nicht willkürlich steuerbar ist – zu vergleichen mit der unsichtbaren Hand des freien Marktes (vgl. Keller 2014; s. 3.1).

Sprachstrategen beabsichtigen, die ‚unsichtbare Hand‘ [...] in ihrem Sinne zu führen. Der Erfolg ist allerdings weniger von den Steuerungsbemühungen abhängig als davon, inwieweit in Medien und Gesellschaft Voraussetzungen und Bereitschaft existieren, die jeweilige Kreation oder Variante zu übernehmen [...]. (Klein 2017: 774)

Sprache hat insofern letztlich unüberwindbare anarchische Dynamiken (vgl. Felder 2022a: 206), da sich in ihr an keinem Punkt die Macht bündeln kann, die (auf intersubjektiver Konventionalisierung beruhende) Bedeutung eines Wortes entgegen der unkontrollierbaren Gebrauchsweise desselben willkürlich festzulegen. Vielmehr involvierten tatsächliche Sprachwandelprozesse, auch dann, wenn sie politisch forciert wurden, „immer auch viele andere Leute, die diesen Sprachgebrauch überhaupt erst einmal verstanden und dann auch noch bereit waren, sich ihm anzuschließen“ (Janussek 2005: 162).

Worte lassen sich also nicht gezielt in einer bestimmten Bedeutung mechanisch durchsetzen, weil letztere von der Art und Weise des kollektiven Wortgebrauchs abhängig ist und dieser wiederum von den Einstellungen, Haltungen und Weltansichten, die im Zeitraum des Fixierungsversuches in der Sprachgemeinschaft bereits etabliert sind (vgl. Wengeler 2005: 190 f.; Klein 2017: 780; Kuhn 1991). Mit Felder (2003: 59) wird in diesem Zusammenhang vor allem von „Konzeptualisierungs-Konkurrenz“ gesprochen (vgl. hierzu eingangs 3.2 und zusammenfassend nochmals 10.3). Koselleck (1979: 332 f.) weist auf genau diesen Umstand hin, wenn er im Zusammenhang mit der Wortverwendung in politischen Diskursen sowie deren Wandel von einer Dialektik zwischen Indikator- und Faktor-Rolle spricht. Demnach bewirkt die Etablierung eines bestimmten Wortes in einer bestimmten Bedeutung nicht nur gesellschaftliche Veränderungen (Faktor), sie setzt diese zugleich notwendig voraus und stellt somit erst ein Symptom kollektiver Einstellungen dar (Indikator). Nach Kopperschmidt ist diese Dialektik des politischen Wortstreits

in der konservativen Sprachkritik weitgehend undialektisch aufgelöst worden zugunsten der Verabsolutierung seiner „Faktor“- Rolle. [...] Maiers Frage „Können Begriffe die Gesellschaft verändern?“ ist immer als rhetorische Frage verstanden worden, und dieses Verständnis hat die Frage nach den in den veränderten Begriffen sich „indikatorisch“ zur Geltung bringenden veränderten Bewußtseinslagen, mit der Subjekte auf eine sich verändernde Gesellschaft reagieren, erst gar nicht aufkommen lassen [...]. (Kopperschmidt 1991: 81)

Ganz in diesem Sinne betont auch Habermas die Wichtigkeit der Indikator-Rolle sowie die Kontingenz der Faktor-Rolle politisch brisanter Begriffe, wenn er schreibt:

Ich habe nie verstanden, wie man im Ernst glauben kann, daß sich politisch-theoretische Grundbegriffe langfristig anders als dadurch verändern, daß sie komplexe Argumentationen aufsaugen, daß sich in ihnen Innovationen und Lernprozesse niederschlagen. Der objektive Geist läßt sich schwerlich über sprachpolitische Werbeagenturen auf links oder rechts trimmen, noch weniger durch ideologische Gutachtergremien oder Zensurinstanzen ausrichten. (Habermas 1979: 21)<sup>85</sup>

Auf der anderen Seite erfährt jedoch gerade auch Kosellecks Indikator-Rolle in der Diskurslinguistik Kritik, insofern mit dem Gedanken, dass einzelne Wörter gesellschaftliche Veränderungen außerhalb ihrer selbst indizieren, „die Bezeichnungs- bzw. Repräsentationsfunktion von Begriffen zu Lasten ihrer wirklichkeitskonstitutiven Rolle überbetont“ werde (Niehr 2014: 28). Wie jedoch nicht zuletzt durch das Habermas-Zitat deutlich werden sollte, folgt aus der Tatsache, dass Begriffe auf gesellschaftliche Verhältnisse außerhalb ihrer selbst verweisen, nicht, dass „die Indikator-Funktion von Begriffen für eine als außersprachlich aufgefasste Wirklichkeit“ (Wengeler 2003: 14) allein angenommen werden könnte. Vielmehr scheint es am plausibelsten und gar mit einem radikalen Konstruktivismus vereinbar, dass die Referenten von Indikator-Begriffen zwar sprachlich konstruiert sein können (z. B. als „komplexe Argumentationen“, s. o. Habermas 1979: 21), jedoch gerade nicht durch denselben Signifikanten, mit dem auf sie verwiesen wird (s. 2.1.3).

Auch in der *Critical Discourse Analysis*, die gerade die Faktor-Rolle politischen Wortgebrauchs fokussiert, warnt z. B. Fairclough in vergleichbarer Manier: „[O]ne has to be cautious about how one understands social (discursive) constructionism. First, the dialectical internalization also works ‘the other way round’, which amounts to saying that discourses do not come out of nowhere“ (Fairclough 2003: 23). Ob sich eine bestimmte Bedeutung eines Wortes sowie eine bestimmte Deutung eines Referenzobjektes im Diskurs durchsetzt, hängt also davon ab, ob „sich in ihnen und mit ihnen die konkrete Wirklichkeitserfahrung gesellschaftlich lebender Subjekte auf den Begriff bringen und kommunikativ mitteilen

---

<sup>85</sup> Hier soll darauf hingewiesen werden, dass auch Habermas in diesem komplexen Gedanken nicht umhinkommt, sich der Container-Metapher zu bedienen, nach der Wortformen als Behälter verstanden werden, die Bedeutung als deren Inhalt aufnehmen. Im Kontext der Metapher sollte jedoch deutlich werden, dass es Habermas um Prozesse des kontextsensitiven Wortgebrauchs sowie der gesellschaftlichen Konventionalisierung zu gehen scheint. Auch kann Habermas' *objektiver Geist* mit Blick auf die Bedeutung nicht-rationaler kognitiver Prozesse (s. 3.1) durchaus relativiert werden, ohne dass die hier relevante Aussage verworfen werden müsste.

läßt“ (Kopperschmidt 1991: 77) – auch dann, wenn diese gesellschaftlichen Erfahrungen selbst als von der Sprache abhängig verstanden werden. Auch für die in 3.2.2.3 beschriebenen deontischen Umwertungen bedarf es „günstiger Bedingungen“ (Klein 2017: 783) jenseits des Wortes und selbst jenseits seines sprachlichen Kontextes; so wurde z. B. der Ausdrucks *Sozialismus* erst abgewertet, „als der ‚real existierende Sozialismus‘ in der DDR immer mehr als abschreckend und prototypisch für Sozialismus empfunden wurde“ (ebd.). Somit bestätigt sich auch für politische Diskurse im Speziellen, was in Kapitel 2.1.2 für die Sprache im Allgemeinen festgehalten wurde: „Indem ich etwas bezeichne unterstelle ich, dass der Sinn bereits erfasst worden ist, dass er vorhanden ist“ (Deleuze 1993/1969: 48). Vor diesem Hintergrund kann – und sei es nur als polemisches Gegengewicht – erwogen werden, ob nicht vielmehr der Indikator-Rolle der lexikalischen Ebene der Vorzug gegeben werden sollte.

### 3.2.2.5 Zwischenfazit: Bezeichnungsfixierung verhindert Bedeutungsfixierung

Für das Verhältnis zwischen moralischen und politischen Aspekten sowie Effekten einzelner Wörter lässt sich insgesamt resümieren: Begriffe lassen sich umso weniger besetzen oder in einer bestimmten Bedeutung fixieren, je eher sie als moralische Sprachgebote wahrgenommen und entsprechend weitläufig gebraucht werden. Vielmehr muss ein Ausdruck, wenn er in seiner Bedeutung nicht neu konventionalisiert werden soll, möglichst nur von der eigenen politischen Gruppe mit geteilter Haltung gebraucht werden (s. o. McConnell-Ginet in 3.2.2.2). Dies gelingt bspw. durch Verstöße gegen Prinzipien der Sprachökonomie, die den Ausdruck vor einer unbedachten Imitation bewahren können (s. 4.3.4). Ein Wort mit fixierter Bedeutung in den Diskurs einzubringen, misslingt jedoch paradoxerweise in dem Maße, in dem das Wort in einer Sprachgemeinschaft moralisch geboten bzw. mit Prestige aufgeladen wird, wie im folgenden Kapitel dargelegt werden soll.

## 3.3 Synopse: Vom Politischen zum Moralischen

Im folgenden Kapitel soll die komplexe Vermengung der zuvor vorgestellten moralischen (s. 3.1) und politischen (s. 3.2) Dimensionen umstrittener Wörter untersucht werden. Hierbei wird angeknüpft an die demokratischen Effekte einer diskursiv sich abtragenden Agonalität, wie sie in 3.2.1.4 vorgestellt wurden. Die zu behandelnden Fragen sind hierbei, wie moralische und affektive Phänomene in die Dimension des Politischen hineinwirken und welche potenziellen gesellschaftlichen sowie sprachlichen Folgen aus einer solchen Vermengung der beiden Dimensionen abgeleitet werden können. Den Ausgangspunkt der Überlegung stellt

hierbei die Moralisierung politischen Dissenses dar (s. 3.3.1). Diese verstärkt eine Tendenz einerseits zu einer Polarisierung zwischen den konfligierenden Akteuren (s. 3.3.2) und andererseits zu einer sprachlichen Normierung innerhalb der Akteursgruppen (s. 3.3.3). Neben dieser horizontalen Dimension der der äußeren Abgrenzung sowie der inneren Vereinheitlichung findet sich auch eine vertikale Dimension, entlang derer innerhalb der so umgrenzten Gruppen sprachliche Normentreue mit Prestige und Normabweichung entsprechend mit Stigma versehen wird. Hieraus ergeben sich wiederum Anreizstrukturen für die Vermeidung moralisch abgewerteter Sprachzeichen sowie für die Verwendung bzw. das Zur-Schau-Stellen moralisch aufgewerteter Sprachzeichen (s. 3.3.4). Diese Anreizstrukturen erhöhen letztlich die Wahrscheinlichkeit mechanischer lexikalischer Substitution ohne eine Änderung der kontextuellen Gebrauchsweisen (s. 3.2.1.5 und 3.2.2); und derartige Substitutionen bzw. Imitationen können wiederum die verschiedenen quasi-ökonomischen Dynamiken von Prestige und Bedeutung in Gang setzen, die in Kapitel 4 beschrieben werden sollen.

### 3.3.1 Moralisierung politischen Dissenses

Im Folgenden soll die Vermengung der politischen und der moralischen Aspekte eines (Wort-)Streits als *Moralisierung* zu fassen versucht werden. Auch wenn der Terminus *Moralisierung* qua Suffix eine Richtung hin zur Dimension des Moralischen insinuiert, sollen in diesem Zusammenhang auch die im Politischen bereits angelegte Affektivität und Moralität der Positionierungen berücksichtigt werden (s. Mouffe 2014 in 3.2.1) sowie die umgekehrte Möglichkeit der Politisierung sozialer, moralischer Normen wie Tabus und Euphemismen (vgl. Allan & Burridge 2007: 110). Eine erste Annäherung an den Begriff der Moralisierung liefert die Definition von Felder & Müller (2022: 242): „Moralisierungspraktiken liegen vor, wenn bestimmte Themenaspekte – aus Sicht des Sprechers – auf Grund der Gültigkeit bestimmter Werte nicht weiter diskutiert werden sollen“. Als besonders entscheidend für die vorliegenden Fragestellungen wird sich in diesem Moralisierungsverständnis das Moment der Letztbegründung erweisen:

Vor diesem theoretischen Hintergrund verstehen wir unter ‚Moralisierung‘ zunächst die Einschreibung von moralischen Kategorien und Bewertungen in Debatten und den daraus erwachsenden diskursstrategischen Verweis auf eine Form der Unhintergebarkeit (Letztbegründung) eines Sachverhalts, der seine tatsächliche oder vermeintliche Gültigkeit dadurch erhält, dass er als moralischer Wert keiner weiteren Begründung oder Rechtfertigung bedarf. Mit der Diskursivierung bestimmter moralischer Werte – also dadurch, dass Werte mobilisiert werden – geht der (implizierte) Anspruch einher, dass diese Werte unstrittiger Bestandteil eines öffentlichen Reflexions- und Argumentationsprozesses sind bzw. werden

sollen. Er soll quasi der diskursiven Aushandlung enthoben, um nicht zu sagen als universal gültig transzendiert werden. (Felder & Müller 2022: 246)

Auch Knobloch (2020: 126) fokussiert dieselbe diskursive Funktion der Letztbegründung, wenn er schreibt, „dass Moralisierung derzeit eine zentrale Strategie im öffentlichen Kampf um Deutungshoheit und Zustimmung ist“. In diesem Aspekt der Unhintergebarkeit deutet sich bereits die zentrale These an, dass eine zunehmende Moralisierung politischer Diskurse (und auch eine zunehmende moralische Bewertung von Wörtern mit potenzieller politischer Ausdrucksfunktion) die in 3.2.1.4 beschriebenen demokratischen Effekte politischen Wortstreits gefährden kann (s. u.). Aus zwei Gründen scheint für das Phänomen der Moralisierung die lexikalische Ebene, die ja im Zentrum des Erkenntnisinteresses der vorliegenden Arbeit steht, besonders relevant: Einerseits drückt sich Moralisierung auf der sprachlichen Oberfläche oftmals durch „Delimitationswörter“ (Felder & Müller 2022: 250) bzw. „Kontaminationsbegriffe“ (Knobloch 2020: 131) aus. „Das sind solche Wörter, die die Grenze des moralischen Fundaments der Gemeinschaft von außen markieren. Der moralische Konsens verlangt also eine Ablehnung, Überwindung, Bekämpfung der entsprechenden Konzepte und Sachverhalte“ (Felder & Müller 2022: 250). Andererseits sind es oftmals affektiv-moralisch abgelehnte Tabuwörter, deren Gebrauch (oder auch nur Erwähnung) die Überwölbung politisch-sachlicher Diskurse durch moralische Aspekte zu initiieren scheint.<sup>86</sup> Damit geht in der Regel eine Verschiebung von der politischen nicht nur auf die moralische Ebene einher, sondern auch auf die metasprachliche Ebene, wie sie auch für das Phänomen der Political Correctness im engeren Sinne charakteristisch ist (vgl. Klug 2020: 81 f.): „Wenn jemand ein echtes oder vermeintliches Naziwort benutzt, werden politische Debatten schnell auf linguistisches Terrain gelenkt“ (Heine 2019: 21).

Im Gegensatz zu Felder & Müller (2022), die sich auf die minimalen Einheiten von Moralisierungen als je individuelle sprachliche Praktik (ebd.: 242), Strategie (ebd.: 246) oder auch „Pragmem“ (ebd.: 247) und somit auf die Mikroebene konzentrieren, soll hier der Fokus auf die Makroebene gerichtet werden, um Moralisierung als überindividuellen, gesamtgesellschaftlichen und nicht volitiv steuer- oder verhinderbaren Prozess greifbar zu machen. Entsprechend können auch die in den folgenden Kapiteln beschriebenen potenziellen Auswirkungen einer solchen Moralisierung nicht durch Entscheidungen bewusst beeinflusst werden, sondern sind in ihrer Kontingenz immer als emergente Phänomene der dritten Art zu verstehen.

---

<sup>86</sup> Vgl. hierzu die in 3.1.2.1 beschriebene Rolle von Trigger-Wörtern, die die moralisch-affektive Bewertung eines Sachverhalts aktivieren und beeinflussen können.

Erkenntnisstiftende Konzeptualisierungen derartiger Prozesse finden sich vor allem in der Politischen Philosophie – etwa bei Mouffe (2014). Nachdem sie zusammen mit Laclau (1991: 31 f.) die „Anerkennung der Vielfalt sozialer Logiken und der Notwendigkeit ihrer Artikulation“ fordert (s. 3.2.1.4), spezifiziert sie diesen Gedanken später im Begriff des Agonismus, der sich dadurch auszeichnet, dass die Konfliktparteien nicht die jeweils „Anderen“ bekämpfen, sondern deren Ideen, ohne dass ersteren das Recht abgesprochen wird, letztere zu vertreten und zu artikulieren. „Anders ausgedrückt: Wichtig ist, dass Konflikte nicht die Form eines »Antagonismus« annehmen (eines Kampfes zwischen Feinden), sondern die eines »Agonismus« (einer Auseinandersetzung zwischen Kontrahenten)“ (Mouffe 2014: 28). Die schwer zu trennenden Dimensionen des Politischen und des Moralischen lassen sich somit anhand dieses Maßstabes zumindest graduell unterscheiden: Wird ein politischer Gegner von der eigenen Position zu überzeugen versucht, sodass der ergebnisoffene Persuasionsversuch auch mit einem *Agree to disagree* aufgegeben werden kann, oder wird ein moralischer Feind bekämpft und am Äußern seiner (vermeintlich unmoralischen) Position gehindert? Im letzteren Fall wird das politische *I disagree* ersetzt durch ein affektiv-moralisches *I am offended* (vgl. Pfaller 2017: 55; Knobloch 2020: 127), das jede kohärente Anschlusskommunikation abseits einer adjazenten Entschuldigung erschwert bis unmöglich macht. Für Mouffe (2014: 41) ist demnach „die strenge Ethik des Unbedingten [...] mit dem Feld der Politik, die sich stets mit dem Bedingten befasst, offensichtlich unvereinbar“. Dementsprechend warnt sie vor dem Einzug einer kompromisslosen Moralität in den Raum des Politischen: „Politisches Handeln wird somit zu einem ethischen und quasireligiösen Bemühen“ (Mouffe 2014: 40); indem das Politische „ins moralische Register verlagert“ (Mouffe 2014: 208) wird, wird links und rechts durch Gut und Böse, „politische Auseinandersetzung durch moralische Verurteilung ersetzt“ (ebd.).<sup>87</sup> Vor diesem Hintergrund ist auch die zivil-religiöse Komponente von Kulturkämpfen (*Culture Wars*) zu verstehen, in der bestimmte Werte des Kulturerbes sakralisiert und konsekriert werden und somit der politisch-diskursiven Aushandlung enthoben werden sollen (vgl. Harnisch, Felder & Leyboldt 2020). Auch Knobloch (2020: 137) knüpft an die Gedanken von Mouffe (2014) an, wenn er schreibt: „Demokratische Argumente sollten Gegenrede wenn nicht ermutigen, so doch ermöglichen. Und dazu müssen alle Teilnehmer ihre Standpunkte und Interessen als solche kenntlich machen, anstatt sie hinter Moralfassaden zu verbergen“.

---

<sup>87</sup> Auch außerhalb wissenschaftlicher Diskurse lässt sich zunehmend die Klage vernehmen: „Moralische Entrüstung hat jede politische Kritik ersetzt“ (Magnus Klaue auf Zeit-online am 05.07.2021: [https://www.zeit.de/kultur/2021-07/plagiate-vorwuerte-annalena-baerbock-politiker?utm\\_source=pocket-newtab-global-de-DE](https://www.zeit.de/kultur/2021-07/plagiate-vorwuerte-annalena-baerbock-politiker?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE); zuletzt aufgerufen am 28.04.2023).

Über diese normativen Idealvorstellungen der diskursiven Aushandlung von politischem Dissens hinaus muss jedoch hinterfragt werden, in wessen Verantwortung die Moralisierung desselben bzw. die Vermeidung ebendieser überhaupt liegen kann. Schnell ergeben sich hier paradoxe Problematiken aus dem Bereich des Toleranz-Paradoxons (vgl. Popper 1957/1945), etwa wenn Äußerungen in politischen Diskursen selbst als intolerant und somit als nicht tolerierbar wahrgenommen werden. Anstatt einzelnen diskursiv Agierenden die Verantwortung für eine Moralisierung zuzuschreiben, soll hier daher ein „Mut der Hoffnungslosigkeit“ (Žižek 2018) gefordert werden, der es als gänzlich unumgänglich versteht, politische Fragen, die konstitutiv für die eigene soziale Identität (vgl. Mouffe 2014: 24 ff.) sowie entscheidend für das Wohlergehen der betreffenden Gesellschaft sind, (zumindest auch) anhand moralischer Maßstäbe zu messen. „Empathy is an antidote to righteousness, although it’s very difficult to empathize across a moral divide“ (Haidt 2012: 58). Gleichzeitig finden sich etwa mit Knobloch (2020: 134), zahlreiche politische Themen, die in ihren absehbaren Folgen durchaus teleologisch-ethische bzw. „moralisierbare“ Komponenten haben (z. B. „Prekarisierung, Ökonomisierung, Zerstörung von Gemeingütern, Privatisierung von Bildung, Gesundheit, Rente, Wohnen, Grundversorgung“), jedoch keineswegs auf dieselbe Weise oder in dem Maße moralisiert werden, wie dies z. B. bei Themen der sogenannten Identitätspolitik oder der Political Correctness von beiden Seiten getan wird (vgl. hierzu auch Della Porta 2017: 62; Fraser 2017: 83 f.). Diese Tatsache legt bereits den Verdacht nahe, dass die diskursive Moralisierung politischer Themen nicht von den rational antizipierbaren Auswirkungen konkreter *Policies* abhängt, sondern von anderen sozialen Größen wie etwa Modeerscheinungen politischer „hot-button issues“ (Leypoldt 2021: 254) oder der Dimension des Prestiges (s. 3.3.4).

Die sozialen Folgen der beschriebenen Tendenzen der Moralisierung politischer Diskurse können nun in unterschiedliche Richtungen wuchern, die z. B. in Volands (2007: 35) Ausführungen zur „Wir-Psychologie“ bereits angedeutet werden:

Die moralische Gewissheit, besser zu sein als die anderen, ist hier zu nennen; sie kann sich irgendwo zwischen bloß snobistischer Hochnäsigkeit, sozialer Diskriminierung und aggressiver Ablehnung ansiedeln. Hierhin gehören ferner Anreizstrukturen für gruppendienliches Verhalten, das von der Gemeinschaft mit dem sozial wertvollen Gut des Prestige entlohnt wird. Und natürlich zählt eine Affinität für all jene Rituale dazu, die den Gemeinschaftszusammenhalt symbolisch kommunizieren und immer und immer wieder kollektivistisches Denken, Fühlen und Handeln beschwören. (Voland 2007: 35 f.)

In diesen komplexen Zusammenhängen scheint es sinnvoll, bei *Culture Wars* im Sinne von moralisierten politischen Diskursen (vgl. 5) zu unterscheiden zwischen der Kommunikation innerhalb einer Wir-Gruppe einerseits und der Kommunikation (sowie ggf. deren Mangel) zwischen „konkurrierende[n] moralisierte[n] Wir-

gruppen und Wiridentitäten“ (Knobloch 2020: 127) andererseits. Haidt (2012: 58) fasst diese beiden Dimensionen moralischen bzw. moralisierten Dissens in der Möglichkeit einer Mehrfachadressierung zusammen:

our righteous minds so readily shift into combat mode. [...] The performance may impress our friends and show allies that we are committed members of the team, but no matter how good our logic, it's not going to change the minds of our opponents if they are in combat mode too.

In den genannten Zitaten deutet sich bereits an, dass Moralisierung im Verhältnis zwischen politischen Gruppierungen zu Polarisierung führen kann und im Diskurs innerhalb einer Gruppierung zu Normierung, aber auch zu einer Art Vertikalisierung bzw. einer moralischen Anordnung von Zentrum und Peripherie, in der die einzelnen Gruppenmitglieder auch gegeneinander konkurrieren. Beiden Phänomenen soll im Folgenden nachgespürt werden.

### 3.3.2 Horizontal: Polarisierung zwischen Akteursgruppen

Die Vermengung der Dimensionen des Politischen und des Moralischen scheint ihren Ursprung nicht nur in der beschriebenen Außerrationalität und Affektivität politischer Haltungen im Allgemeinen zu haben (s. 3.2.1.4), sondern auch in moralischen, ekel-ähnlichen Affekten gegenüber stark divergierenden politischen Haltungen im Allgemeinen; ganz in dem Sinne, wie sie in 3.1 vorgestellt wurden. „In the west, diversity is sacrosanct, but often at odds with our responses to difference and non-conformity. Sometimes, difference is distasteful; it makes us angry, fearful, insecure and vulnerable. What most people want, it seems, is the comfort of the familiar“ (Allan & Burrige 2007: 105). Die zunehmende gegenseitige affektiv-moralische Ablehnung divergierender politischer Gruppierungen, die hier schlicht als *Polarisierung* bezeichnet wird, ist in Politik- und Sozialwissenschaften bereits auf verschiedene Arten zu fassen versucht worden: etwa als „affective polarization“ (Iyengar et al. 2019: 129), „social polarization“ (Mason 2018: 17), „attitude polarization“ (Haidt 2012: 100) oder auch als „political sectarianism“ (Finkel et al. 2020: 533).<sup>88</sup> Mit der religiösen Metapher des *sectarianism*,

---

<sup>88</sup> In der Sozialpsychologie ist oftmals auch von *Tribalismus* oder „tribalism“ (Clark et al. 2019: 587) die Rede, um die evolutionären kognitiven Grundlagen des Phänomens zu betonen. Ferner hat z. B. Bateson (1935) mit seinem Konzept der Schismogenese gezeigt, wie Verhaltensmuster in bloßer wechselseitiger Abgrenzung – etwa zwischen Geschlechtern oder zwischen sich als distinkte Kulturen wahrnehmenden Menschengruppen – sich verfestigen können (vgl. hierzu im Deutschen zuerst Mühlmann 1956: 36). Aus dieser Perspektive tun Menschen also oft etwas ein-



also des Sektenwesens oder Sektiererturns bezeichnen Finkel et al. (2020) die zunehmende „tendency to adopt a moralized identification with one political group and against another“ (Finkel et al. 2020: 533) bei gleichzeitigem „strong faith in the moral correctness and superiority of one’s sect“ (ebd.). Neben der Betrachtung des politischen Gegners – oder nun Feinds – als essentiell anders- und fremdartig (*Othering*) und der affektiven Abneigung ihm gegenüber (*Aversion*) ist die Moralisierung im Sinne einer Betrachtung der Gegenseite als nicht nur politisch ungleich sondern als moralisch ungleichwertig (*Moralization*) konstitutiv für die Polarisierung in politische Sekten (vgl. Finkel et al. 2020: 533). Eine solche Polarisierung scheint zuweilen geradezu um ihrer selbst willen aufrechterhalten zu werden und empfindlich dafür zu sein, von verschiedensten Faktoren gar verstärkt zu werden. So wurde etwa immer wieder argumentiert, dass eine gemeinsame Bedrohung Polarisierung abbauen könne, indem sie stärkeren Zusammenhalt fordert und weitere Identifikationsmöglichkeiten bietet. Globale Probleme wie die Corona-Pandemie oder die nahende Klima-Katastrophe zeigen jedoch immer wieder, dass bei bestehender Polarisierung auch externe Bedrohungen wiederum nur als Aufhänger für eine gegenseitige Abgrenzung dienen können (vgl. Finkel et al. 2020: 536).

Auch die mediale Verbreitung politischer Informationen scheint der Polarisierung kaum entgegenwirken zu können. „Several studies have documented the ‚attitude polarization‘ effect that happens when you give a single body of information to people with differing partisan leanings“ (Haidt 2012: 100). So rücken bspw. US-amerikanische *Conservatives* und *Liberals* in ihrer Meinung weiter auseinander, nachdem sie dieselben Informationen über die Todesstrafe lesen (vgl. Haidt 2012: 100). In der Regel konsumieren die Mitglieder politischer Lager jedoch in dem Maße, in dem sie moralisierende bzw. sektiererische Tendenzen haben, auch ausschließlich passende Nachrichten, die ihre Überzeugungen bestärken (vgl. Finkel et al. 2020: 534). Auch vonseiten der Medien wird dieser Effekt genutzt, indem diese ihre Berichterstattung moralisieren und polarisieren, um somit größere Aufmerksamkeit zu erregen (vgl. Finkel et al. 2020: 534). Was für Polarisierung im Allgemeinen gilt, gilt auch für polarisierte Wortstreite im Speziellen: „Linguistic changes, whether or not PC-motivated, are seen by many as the

---

fach deshalb, weil es das Gegenteil davon ist, was diejenigen tun, die sie als „die Anderen“ wahrnehmen. Eine ähnliche Schismogenese lässt sich auch für das sprachliche Verhalten, etwa für Varietäten beobachten, die gerade in Abgrenzung zur Elterngeneration, zum anderen Geschlecht, zum politischen Gegner oder stärker noch zum moralischen Feind entstehen. So setzen etwa zuletzt Graeber und Wengrow (2022: 236, 258, 265) den Gedanken der Schismogenese direkt in Bezug zur Bedeutung der bzw. durch Differenz im Strukturalismus und Poststrukturalismus (vgl. hierzu 2.1.2 sowie zusammenführend nochmals die Dialektik der Distinktion in 4.3.4).

thin end of a wedge that will fragment society into factional interest groups. Such hostility is fueled by media hyperbole and misrepresentation“ (Allan & Burrige 2007: 101).

Für soziale Medien vermuten Finkel et al., dass die polarisierende mediale Voreingenommenheit umso drastischer ausfällt: “Social-media technology employs popularity-based algorithms that tailor content to maximize user engagement, increasing sectarianism within homogeneous networks (SM), in part because of the contagious power of content that elicits sectarian fear or indignation” (Finkel et al. 2020: 534). Speziell im digitalen Raum kann eine bestehende gesellschaftliche Spaltung auch bewusst destruktiv befeuert werden, wie etwa die Internet-Aktionen der russischen *Internet Research Agency* (IRA) im Vorfeld der US-Wahl 2016 zeigen. Russische User erstellten bspw. bewusst polarisierende bzw. sektiererische Facebook-Gruppen wie *blacktivists* oder *army of jesus* und stachelten so die bereits polarisierten Teile der Gesellschaft weiter gegeneinander auf (vgl. Finkel et al. 2020: 535; DiResta et al. 2019). Politolinguistisch betrachtet zeigt dieser Fall auch: Wenn die Fahnenwörter einer politischen Sprechergruppe konventionell als charakteristisch für diese gelten, entsprechend jedoch auch über die Sprechergruppe hinaus bekannt sind, desto einfacher können diese politischen Varietäten auch imitiert und inszeniert werden und desto zuverlässiger gelingt auch eine künstliche Inszenierung der jeweiligen politischen Gruppierung (vgl. Hermanns 1982: 89 in 3.2.1).

Zuletzt sehen auch politische Eliten in der Verwendung politischer Codes die Möglichkeit, ihre zentrale Zielgruppe gezielt zu adressieren und gleichzeitig ihre relative Nähe zu derselben auszudrücken. In 3.2.1 wurden einer solchen Heterogenität des politischen Diskurses positive demokratische Effekte zugeschrieben (vgl. Laclau & Mouffe 1991; Mouffe 2014). Finkel et al. (2020: 534) warnen jedoch auch davor, dass ein solches „disciplined messaging“ die ideologische Unterscheidung in der öffentlichen Wahrnehmung als zu groß erscheinen lassen und daher eine Polarisierung verstärken kann. Versöhnt werden können beide Ansätze wohl mit Verweis erstens auf das Maß der sprachlichen Divergenz zwischen politischen Gruppen, das sowohl zu hoch als auch zu gering ausfallen kann, und zweitens auf den Aspekt der sprachlichen Moralisierung. So können Kandidierende gerade durch eine „strongly moralized language“ (Finkel et al. 2020: 534) Wahlerfolge erzielen und haben somit den Anreiz sich einer „rhetoric of moral outrage“ (ebd.: 534 f.) zu bedienen. Gerade durch eine moralisierende Versprachlichung der eigenen Position sowie der des Gegners droht jedoch die Gefahr einer verstärkten Polarisierung im hier beschriebenen Sinne.

### 3.3.3 Normierung innerhalb von Akteursgruppen

Zwischen politischen Lagern führt Moralisierung also zu einer Polarisierung, indem sie einen konstruktiven Dissens mit dem nunmehr moralisch verwerflichen Feind verhindert. Innerhalb einer sich als Gemeinschaft verstehenden Gruppierung verhindert Moralisierung ebenfalls politischen Dissens, indem durch den Verweis auf moralische Werte Konsens hergestellt und als unhintergebar aufrechterhalten wird. Kurzum: „Moralisierung erschwert Dissens und erzwingt Zustimmung“ (Knobloch 2020: 127). Der Verweis auf eine geteilte Moral, auf gemeinsame Werte erfüllt somit die dialektisch verbundenen Funktionen der Abgrenzung nach Außen und der Homogenisierung nach Innen innerhalb einer kollektiven Identität (vgl. Wodak et al. 1998: 54, 76 f.; Eickelpasch & Rademacher 2004: 68; Zambrano 2015: 122 f.). So sind auch Tabus als affektiv-moralische Wortverbote „among the common values that link the people of a community together. What one group values, another scorns. Shared taboos are therefore a sign of social cohesion“ (Allan & Burridge 2007: 9).

Entsprechend lässt sich eine zusammengehörige soziale *Gruppe* gerade über ihre geteilten sozialen und moralischen (Sprach-)Normen und Tabus identifizieren:

Dabei ist es oft unwichtig, ob die Normen berechtigt sind und objektiv ermittelt wurden. Größere Gruppen regulieren das Verhalten ihrer Mitglieder durch ungeschriebene und geschriebene Satzungen. Die Satzungen schaffen Selbstverständlichkeiten, Routinen und Rituale, die nicht mehr in Frage gestellt werden können, obwohl ihre rationale Begründung oftmals problematisch ist. [...] Das Rütteln an solchen Selbstverständlichkeiten kommt daher vielfach einem Verstoß gegen ein Tabu gleich. (Fisch 2004: 428)

Neben geteilten Normen und Werten lässt sich eine Gruppe vor allem durch die vergleichsweise hohe Interaktionsdichte zwischen ihren Mitgliedern sowie durch die relative Distanz zu den Mitgliedern anderer Gruppen definieren (vgl. Fisch 2004: 423). „Auf diese Weise wird die soziale Binnen-Distanz verringert, die Außen-Distanz vergrößert“ (Fisch 2004: 427), was durch die Abgrenzung von einem gemeinsamen moralischen Feind noch verstärkt wird (ebd.). Interaktionsdichte ist damit nicht nur auf der Mikroebene direkter sozialer Interaktion zu denken, sondern in einem komplexen Netz mittelbarer sowie unmittelbarer Interaktionen; entsprechend können sich aus Kleingruppen auch Großgruppen wie z. B. Nationen zusammensetzen, in denen nicht alle Mitglieder unmittelbar miteinander kommunizieren (vgl. Fisch 2004: 423). Relevant ist jedoch nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Binnen-Kommunikation:

Gruppen, die länger bestehen, können Zeichensysteme und eine eigene Sprache mit Ausdrücken entwickeln, die nur von Mitgliedern der Gruppe richtig verstanden werden (können),

als Erkennungszeichen benutzt werden und die Zugehörigkeit signalisieren, so dass Abgrenzungen möglich werden im Sinn einer „Wir“-Gruppe und einer „Die“-Gruppe“. (Fisch 2004: 426)

Politische Meinungen und sprachliche Zeichen, die solche symptomatisch indizieren sollen, dienen also in der Binnen-Kommunikation einer Gruppe als „badges of social membership“ (Kinder 1998; zit. n. Haidt 2012: 100). „They’re like the array of bumper stickers people put on their cars showing the political causes, universities, and sports teams they support. Our politics is groupish, not selfish“ (Haidt 2012: 100). Als ein Beispiel für solche Gruppen-bezogenen semiotischen Phänomene nennt Haidt (2012: 230) den „rally-round-the-flag reflex“: „[I]t refers to the reflex to come together and show signs of group solidarity in response to an external threat“ (ebd.: 420).<sup>89</sup>

In Zusammenführung der geteilten Werte mit Umfang und Art der Kommunikation lässt sich eine Gruppe schließlich definieren als eine „Anzahl von Personen, die untereinander dependente Beziehungen haben, d. h., die Mitglieder beeinflussen sich wechselseitig in ihrem Verhalten und Erleben“ (Fisch 2004: 423). Mit Blick auf die erwähnten normativen und moralischen Aspekte ist vor allem diese zweite Eigenschaft von Gruppen von Interesse, einen Maßstab dafür zu geben „welche Verhaltensweisen man an den Tag legt oder nicht, wie man spricht, welche Einstellungen und Werte man vertritt und Ähnliches“ (Fisch 2004: 428). In diesem Zusammenhang wird auch von *Bezugsgruppen* gesprochen. Diese „vermitteln soziale Gewissheit in unsicheren Lagen der Beurteilung. Sie spielen damit eine wichtige Rolle für das Phänomen der Konformität und der Uniformität im alltäglichen Umgang miteinander“ (Fisch 2004: 428). Auch diese Funktion wird durch Tabus und Euphemismen erfüllt, indem sie unsichere Situationen sprachlich zu vermeiden gebieten respektive zu umgehen ermöglichen: „Verbal taboos are imposed by social conventions; they strengthen social cohesion and serve human interest by censoring out bald mention of things which threaten danger, distress and offence“ (Allan & Burrige 2007: 110). Bei großen Gruppen (etwa Nationalstaaten) gefährdet eine allzu große Homogenität von Meinungen und Bezeichnungspraktiken wiederum die in 3.2.1 angeführten demokratischen Effekte

---

<sup>89</sup> Man denke hier beispielhaft an Facebook-Profilbilder mit der französischen Flagge nach den Terroranschlägen in Paris 2015; T-Shirts mit dem Aufdruck *Refugees Welcome* im selben Jahr (hier stellten nicht etwa Geflüchtete, sondern rechtspopulistische und fremdenfeindliche Akteure die gemeinsame externe Bedrohung für eine sich als Wertegemeinschaft verstehende Großgruppe dar); schwarze Instagram-Profilbilder im Rahmen des *Blackout Tuesday* als Reaktion auf die Tötung George Floyds durch einen Polizisten 2020; oder zuletzt auch Masken- und Impfnadel-Emojis in den Namen und Biografien von Usern verschiedener Social-Media-Plattformen im Laufe der Corona-Pandemie 2020–2022.

von Bezeichnungskonkurrenzen und politischem Wortstreit: „Eine zu große Konsensorientierung führt in Verbindung mit einer Abneigung gegen Konflikte zu Apathie und Entfremdung von der politischen Partizipation“ (Mouffe 2014: 29). Nach Mouffe muss eine Demokratie daher stattdessen „Formen der politischen Identifikation anbieten, die auf klar unterscheidbaren demokratischen Positionen beruhen“ (Mouffe 2014: 29). Entsprechend sollte jedwede Ordnung, „die von einer bestimmten hegemonialen Machtkonfiguration hervorgebracht wird, [...] niemals als von höherer Stelle diktiert gerechtfertigt und als einzig legitime hingestellt werden“ (Mouffe 2014: 41). Genau dieses Moment der Letztbegründung (s. 3.3.1) bringt eine zunehmende Moralisierung der politischen sowie sprachlichen Ordnung jedoch mit sich.

Die Normierung des (sprachlichen) Verhaltens der Mitglieder einer (Bezugs-) Gruppe erfolgt über die jeweilige Reaktion der anderen Gruppenmitglieder auf dieses Verhalten: „Die anderen Gruppenmitglieder achten auf die Normeinhaltung und sanktionieren Über- und Unterschreitungen“ (Fisch 2004: 428). Dies gilt auch für sprachliche Normen sowie die Vermeidung von Tabu- und anderen unangenehmen, affektiv aufgeladenen Wörtern (vgl. Allan & Burridge 2007: 8). Mit einer solchen Normierung durch soziale Sanktionierung geht also auch eine Hierarchisierung bzw. eine Aufteilung in Zentrum und Peripherie innerhalb der Gruppe einher. Wer sich an die Normen hält, befindet sich im Zentrum der Gruppe und steigt in ihrem Ansehen; in dem Maße, in dem ein Mitglied von den Normen abweicht, rückt es in die Peripherie der Gruppe und schließlich in relative Nähe des gemeinsamen Feindes. Wird dieser wie beschrieben als unmoralisch betrachtet, geht mit der Bewegung in Richtung Peripherie auch ein Abstieg im sozialen Ansehen innerhalb der Gruppe einher, den es also durch Normentreue zu vermeiden gilt (vgl. Voland 2007: 39 f., 120).

Moralisierung und Normalisierung sind, so gesehen, sprachlich-kommunikative Techniken zur Begrenzung der Handlungsspielräume des Einzelnen. Wer die Regeln der Normalisierung missachtet, der verliert den kognitiven Kredit, wer die Regeln der Moralisierung missachtet, der verliert die Achtung seiner Mitmenschen. (Knobloch 2020: 136 f.)

Gerade durch den drohenden Achtungsentzug als soziale Sanktionen einer als unmoralisch bewerteten Meinung – oder eines Wortgebrauchs, der eine solche symptomatisch indizieren könnte, und daher tabuisiert ist – tritt die normierende Funktion der Schweigespirale nach Noelle-Neumann (1996) in Kraft (s. u.): „Öffentliche Meinung stabilisiert und integriert die Gesellschaft, weil Konflikte durch eine Schweigespirale beendet und gesellschaftlicher Zwist zugunsten einer Auffassung beigelegt wird“ (Roessing 2019: 14). Die Normierung der innerhalb einer gesellschaftlichen Gruppe vertretenen Meinungen und verwendeten Ausdrucks-

formen wird also bedingt durch deren Hierarchisierung, indem diese die moralischen Normen durch soziale Anreizstrukturen erst etabliert und aktualisiert.

### 3.3.4 Vertikal: Prestige in Akteursgruppen und öffentlicher Meinung

Gerade für die Formierung eines Konsenses innerhalb einer Gruppe sowie für die öffentliche Meinung in einer Großgruppe spielen soziale Anreizstrukturen aus gewonnenen/erhaltenen und verlorenen Beziehungen, aus Zugewinn oder Verlust an Prestige, aus Wahrung oder Bedrohung des Gesichts<sup>90</sup> eine entscheidende Rolle:

Unter öffentlicher Meinung versteht man wertgeladene, insbesondere moralisch aufgeladene Meinungen und Verhaltensweisen, die man – wo es sich um festgewordene Übereinstimmungen handelt, zum Beispiel Sitte, Dogma – öffentlich zeigen muß, wenn man sich nicht isolieren will; oder bei im Wandel begriffenem ‚flüssigen‘ [...] Zustand öffentlich zeigen kann, ohne sich zu isolieren. (Noelle-Neumann 1996: 343 f.)

Da privat Interagierende sowie vor allem öffentlich Agierende demnach nicht nur Meinungen um ihrer selbst willen austauschen, sondern auch, „um dabei Beachtung zu beziehen, geraten die Meinungen unter den Druck der Anpassung an diesen Zweck“ (Franck 1998: 101). Je stärker verschiedene Meinungen moralisch aufgeladen sind, desto eher werden sie auch in ihrem gesellschaftlichen Ansehen hierarchisiert und desto stärker steht bei ihrer Versprachlichung die Wertschätzung des Gesprächspartners bzw. der gesamten Gruppe auf dem Spiel (vgl. ebd.). In diesem Fall werden diskursiv Agierende durch Moralisierung und Hierarchisierung politischer Meinungen, „dazu verleitet, dem Gesprächspartner nach dem Mund zu reden“ (Franck 1998: 102), sofern sie außerhalb ihrer Gruppe keine alternative Quelle für soziales Ansehen haben (vgl. ebd.).

Dies bedeutet einerseits, dass innerhalb der konsensualen Wir-Gruppe aus dem diskursiven Vertreten bzw. Darstellen moralisch aufgewerteter Meinungen sowie aus der moralisierenden Distanzierung von abweichenden Meinungen Prestige im Sinne sozialer Wertschätzung (vgl. Strasser & Brömme 2004: 412) errungen werden kann, was einen Anreiz für das demonstrative Zur-Schau-Stellen ebendieser sprachlichen Praktiken schafft. Umgekehrt droht demnach – und sei es nur in der subjektiven Antizipation der Sprechenden – durch das Ausdrücken einer abweichenden Meinung das Abrutschen in die Peripherie der Wir-Gruppe und somit eine soziale Geringschätzung, die als Gegenpol zum Prestige als *Stigma*

<sup>90</sup> ... im Sinne des *face* nach Goffman (1955: 213) „as the positive social value a person effectively claims for himself by the line other assume he has taken during a particular contact“.

bezeichnet werden kann (vgl. Strasser & Brömme 2004: 412). Die Furcht vor Gesichtungsverlust, Stigma und Isolation (unabhängig davon, ob sie gerechtfertigt ist oder nicht) stellt umgekehrt einen Anreiz zum Vermeiden von Äußerungen dar, die von Rezipierenden als ein Abweichen von den moralischen Normen der Wirkgruppe interpretiert werden könnten. Für die Funktionsweisen und potenziellen sprachlichen sowie gesellschaftlichen Folgen einer solchen Anreizstruktur öffentlicher Meinung, wird es sich – wie in 3.3.1 bereits angedeutet – als entscheidend erweisen, ob sich die moralisch motivierten sozialen Reaktionen von Prestige und Stigma auf komplexe Meinungsäußerungen auf propositionaler Ebene oder aber auf moralisch aufgewertete Fahnenwörter sowie moralisch abgelehnte Tabuwörter auf lexikalischer Ebene beziehen (s. u. und v. a. 4).

So wie die Affektivität moralischer Urteile sich evolutionär erklären lässt (s. 3.1.1), scheint sich auch die Anpassung des Verhaltens an die entsprechenden moralischen Normen in dieses evolutionäre Bedingungsgefüge einzureihen. In 3.1.1 wurde mit Verweis auf Glaukon bereits der Publikumseffekt erwähnt, der nahelegt, dass Menschen die Befolgung (zumindest einiger) moralischer Normen primär an der Antizipation der Auswirkungen für ihre soziales Ansehen, also an „appearance and reputation“ (Haidt 2012: 86) orientieren. Entsprechend beeinflusst das Befolgen oder Nicht-Befolgen moralischer aber auch trivialerer sozialer Normen wie Etikette (diese beiden Kategorien greifen ineinander, s. u.) öffentliche Urteile, die wiederum Chancen auf Sexual- und Kooperationspartner beeinflussen und somit evolutionär fitnessrelevant sind (vgl. Voland 2004: 185 ff.). Normeinhaltung dient also „der Werbung um soziale Anerkennung“ (Voland 2004: 186) und ist „eine Prestige bildende Maßnahme mit möglichen Konsequenzen für Liebe und Business“ (ebd.). Auch in komplexeren Großgruppen der Neuzeit scheint die Intuition für derartige soziale Dynamiken keineswegs einen Atavismus darzustellen.

Als Kehrseite derselben Dynamik, durch die bestimmte politische Haltungen und auch ein bestimmter Sprachgebrauch als Normentreue anerkannt werden, werden bestimmte politische Haltungen innerhalb einer Gruppe konsensual moralisch abgewertet. Die Verwendung der mit diesen Haltungen (symptomfunktional) assoziierten Ausdrücke birgt demnach das Risiko, soziale Geringschätzung (also Stigma) zu erfahren und so dem eigenen Prestige zu schaden. Dies ist die Kehrseite derselben moralisierenden Dynamik, die den beschriebenen sozialen Anreiz für mechanische Substitutionen und Euphemisierungen entsprechend aus der anderen Richtung verstärkt; man denke an Zuckerbrot und Peitsche des sozialen Ansehens. Auf propositionaler Ebene der Meinungsäußerung beschreibt Noelle-Neumann (1982; 1996) dieses soziale Anreiz-System als *Schweigespirale*.

Von zwei Meinungslagern ist eines entweder tatsächlich größer oder es erscheint durch stärkere Aktivität der Anhänger größer. Aus Furcht, sich zur Seite des (scheinbaren) Verliererlagers zu bekennen, trauen sich in der Folge immer weniger Menschen, die Meinung dieses Lagers öffentlich zu vertreten. (Roessing 2019: 10)

In der Folge nimmt dieses „Verliererlager“ immer weniger diskursiven Raum ein, wird immer weniger wahrgenommen und die Furcht, die Außenseiter-Meinung zu vertreten, wächst, was schließlich den selbstverstärkenden Prozess der Schweigespirale konstituiert. Dabei ist, wie das Zitat bereits andeutet, nicht die tatsächliche numerische Größe der jeweiligen Meinungslager entscheidend, wie dies z. B. bei direkten demokratischen Prozessen der Fall wäre; sondern die artikulatorische Aktivität sowie die moralische Vehemenz, mit der eine politische Meinung im Diskurs vorgebracht und wahrgenommen wird: „Die Meinung einer Minderheit kann in der Öffentlichkeit als Mehrheit erscheinen, wenn ihre Anhänger nur selbstbewusst genug auftreten und ihre Meinung öffentlich mit Nachdruck vertreten“ (Roessing 2019: 13).

Dabei verweist der erwähnte Nachdruck primär auf die moralischen bzw. moralisierenden Aspekte des antagonistischen Diskurses: „Schweigespiralen können sich nur bei Themen entwickeln, die emotional aufgeladen sind, ‚moralische Ladung‘ haben. Themen bei denen es nicht um die Frage geht, wer richtig oder falsch liegt, sondern wer die ‚gute‘ und wer die ‚schlechte‘ Meinung vertritt“ (Roessing 2019: 12). Erst aus dieser emotionalen und moralischen Ladung erwächst für im Diskurs Agierende die Gefahr, sich mit der „schlechten“ Meinung sozial zu isolieren. Denn wer gegen moralische Normen verstößt, lenkt die affektive Abneigung seiner Mitmenschen auf sich und riskiert nicht nur Kritik, sondern auch soziale Ausgrenzung (vgl. Haidt 2012: 1028). Dabei ist weniger entscheidend, wie häufig oder wahrscheinlich moralisierende, ausgrenzende oder zensurierende Reaktionen auf bestimmte Meinungsäußerungen tatsächlich sind, sondern vielmehr, wie groß die (berechtigte oder unberechtigte) Furcht vor derartigen sozialen Konsequenzen ist. Denn diese „Isolationsfurcht“ (Noelle-Neumann 1982: 98) ist es, die den Anreiz schafft, bestimmte Haltungen nicht oder zumindest nicht öffentlich zu verbalisieren. Die öffentliche Meinung zu moralischen bzw. moralisierten Themen wird somit nicht etwa durch zentral gesteuerte Zensur (*copyright*), sondern emergent durch affektiv gesteuerte Selbstzensur (*censoring*) normiert (vgl. Allan & Burridge 2007: 24), was die jeweilige Gesellschaft nach Noelle-Neumann (1982: 192 ff.) wiederum stabilisiert und integriert.

Gerade für die sprachliche Selbstzensur spielt jedoch nicht nur die Äußerungsebene, sondern mehr noch die lexikalische Ebene eine entscheidende Rolle. In 3.1.2 wurde bereits beschrieben, inwiefern v. a. Einzelzeichen wie Tabuwörter moralische Affekte hervorrufen und entsprechend soziale Sanktionen nach sich



ziehen können. Entsprechend werden nicht nur bewusste Tabubrüche, sondern auch versehentliche, aus Unwissenheit oder (sub-)kulturellen Unterschieden begangene Verstöße gegen die lexikalischen Normen sozial sanktioniert: „The conclusion must be that any violation of taboo, however innocently committed, risks condemnation“ (Allan & Burridge 2007: 6). Umso höher ist dieses Risiko bei Tabuwörtern, die nicht nur mit unangenehmen, aber unpolitischen Affekten, sondern mit moralisch abgelehnten politischen Haltungen assoziiert und daher diskursiv stark verurteilt werden – nicht zuletzt auch zum Prestige-bezogenen Zweck der Darstellung der eigenen moralischen Güte (s. o.):

Online and face-to-face, some in the vanguard of advocacy for social and accompanying linguistic changes (or wanting to claim affiliation with the reformers) not only themselves scrupulously adopt proposed reforms but also sometimes set themselves up as language ‘police.’ They may deride someone using a dis-preferred term as ‘ignorant’ or not ‘woke,’ or ‘bigoted,’ or worse. Of course, bigotry may be at play in deliberately discounting widely discussed and widely adopted terminological shifts. In many cases, however, reasoned discussion might be far more effective than derision. (McConnell-Ginet 2020: 236)

### 3.3.5 Zwischenfazit: Vom Politischen zum Moralischen zum Prestige

Wenn Bezeichnungskonkurrenzen nicht mehr in ihrer Ausdrucksfunktion divergierende, aber in der öffentlichen Wahrnehmung prinzipiell gleichwertige politische Haltungen ausdrücken, sondern in größeren Teilen der Gesellschaft antizipierbar Anerkennung oder eben soziale Geringschätzung erfahren, so entstehen reputationelle Anreize zur Verwendung eines bestimmten Ausdrucks unabhängig von der eigenen politischen Haltung (oder der Abwesenheit einer solchen). Eine zunehmende Moralisierung politischer Meinungen, vor allem aber politischer Schlagwörter führt also zu all den beschriebenen Nebeneffekten: Polarisierung zwischen politischen Gruppen bei gleichzeitiger Normierung innerhalb derselben einerseits sowie andererseits Prestige-bezogene Anreizsysteme für die Vermeidung bestimmter moralisierter Wörter und ihre Substitution durch andere Wörter. Wird die so normierte Konsens-Gemeinschaft repräsentativ für eine Gesamtgesellschaft (im Sinne einer Großgruppe wie etwa eines Nationalstaats), so liefert diese erstens nicht mehr ausreichend verschiedene Identifikationsmöglichkeiten für Dissens-orientierte politische Identifikation, was wiederum „zu Apathie und Entfremdung von der politischen Partizipation“ führt (Mouffe 2014: 29). Zweitens vervielfältigen sich analog zu Größe, Diskursmacht und (nicht explizierter) Heterogenität dieser Gruppe auch die kontextsensitiven Gebrauchsweisen der durch diese sozialen Anreize etablierten Ausdrucksformen. Durch heterogene Gebrauchsweisen wiederum verliert das einstige Fahnenwort sowohl seine spezifi-

sche Darstellungs- als auch seine charakteristische Ausdrucksfunktion. Moralisierung führt zu oberflächlicher, rein formaler Anpassung; diese wiederum führt zu Aushöhlung und Bedeutungsverlust der entsprechenden Formen.

Bevor dieser Gedankengang in Kapitel 4.3 wieder aufgegriffen und als Inflation des Zeichenwerts beschrieben wird, muss in den folgenden Kapiteln zunächst ein ökonomisches Erklärungsmodell sowohl von Bedeutung als sprachlichem Wert (s. 4.1) als auch von Prestige als sozialem Wert (s. 4.2) erarbeitet werden.